

Übersicht über die Wirtschaftslage und die voraussichtliche Entwicklung bei

- a) Stadtwerke Bad Dürkheim GmbH**
- b) Zweckverbänden:**
 - 1) Zweckverband Pfalzmuseum für Naturkunde**
 - 2) Gewässerzweckverband Isenach-Eckbach**

Stadtwerke Bad Dürkheim GmbH

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell

Der Eigenbetrieb wurde mit Eintragung ins Handelsregister unter Nummer HRB 12007 am 17.10.2002 rückwirkend zum 01.01.2002 in eine **Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)** umgewandelt. Alleiniger Gesellschafter ist die Stadt Bad Dürkheim. Zum Geschäftsführer wurde zum 01.10.2009 Herr Dr. Peter Kistenmacher bestellt.

Die **Tätigkeiten des Unternehmens** sind die Erzeugung, der Bezug, der Handel, der Transport und die Verteilung von Strom, Gas, Wasser, Wärme und Kälte, der Betrieb eines öffentlichen Schwimmbades, die Unterhaltung eines Verkehrsbetriebes und die Durchführung sonstiger der Ver- und Entsorgung dienender Aufgaben.

Der **Versorgungsbereich** umfasst laut Einwohnermeldeamt **19.318 Einwohner** zum 31.12.2016. Davon werden versorgt mit:

Strom:	Stadtgebiet ohne Ortsteile Hardenburg und Leistadt mit ca.	17.155 Einwohnern
Gas:	gesamtes Stadtgebiet mit ca.	19.318 Einwohnern
Wasser:	gesamtes Stadtgebiet mit ca.	19.318 Einwohnern

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Der ungebremste **Zuwachs an Bürokratie**, oftmals ohne Bezug und Vorteil für die Bürgerinnen und Bürger, belastet die Stadtwerke mehr und mehr. Beispielhaft sei hier das im Jahr 2016 in Kraft getretene **Messstellenbetriebsgesetz** genannt, das die bundesweite Einführung digitaler Zähler regelt. Grundsätzlich sinnvoll, in der gesetzlichen Umsetzung jedoch extrem überladen mit kostenintensiven Vorgaben, welche weder dem Kunden noch der Netzsteuerung wesentliche Vorteile bieten. Ob die Kunden tatsächlich damit einverstanden sind, dass bei ihnen ohne Widerspruchsrecht jedoch mit höheren jährlichen Kosten ein neuer Zähler eingebaut wird, der ihre Verbrauchsdaten täglich direkt an die bundesweiten Übertragungsnetzbetreiber sendet, wird sich erst beim Roll-Out zeigen. Diesen Zwangseinbau müssen die Stadtwerke umsetzen, es sei denn, sie geben den Messstellenbetrieb aus der Hand. Die Vorteile des Kunden beschränken sich erst einmal darauf, zukünftig auch rückwirkend den Stromverbrauch und ggf. den zeitlichen Verlauf des Stromverbrauchs feststellen zu können. Eine Stromeinsparung entsteht durch

die digitalen Zähler nicht, ohnehin lässt sich aus dem Gesamtverbrauch kaum ableiten, bei welchen Geräten konkret der Stromverbrauch reduziert werden könnte. Ob das Angebot an zeitvariablen Tarifen tatsächlich zunimmt, ist fraglich, nachdem dies bei den verbrauchsintensiven Kunden mit mehr als 100.000 kWh Jahresverbrauch schon seit vielen Jahren möglich wäre und sich nicht etabliert hat. In erster Linie verursachen die vielen gesetzlichen Vorgaben im Messstellenbetriebsgesetz immense Kosten insbesondere im IT-Bereich, welche letztendlich die Kunden tragen müssen.

Auch die im Jahr 2016 verabschiedete **EEG-Novelle** hat eine Vielzahl weiterer Pflichten für Betreiber von Erzeugungsanlagen eingeführt, weshalb Privathaushalte nicht nur hinsichtlich der geringen Vergütungssätze sondern auch aufgrund der bürokratischen Hürden kaum noch eigene Anlagen errichten. Vielmehr konzentriert sich der Bau neuer Erneuerbaren-Energien-Anlagen immer mehr auf größere Unternehmen, welche die bürokratischen Pflichten erfüllen können. In Kürze wird die Marktstammdatenregisterverordnung (MaStRV) in Kraft treten, welche für Anlagenbetreiber nochmals weitere umfangreiche Meldepflichten an die Bundesnetzagentur einführt (u.a. bis zu den Neigungswinkeln und Seriennummern der PV-Module). Auch die Stadtwerke Bad Dürkheim GmbH hat aufgrund der geringen Wirtschaftlichkeit seit längerem keine neue regenerative Erzeugungsanlage errichtet. Eventuell wird durch das geplante gesetzliche Mieterstrommodell die Anmietung von Dachflächen für Photovoltaik-Anlagen für beide Seiten wieder wirtschaftlich.

Die Komplexität neuer gesetzlicher Vorgaben, insbesondere wenn diese im Zusammenhang mit europäischem Recht stehen, zeigt auch die 2016 novellierte **Vergabeverordnung**. Diese bildet die neue gesetzliche Grundlage der europaweiten Ausschreibung des Architekten und weiterer Planer für den Bau der neuen Therme in Bad Dürkheim durch die Stadtwerke. Ohne die Beratung durch spezialisierte Rechtsanwälte und Fachbüros wäre es kaum möglich, alle erforderlichen Ausschreibungsunterlagen rechtskonform zu erstellen. Mit der neuen gesetzlichen Anforderung, sämtliche Bewertungskriterien der einzelnen Verfahrensschritte sowie den abschließenden Vertrag mit Veröffentlichung der Ausschreibung bekannt zu geben, ist es quasi unmöglich, im Laufe des Verfahrens gewonnene Kenntnisse in der Auswahl zu berücksichtigen.

Zur Einführung der digitalen Zähler werden derzeit zwar bundesweit viele Geschäftsideen für Stadtwerke vorgestellt, aus Sicht der Stadtwerke Bad Dürkheim ist darunter bisher kein wirtschaftliches Modell, sondern meist handelt es sich Marketingprojekte. Nachdem neue

EEG-Anlagen ohne Eigenverbrauch derzeit ebenfalls wenig wirtschaftlich sind, fokussieren sich die Stadtwerke Bad Dürkheim neben der Instandhaltung und Erneuerung vor allem auf **Investitionen**, die der Erhöhung der Effizienz dienen.

Die **Kundenbindung** der Stadtwerke Bad Dürkheim ist weiterhin sehr hoch. Dennoch geht der Kundenanteil der Stadtwerke schrittweise zurück. Hauptsächlich sind einmalige Bonuszahlungen der Grund für einen Anbieterwechsel, leider zum Teil auch unlautere Methoden, bei denen Verbraucher zu Hause angerufen werden und nicht selten unwissend telefonisch einen Vertrag abschließen.

2. Geschäftsverlauf

Mit einem **Gesamtergebnis** von 839 T€ wurde das Planergebnis von 225 T€ deutlich übertroffen. Im Einzelnen wurden in allen Sparten, außer im Salinarium, die Planergebnisse erreicht bzw. übertroffen.

Die Gewinne aus der Strom- und Gassparte reichen aus, um die Verluste aus den Bereichen ÖPNV und Freizeitbad sowie Wärmeerzeugung auszugleichen. Im Strombereich liegt das Ergebnis leicht unter dem Vorjahresergebnis, zum Teil aufgrund der Umlagenerhöhung zum 01.01.2016, welche nicht an die Tarifkunden weitergegeben wurde und durch die rückläufigen Beschaffungspreise nicht vollständig ausgeglichen konnte. Das gegenüber 2015 etwas kältere Jahr 2016 führte zu einem um 14 % höheren Gasverbrauch. Dennoch ist das Ergebnis der Gassparte rückläufig gegenüber dem Vorjahr, da die Gaspreise der Stadtwerke zum 01.07.2016 um 1,0 ct/kWh bzw. 1,5 ct/kWh (brutto) nochmals erheblich abgesenkt wurden. In der Sparte Wasser wurde nach zwei Jahren mit Verlusten wieder ein Gewinn geschrieben, der insbesondere aus der reduzierten Fördermenge im Wasserwerk Bruch mit der kostenaufwändigen Umkehrosmoseanlage resultiert. Bedingt durch die gesetzliche Streichung der Stromsteuerrückvergütung für EEG-Anlagen entstand in Sparte Erzeugung im Jahr 2016 wieder ein Verlust. Die Verluste der Verkehrssparte (ÖPNV) haben sich aufgrund der Beteiligung des ZSPNV an den Betriebskosten der Rhein-Haardtbahn reduziert. Im Salinarium gingen die Besucherzahlen im Jahr 2016 insbesondere wetterbedingt zurück. In Verbindung mit den sonstigen Kostensteigerungen erhöhte sich deshalb der Verlust im Salinarium.

Die Geschäftsleitung beurteilt den Geschäftsverlauf insgesamt als gut.

3. Lage

Die Lage des Unternehmens ist von langfristigen Entwicklungen und Investitionen geprägt. Insgesamt kann die wirtschaftliche Lage als gut bezeichnet werden.

a) Ertragslage

Das **Jahresergebnis** des Geschäftsjahres weist mit einem Jahresüberschuss von 839 T€ (im Vorjahr 951 T€) einen Rückgang um 112 T€ aus. An Steuern waren insgesamt 613 T€ zu leisten.

Das Spatenergebnis der **Stromversorgung** hat sich um 6 T€ auf 734 T€ verringert und leistet weiterhin einen wesentlichen Beitrag zum Ausgleich der Verluste aus den anderen Sparten. Ebenso sank das Ergebnis der **Gasversorgung** gegenüber 2015 um 120 T€ auf 931 T€. Im Bereich der **Wasserversorgung** wird erstmals seit zwei Jahren mit 141 T€ wieder ein Gewinn ausgewiesen, der vor allem auf die geringeren Fördermengen im Wasserwerk Bruch und damit auf die geringeren Einsatzzeiten der kostenintensiven Umkehrosmoseanlage zurückzuführen ist.

Nachdem das Ergebnis im Bereich **Wärme und Photovoltaik** (Dienstleistung) im Jahr 2015 mit 51 T€ erstmals positiv war, führte die gesetzliche Streichung der bisher gültigen Stromsteuerrückvergütung wieder zu einem negativen Gesamtergebnis in Höhe von - 11 T€ im Jahr 2016. Alleine die Stromsteuerrückvergütung hätte im Jahr 2016 einen Betrag von ca. 80 T€ ergeben. Hinzu kommt ein Anstieg von notwendigen Reparaturmaßnahmen im Holzhackschnitzelkraftwerk in Höhe von 70 T€. Das positive Ergebnis in Höhe von 138 T€ aus dem Bereich Photovoltaik kann die Verluste aus der Wärmeerzeugung nicht ausgleichen.

In der Sparte **Verkehr** (ÖPNV) reduziert sich der Verlust gegenüber dem Vorjahr um 37 T€ auf 160 T€, da ab 2016 der ZSPNV einen wesentlichen Teil der Betriebskosten der Rhein-Haardtbahn übernommen hat.

Im **Freizeitbad Salinarium** erhöhte sich der Verlust um 137 T€ auf 797 T€. Einerseits gingen die Besucherzahlen wetterbedingt leicht zurück und andererseits erhöhten sich die Personalkosten insbesondere durch die umfangreicheren Aufsichtspflichten.

Im Tätigkeitsbereich **Elektrizitätsverteilung** war die Stromnetzabgabe im Jahr 2016 in Bad Dürkheim wieder rückläufig, nach einer einmaligen geringen Erhöhung im Jahr 2015. Mit insgesamt 77,4 Mio kWh gegenüber 78,9 Mio kWh im Vorjahr wurde der niedrigste

Stromverbrauch in Bad Dürkheim seit dem Jahr 2000 erreicht. Hierin sind die direkt aus einer eigenen Photovoltaik-Anlage verbrauchten Mengen (Eigenverbrauch) in Höhe von 0,2 Mio kWh nicht enthalten, diese sind jedoch nicht der Grund des insgesamt rückläufigen Stromverbrauchs. Die in Bad Dürkheim erzeugte Strommenge aus dem Biomasse-Kraftwerk, den Photovoltaikanlagen und den BHKWs stieg gering um 0,1 Mio kWh auf 10,8 Mio kWh. Hierbei ging die aus Photovoltaik-Anlagen erzeugte Menge aufgrund des weniger sonnigen Frühjahrs 2016 um 0,4 Mio kWh auf 4,5 Mio kWh zurück, bezogen auf die Anlagen immer noch ein guter Ertrag. Der Zubau an PV-Anlagen hat 2016 mit insgesamt 8 neuen Anlagen, davon zwei größere, und insgesamt 163 kWp sogar wieder etwas zugenommen. 2013 wurden noch 16 Anlagen mit insgesamt 400 kWp und 2014 9 Anlagen mit 253 kWp installiert, danach folgte im Jahr 2015 der Einbruch mit 5 Kleinanlagen mit in Summe 20 kWp. Insgesamt sind in Bad Dürkheim nun 226 Photovoltaik-Anlagen mit einer Gesamtleistung von 5.420 kWp in Betrieb. Der Rückgang der aus PV-Anlagen erzeugten Strommenge wurde durch eine nochmalige Steigerung der Stromerzeugung aus dem neuen BHKW im Salinarium auf nun 3,9 Mio kWh mehr als ausgeglichen. Insgesamt wurden 14,0 % (im Vorjahr 13,6 %) des Strombedarfs vor Ort erzeugt.

Weltweit war das Jahr 2016 das wärmste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen. In Deutschland waren der Frühling und der Winter jedoch kühler als in den Vorjahren, so dass der Gasverbrauch gegenüber den Vorjahren deutlich angestiegen ist. Im Tätigkeitsbereich **Gasverteilung** führte dies zu einer Gasabgabe von 197 Mio kWh gegenüber 153 Mio kWh im Jahr 2014 und 173 Mio kWh im Jahr 2015. Engpässe sind keine aufgetreten und auch keine entsprechenden Netzsteuerungen erforderlich.

Der **Wasserverbrauch** ging 2016 in Bad Dürkheim erheblich zurück und erreichte mit 1,26 Mio Kubikmeter den bisher niedrigsten Wert. Zuletzt war der Wasserverbrauch in den Jahren 2014 (1,29 Mio m³) und 2015 (1,34 Mio m³) wieder angestiegen, vermutlich auch aufgrund der trockenen Frühjahre und der heißen Sommer. Positiv ist der Rückgang der Wasserverluste von 11,4 % auf 8,9 % im Jahr 2016, dennoch bleibt die Reduzierung der Wasserverluste weiterhin eine vordringliche Aufgabe.

In der getrennten Rechnungslegung gemäß § 6b EnWG ergibt sich für den Tätigkeitsbereich **Elektrizitätsverteilung** ein Ergebnis von 184 T€ (im Vorjahr 192 T€) und für den Tätigkeitsbereich **Gasverteilung** ein Ergebnis von 156 T€ (im Vorjahr 158 T€).

Die kapazitätsmäßige Auslastung der Verteilnetze lässt sich wie folgt darstellen:

	Strom- verteilnetz kW	Gas- verteilnetz kW	Wasser- netz m³/d
Spitzenverbrauch 2016	13.294	65.071	6.324
Gesamtkapazität	23.000	76.743	8.286
Auslastung	57,8 %	84,8 %	76,3 %

Als Gesamtkapazität für das Gasnetz wurde die vom vorgelagerten Netzbetreiber zugesicherte Kapazität angesetzt.

Zum 01.01.2016 blieben die Strom- und Gaspreise für die Kunden in der Grundversorgung und in den Sonderverträgen unverändert, obwohl die Strom-Umlagen für EEG, KWK, etc. erheblich angestiegen sind. Nachdem die Gaspreise für die Kunden in den Sonderverträgen bereits zum 01.01.2015 um 0,5 ct/kWh brutto gesenkt wurden, konnten ab 01.07.2016 für diese Kunden ein zusätzlicher Bonus von 1,0 ct/kWh brutto eingeführt und die Gaspreise in der Grundversorgung um 1,5 ct/kWh brutto gesenkt werden. Die Wasserpreise blieben unverändert. Die Eintrittspreise im Salinarium und die Tarife im Verkehrsverbund VRN für den Stadtlinienverkehr wurden zum 01.01.2016 leicht erhöht.

Die **Umsatzerlöse** abzüglich Strom- und Energiesteuer reduzierten sich geringfügig um insgesamt 1,8 % auf 27.108 T€ durch rückläufige Umsatzerlöse in den Sparten Gas, Wasser, Erzeugung und gestiegene Umsatzerlöse in den Sparten Strom, Verkehr und Salinarium. Der **Materialaufwand** reduzierte sich um 1,7 % auf 17.639 T€, insbesondere durch rückläufige Kosten in den Bereichen Gas, Wasser, Verkehr aber auch erhöhten Materialaufwand in den Bereichen Strom (insb. Umlagen), Erzeugung und Salinarium (insb. Gas für BHKW).

Der Anstieg der **Personalkosten** um 158 T€ beruht maßgeblich auf der tariflich vereinbarten Gehaltssteigerungen zum 01.03.2016 um 2,4 % sowie auf der Besetzung freier Stellen insbesondere im Salinarium.

Aufgrund der umfangreichen Investitionen in das Strom- und Gasnetz, u.a. durch das Neubaugebiet Langwiesen sowie die Gasnetzübernahme Leisstadt haben sich die **Abschreibungen** um insgesamt 101 T€ erhöht.

Die **Ertragsteuern** sind durch das etwas rückläufige Ergebnis um 94 T€ gesunken.

Der Betrieb hat die Wirtschaftsgrundsätze gem. § 85 Abs. 3 GemO erfüllt, da der erforderliche **Mindestgewinn** von 307 T€ gem. § 8 Abs. 3 KAG in den Versorgungssparten Strom, Gas und Wasser in Summe erwirtschaftet werden konnte.

b) Finanzlage

In der **Kapitalstruktur** gibt es keine wesentlichen Änderungen. Die **Eigenkapitalquote** unter Einbeziehung der empfangenen Ertragszuschüsse und des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen verbessert sich im handelsrechtlichen Abschluss von 68,5 % auf 68,7 %. Die Bilanzsumme erhöht sich um 5,94 % von 42.707 T€ auf 45.243 T€.

Im Berichtsjahr wurde ein Darlehen in Höhe von 1,7 Mio € zur Finanzierung der Baumaßnahmen im Wasserbereich, insbesondere für den neuen Hochbehälter Nolzeruhe sowie die Leitungsnetze in den Neubaugebieten, aufgenommen. Die **Verbindlichkeiten** gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich durch Aufnahme des neuen Darlehens um 1.147 T€ auf 7.518 T€ und betragen damit 16,6 % der Bilanzsumme.

Das **Anlagevermögen** erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr von 36.676 T€ auf 38.171 T€.

Die **Schwerpunkte der Investitionstätigkeit** (einschließlich Umbuchungen aus Anlagen im Bau) betrafen im Bereich der **Stromversorgung** mit insgesamt 656 T€ hauptsächlich die neue 20-kV-Schaltstation Wasserhohl, Mittel- und Niederspannungsleitungen in der Kaiserslauterer Straße, das Stromnetz inklusive Hausanschlüsse im Neubaugebiet Langwiesen, Freileitungen in Ungstein sowie Investitionen in die Übergabepunkte in Leistadt und Hardenburg. In die **Gasversorgung** wurden 667 T€ investiert, überwiegend in den Kauf des Gasnetzes Leistadt, das dortige Neubaugebiet Langwiesen, in neue Gasleitungen in der Kaiserslauterer Straße sowie in Hausanschlüsse. Der neue Hochbehälter Nolzeruhe inklusive Technik und Umbau der Pumpstation Schützenstraße hatte ein Investitionsvolumen von 812 T€. Weitere Investitionsschwerpunkte in der **Wasserversorgung** waren die Kaiserslauterer Straße, das Neubaugebiet Langwiesen, Hausanschlüsse sowie neue Netzdruckpumpen, so dass sich eine Gesamtinvestition inklusive Nolzeruhe von 1.239 T€ ergab. In die **Wärme- bzw. Kälteversorgung** wurden 25 T€ investiert, insbesondere in die Kälteerzeugung und die Kraftwerksoptimierung. Für den neuen Warmwasserspeicher, die neue Dosieranlage zur pH-Regulierung, die neue Abwasserhebeanlage und den Tischkühler für das BHKW sowie weitere Maßnahmen wurden im Salinarium 181 T€ investiert. In **gemeinsame Anlagen** wurden 121 T€ investiert, insbesondere in eine neues Datenbanksystem für das Abrechnungssystem und in zwei neue Fahrzeuge.

Das Gleiserneuerungsprojekt der Rhein-Haardtbahn RHB 2010 startete im Jahr 2013, nachdem das Land Rheinland-Pfalz die hierfür notwendigen Landesmittel zugesagt hatte.

Anteilig müssen die Stadtwerke als mit den **Verkehrsleistungen** betrautes Unternehmen und als Anteilseigner der Rhein-Haardtbahn GmbH hierfür Zuschüsse leisten, welche im Jahr 2016 114,5 T€ betragen und als Investitionszuschuss aktiviert werden.

Im Jahr 2016 betrugen die **Investitionen** die Stadtwerke Bad Dürkheim GmbH insgesamt 3.910 T€. Darin enthalten sind Investitionen für Anlagen im Bau in Höhe von 1.535 T€.

Die **Forderungen** reduzierten sich um 1.065 T€ auf 2.492 T€ und umfassen hauptsächlich Forderungen an Kunden im Rahmen der Jahresabrechnung.

Die **Selbstfinanzierungsmittel (Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit)** des Betriebes betrugen 4.675 T€. Unter Berücksichtigung des Cashflows aus der Investitionstätigkeit, der empfangenen Ertragszuschüsse und der Tilgung von Krediten ergibt sich daraus ein **Finanzmittelbestand** zum 31.12.2016 in Höhe von 4.007 T€.

c) Vermögenslage

Durch Investitionen in allen Sparten und die Aktivierung der Zuschüsse für das Gleiserneuerungsprojekt der Rhein-Haardtbahn erhöhte sich das **Anlagevermögen** um 1.495 T€ auf 38.171 T€. Das **Guthaben bei Kreditinstituten** erhöhte sich von 1.922 T€ auf 4.007 T€.

d) Finanzielle Leistungsindikatoren

Neben dem im Abschnitt Finanzlage beschriebenen Cashflow stellen die Umsatz- und Eigenkapitalrendite wesentliche Kennzahlen für die Unternehmenssteuerung dar. Die Senkung der Gaspreise, die nicht weitergegebene Erhöhung der Strom-Umlagen sowie die etwas höheren Verluste im Bereich Wärme und Salinarium führten zu einem Rückgang der Umsatzrendite von 6,1 % auf 5,3 %. Ausgleichend wirkte der wieder erreichte Gewinn der Sparte Wasser, nach zwei Jahren mit Verlusten, so dass sich die gemeinsame Umsatzrendite der Versorgungssparten Strom, Gas und Wasser von 10,4 % auf 10,6 % erhöhte. Durch den rückläufigen Gesamtgewinn kombiniert mit dem Anstieg des Eigenkapitals sank die Eigenkapitalrendite des Gesamtunternehmens von 3,3 % auf 2,9 % und der Versorgungssparten von 8,6 % auf 8,3 %. Weitere Leistungsindikatoren sind die Material- und Personalintensität. Die Materialintensität reduzierte sich von 59,9 % auf 59,7 %, während die Personalintensität durch die gestiegenen Personalkosten bei rückläufigen Erlösen von 13,3 % auf 14,0 % zunahm.

Die Leistungsindikatoren stellen sich wie folgt dar:

KENNZAHLEN	2016	2015
Umsatzrendite in %		
Ergebnis vor Ertragsteuer und vor Zinssaldo	5,3	6,1
Umsatzerlöse ohne Strom- und Energiesteuer	(10,6)	(10,4)
Eigenkapitalrendite in %		
Ergebnis nach Ertragsteuer	2,9	3,3
Eigenkapital	(8,3)	(8,3)
Materialintensität in %		
Materialaufwand	59,7	59,9
Gesamtleistung*	(63,9)	(64,4)
Personalintensität in %		
Personalaufwand	14,0	13,3
Gesamtleistung*	(8,2)	(8,1)

in Klammern: nur Strom, Gas und Wasser

* Gesamtleistung ist die Summe der Erlöse inkl. Strom- und Energiesteuer

III. Prognosebericht

Im Wirtschaftsplan 2017 ergibt sich ein Jahresergebnis von 347 T€. Der bisherige Verlauf des Jahres lässt erwarten, dass das geplante Ergebnis erreicht werden kann, obwohl die Verbräuche von Januar bis Mai 2017 im Strom leicht und im Gas deutlich unterhalb der Verbräuche im gleichen Zeitraum des Vorjahres liegen.

Zum 01.01.2017 blieben die Preise für Strom, Gas und Wasser stabil. Die Steigerung der gesetzlichen Umlagen in der Stromversorgung wurde nicht an die Kunden weitergegeben, da sie teilweise mit den rückläufigen Beschaffungspreisen ausgeglichen werden konnte. Für das Salinarium wie auch für den ÖPNV (Verkehrsverbund VRN) wurden die Preise moderat erhöht.

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Risikobericht

Branchenspezifische Risiken

Die typischen **Beschaffungsrisiken** aus der nicht vorhersehbaren Marktpreis- und Mengenentwicklung werden durch eine langfristige, zeitlich verteilte Beschaffungsstrategie kombiniert mit Tranchen- und Vollversorgungsmodellen reduziert. Obwohl die langfristige Beschaffung vor allem bei steigenden Preisen Marktvorteile bietet, wird diese Strategie beibehalten, auch wenn am Markt derzeit die Preisentwicklung sehr uneinheitlich ist. Das Risiko eines sprunghaften Preisanstiegs kombiniert mit Beschaffungsverpflichtungen wird höher eingeschätzt als die Nachteile einer zeitlich verzögerten Absenkung der Beschaffungspreise.

Ein hohes wirtschaftliches Risiko entsteht durch die von Gesetz und Bundesnetzagentur forcierte **Kürzung der Netzentgelte**. Die tatsächlichen Kostensenkungspotenziale im Netzbereich sind erheblich niedriger als die Kürzungen aus der Nichtanerkennung von Kosten und der effizienzunabhängigen Absenkung um den sogenannten Produktivitätsfaktor. Obwohl die Stadtwerke Bad Dürkheim GmbH als einziger Stromnetzbetreiber in Rheinland-Pfalz freiwillig am regulären Vergleichsverfahren der Bundesnetzagentur im Rahmen der Anreizregulierung teilnahm und mit der Bestnote 100 % abschnitt, wurde die Erlösobergrenze gegenüber der letzten Regulierungsperiode gekürzt und sinkt durch den Produktivitätsfaktor voraussichtlich weiter ab. Mit der Novelle der Anreizregulierungsverordnung wurde der Produktivitätsfaktor beibehalten, jedoch weder die Höhe noch die Berechnungsmethode festgelegt. Je nach Gutdünken der Bundesnetzagentur kann von dieser eine Methodik gewählt werden, die tendenziell zu höheren oder geringeren Werten führt. Positiv ist die Einführung des Kapitalkostenaufschlags, womit Investitionen unmittelbar in den Netzentgelten berücksichtigt werden. Aufwandspositionen, wie z.B. Personalkosten, werden jedoch weiterhin nur mit erheblicher Verzögerung wirksam, so dass z.B. Tarifierhöhungen grundsätzlich erst mit mehrjähriger Verzögerung in den Netzentgelten berücksichtigt werden und die dadurch entstehende Differenz aus der Eigenkapitalverzinsung zu bezahlen ist. Die Verfahrensänderung im Effizienzvergleichsverfahren von nicht-fallenden Skalenerträgen zu konstanten Skalenerträgen führt voraussichtlich gerade bei kleineren Werken zu einer Benachteiligung im

Effizienzvergleich. Deshalb werden die Stadtwerke Bad Dürkheim bis auf weiteres nicht mehr freiwillig am Vergleichsverfahren teilnehmen.

Das neue **Messstellenbetriebsgesetz** zur Einführung von digitalen Messsystemen bedeutet für die Stadtwerke ein hohes finanzielles Risiko. Durch den zwangsweisen Einbau von sogenannten intelligenten Messsystemen, welche täglich den gemessenen Stromverbrauch an den Übertragungsnetzbetreiber versenden und aufgrund der Kosten zu einer Erhöhung der Stromrechnung führen, sind erhebliche Streitigkeiten mit Kunden zu erwarten, welche den Einbau aus eben diesen Gründen ablehnen. Es ist ungeklärt, wie die Stadtwerke der gesetzlichen Verpflichtung zum Einbau in solchen Fällen nachkommen sollen. Muss der Einbau schlimmstenfalls mit Hilfe der Polizei erzwungen werden? Diese nicht nachvollziehbare Regelung im Gesetz führt mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer Belastung der Kundenbindung und damit zu Kundenverlusten. Ebenso kritisch sind die hohen Kosten zur Einführung der komplizierten Abläufe im Abrechnungssystem, welche voraussichtlich einen sechsstelligen Betrag erreichen. Hinzu kommen die Kosten für den erforderlichen Dienstleister zur Gateway-Administration. Gegenüber dem Kunden sind die weiterberechenbaren Kosten gesetzlich gedeckelt, so dass der Messstellenbetreiber die Kostendifferenz selbst ausgleichen muss.

Die durch Gesetze, Verordnungen und Vorgaben der Bundesnetzagentur ständig zunehmende **Bürokratisierung** beansprucht immer mehr Zeit, ohne dass den Kunden oder den Bürgern hierdurch ein Vorteil entsteht. Vielmehr werden die Pflichtangaben auf den Rechnungen und Verträgen immer umfangreicher und damit unübersichtlicher, die Datenmeldungen an die Regulierungsbehörden immer umfassender und detaillierter und die Anzahl der Paragraphen und Absätze in den Gesetzesnovellen immer zahlreicher. Auswüchse der Bürokratisierung zeigen sich beispielsweise im obigen Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende und dem dazugehörigen Messstellenbetriebsgesetz. Ein weiteres Beispiel ist die Ladesäulenverordnung, nach der Anzeige- und Nachweispflichten gegenüber der Bundesnetzagentur für Ladesäulen eingeführt wurden. Das EEG 2017 mit nun 173 Paragraphen (EEG 2004: 21 Paragraphen, EEG 2009/2012: 66 Paragraphen, EEG 2014: 104 Paragraphen) hat den Abwicklungsaufwand für alle EEG-Anlagen und die bürokratischen Barrieren für Neuanlagen nochmals erhöht.

Ertragsorientierte Risiken

Die Anzahl der von **anderen Strom- und Gasanbietern** belieferten Kunden wächst langsam aber stetig. Es ist weiterhin marktüblich, dass verschiedene Anbieter die Kunden mit hohen Bonusversprechen und kurzfristig sehr niedrigen Preisen gewinnen, nach Ablauf der Preisbindung jedoch erhebliche Preiserhöhungen durchführen. Die Stadtwerke können gegen solche Angebote, die im ersten Lieferjahr zu Verlusten führen, nicht konkurrieren. Selbst zur Kundenrückgewinnung sind vergleichbare Angebote nicht möglich, da sonst die wichtigen Bestandskunden gegenüber den Wechselkunden erheblich benachteiligt würden. Verstärkt werden seit längerer Zeit Kunden durch Anrufe abgeworben, die nicht selten im Gespräch unwissend einen Vertrag abschließen. In der Regel sind diese Anrufe gesetzeswidrig, da sie ohne Zustimmung des Kunden erfolgen. Hinzu kommt zum Teil noch die betrügerische Aussage, im Auftrag der Stadtwerke anzurufen. Ein gerichtliches Vorgehen gegen solche Anrufer ist in der Regel schwierig, da hierzu Zeugen benötigt werden, die den Vorgang genau notiert haben und die bereit wären, vor Gericht auszusagen.

Die Verluste aus dem **Holzackschnitzelkraftwerk** sind gegenüber dem Jahr 2015 wieder geringfügig angestiegen. Ursache sind neben der Streichung der Stromsteuerrückvergütung die Vielzahl von Reparaturen, welche im Jahr 2016 durchgeführt werden mussten, um den Betrieb aufrechterhalten zu können. Wesentliche Reparaturen waren die teilweise Erneuerung der Schamottdecke, der Ersatz und das Anschweißen von abgerissenen Metallflügeln im Schubboden, die teilweise Erneuerung der Rostrippen, usw. Diese Schäden sind zwar 2016 entstanden, haben jedoch ihre Ursache im langjährigen Betrieb und Verschleiß. Ursprünglich wurde erwartet, dass im Jahr 2016 die Reparaturkosten zurückgehen, da das Kraftwerk erstmals von Mai bis Oktober ausgeschaltet war und somit die Kosten einer Revision eingespart wurden. Diese Fahrweise soll beibehalten werden, wobei nicht auszuschließen ist, dass in den nächsten Jahren trotzdem weitere größere Reparaturen notwendig werden. Langfristig müssten sich der Verschleiß und damit die Anzahl der Reparaturen verringern. Weitere Optimierungsmaßnahmen werden kontinuierlich geprüft und bei einem sinnvollen Kosten-Nutzen-Verhältnis zügig umgesetzt.

Im Juli 2016 wurde im Stadtrat entschieden, dass das **Salinarium** mit einer hochwertigen Therme inklusive Sauna erweitert wird. Hierbei wird von einem Investitionsvolumen von bis zu 28 Mio € ausgegangen. Bauherr und Betreiber sind die Stadtwerke, da in

Kombination mit dem bestehenden Bad wesentliche Synergien genutzt werden können. Vorangegangen sind umfangreiche Gutachten und ein ausführliches Bürgerbeteiligungsverfahren. Für das operative Geschäft gehen die Gutachten von gleichbleibenden oder sogar rückläufigen Verlusten aus, obwohl das Salinarium im bundesweiten Vergleich bezogen auf die Größe bereits relativ geringe Verluste schreibt. Inklusive Abschreibungen würden sich die Verluste jedoch erhöhen, es sei denn, dass Investitionszulagen seitens der Stadt den Anstieg ausgleichen.

Die Erträge in den Bereichen Gas, Wasser, Wärme und vor allem im Salinarium sind tätigkeitsbedingt stark abhängig von den **Witterungsverhältnissen**, ein nicht beeinflussbares Risiko.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Aufgrund der stabilen Liquiditäts- und Eigenkapitalsituation der Stadtwerke Bad Dürkheim GmbH sind Liquiditätsrisiken derzeit nicht erkennbar. Die Liquiditätslage ist zufriedenstellend, es sind keine Engpässe zu erwarten. Für die Erweiterung des Salinariums mit einer neuen Therme werden zur Finanzierung und Sicherung der Liquidität im größeren Umfang Darlehen erforderlich und ergänzend Kapitaleinlagen der Stadt.

2. Chancenbericht

Im Jahr 2015 haben die Stadtwerke **Konzessionen** für die Ortsteile Hardenburg (Strom) und Leistadt (Strom und Gas) gewonnen. Das Gasnetz in Leistadt mit ca. 320 Netzanschlüssen konnte bereits zum 01.01.2016 übernommen werden und hat im Jahr 2016 ohne Beeinträchtigung funktioniert. Die Übernahme der Stromnetze in Leistadt und insbesondere in Hardenburg mit insgesamt ca. 1.100 Netzanschlüssen war wesentlich komplexer, da zuerst eine gemeinsame Lösung für die technische Entflechtung gefunden werden musste und darauf basierend dann die Kaufverhandlungen geführt werden konnten. Deshalb erfolgte die Übernahme der Stromnetze zum 01.01.2017. Mit diesen Netzübernahmen wird langfristig eine Steigerung der Effizienz sowie eine Erweiterung des Vertriebsgebietes erwartet, da die Stadtwerke Bad Dürkheim nur Kunden im eigenen Netzgebiet beliefern. Die netzseitige Wirtschaftlichkeit der Netzübernahme ist jedoch insbesondere von der weiteren Entwicklung der Anreizregulierung abhängig.

Mit über 250 Baugrundstücken entsteht im Neubaugebiet **Fronhof II** ein Areal in der Größenordnung eines kleinen Ortsteils, womit sich das Netzgebiet der Stadtwerke nochmals vergrößert.

Im **Holzhackschnitzelkraftwerk** sind weitere Optimierungsmaßnahmen geplant, insbesondere der Zubau eines BHKW, das anstelle eines Gaskessels eingesetzt werden und Strom für den Eigenverbrauch sowie zur Netzeinspeisung produzieren könnte.

Die geplante Erweiterung des **Salinariums** um eine hochwertige Therme wird eine vollkommen neue Erholungswelt im Salinarium schaffen und neue Kundengruppen ansprechen, welche insbesondere Erholung und Entspannung suchen. Gleichzeitig wird der Neubau der Sauna das Angebot für diese Kundengruppe ideal ergänzen, als auch für die Bestandskunden mit den wesentlich größer geplanten Saunen die heute zum Teil etwas engen Platzverhältnisse beheben. Hinzu kommt für die sportlichen Gäste ein Fitnessbecken, in welchem ein vielfältiges Kursprogramm angeboten werden soll. Insgesamt wird im Salinarium mit neuer Therme, neuer Sauna, Hallenbad, Freibad, den Kinderbereichen innen und außen, Warmaußenbecken, Rutsche und neuem Fitnessbecken ein vielseitiges, attraktives Gesamtangebot geschaffen, das in der Region einmalig ist und in der Kurstadt Bad Dürkheim das neue Bäderzentrum darstellt. Demzufolge bietet die Thermenerweiterung für die Stadtwerke große Chancen verbunden mit den oben genannten Risiken.

Die in den letzten Jahren errichteten **Photovoltaikanlagen** der Stadtwerke mit insgesamt 1,9 MWp Leistung haben sich zu einem stabilen und wirtschaftlichen Geschäftsfeld entwickelt. Der zugehörige Instandhaltungs- und Wartungsaufwand ist gering, daher sollten weitere Investitionen in PV-Anlage geprüft werden.

3. Gesamtaussage

In den nächsten Jahren ist nur dann mit einem befriedigenden Ergebnis zu rechnen, wenn die Netzentgeltregulierung sich zukünftig an tatsächlichen und nicht an fiktiven Kosten orientiert und es gelingt, die Strom- und Gaskunden weiterhin an die Stadtwerke zu auskömmlichen Preisen zu binden. Da der Verkehrsbetrieb und das Salinarium auch künftig Verluste ausweisen werden, ist es erforderlich, ausreichende Gewinne in den Bereichen Strom und Gas zum Ausgleich zu erzielen. Mittelfristig ist jedoch durch die Anreizregulierung, den Wettbewerb im Strom- und Gasbereich und die zunehmende kostenintensive Bürokratisierung mit einem rückläufigen Ergebnis zu rechnen. Langfristig

kommen die Chancen und Risiken der Therme hinzu, deren Planung im Wesentlichen darüber entscheidet, ob dauerhaft die gewünschte Anziehungskraft und damit die wirtschaftlich notwendigen Besucherzahlen erreicht werden. Für das Jahr 2017 wird gemäß Wirtschaftsplan ein geringeres Ergebnis gegenüber dem Jahr 2016 erwartet.

Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden oder wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben könnten, sind derzeit nicht erkennbar.

Bad Dürkheim, 12. Juni 2017

Städtwerke Bad Dürkheim GmbH

Dr. Peter Kistenmacher

Pfalzmuseum für Naturkunde

Vorbericht zum Haushalt 2018
des Zweckverbands Pfalzmuseum für Naturkunde,
POLLICHIA-Museum

Der Zweckverband Pfalzmuseum für Naturkunde, POLLICHIA-Museum wurde mit Verfügung der damaligen Bezirksregierung Rheinhessen-Pfalz rückwirkend zum 01. Mai 1998 errichtet. Zweckverbandsmitglieder sind folgende Gebietskörperschaften bzw. Vereine:

- a) der Bezirksverband Pfalz
- b) die Stadt Bad Dürkheim
- c) der Landkreis Bad Dürkheim
- d) der Landkreis Kusel
- e) der Verein für Naturforschung und Landespflege, POLLICHIA e.V.

Nach der Verbandsordnung des Zweckverbands Pfalzmuseum für Naturkunde, POLLICHIA-Museum hat der Zweckverband die Aufgabe, in den im Eigentum der Stadt Bad Dürkheim stehenden Gebäuden der Herzogmühle in Bad Dürkheim-Grethen das Pfalzmuseum für Naturkunde, POLLICHIA-Museum und in der im Eigentum des Landkreises Kusel stehenden Zehntscheune und dem Geoskop auf der Burg Lichtenberg bei Kusel eine Zweigniederlassung zu betreiben.

Der Zweckverband finanziert sich durch eigene Einnahmen (Eintrittsgelder, Zuschüsse etc.). Die durch eigene Einnahmen nicht gedeckten Kosten des laufenden Betriebs des Zweckverbands werden durch eine Umlage, die von den Zweckverbandsmitgliedern erhoben wird, aufgebracht. Nach der Verbandsordnung ergibt sich folgende Kostentragungspflicht:

	Museum in Bad Museum in	
Dürkheim		
Kusel		
Verein POLLICHIA	3 %	3 %

vom Restbetrag:

Bezirksverband Pfalz	70/95	70/95
Stadt Bad Dürkheim	15/95	
Landkreis Bad Dürkheim	10/95	
Landkreis Kusel		25/95

I. Rückblick auf die Haushaltswirtschaft des abgelaufenen Jahres 2016

Im Haushaltsjahr 2016 sind folgende Ergebnisse beim Jahresabschluss zu verzeichnen:

Die Ergebnisrechnung des Haushaltsjahres 2016 schließt beim Jahresabschluss mit laufenden Erträgen aus Verwaltungstätigkeit in Höhe von 1.559.059,31 € ab, was gegenüber den geplanten Erträgen im Haushaltsplan von 1.845.009,00 € ein Weniger von 285.949,69 € bedeutet. Die laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit verringern sich in der Jahresrechnung gegenüber dem Haushaltsplanansatz von 1.801.759 € um 228.108,40 € auf 1.573.650,60 €. Beim Jahresabschluss 2016 werden Zins- und sonstige Finanzerträge (= Guthabenzinsen für Girokonto-guthaben) von 33,59 € ausgewiesen (bei einem Haushaltsansatz von Null) und Zinsaufwendungen in Höhe von 8.454,96 € (bei einem veranschlagten Betrag von 13.500 €). Damit ergibt sich im Jahr 2016 ein ordentliches Ergebnis von – 23.012,66 € (Plan 2016: 29.750 €). Des Weiteren sind im Jahr 2016 auch keine außerordentlichen Erträge und Aufwendungen entstanden. Dadurch bleibt es in 2016 bei einem Jahresfehlbetrag von 23.012,66 € (gegenüber eines geplanten Jahresüberschusses von 29.750 € im Haushaltsplan).

Gegenüber dem Haushaltsvorjahr, in dem ein Jahresüberschuss von 22.477,46 € ausgewiesen wurde, hat sich das Ergebnis um 45.490,12 € verschlechtert.

Im Ergebnishaushalt 2016 wurde damit der gesetzlich vorgeschriebene Haushaltsausgleich nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 GemHVO (alte Fassung) unter Berücksichtigung der Ergebnisvorträge aus Haushaltsvorjahren erreicht.

Bei den wichtigsten Erträgen des Zweckverbands, den Zuwendungen, allgemeinen Umlagen u. sonstigen Transfererträge, ist in der Jahresrechnung mit 1.405.354,54 € ein Rückgang gegenüber den Ansatzzahlen (1.681.339 €) von 275.984,46 € festzustellen. Ein Teilbetrag hiervon i. H. v. 20.000 € hängt mit dem bei Hhst. 2515.41441000 eingeplanten aber bislang nicht bewilligten Bundeszuschuss für die LED-Umstellung der Beleuchtung im Hauptgebäude in Bad Dürkheim zusammen. Dieser wurde bislang nicht bewilligt, auf der Aufwandsseite sind deshalb aber auch keine Beträge angefallen. Bei den Umlagen der Zweckverbandsmitglieder (Bezirksverband Pfalz, Stadt Bad Dürkheim, Landkreis Bad Dürkheim, Landkreis Kusel und dem Verein POLLICHIA e. V.) sind mit insgesamt angefallenen Erträgen von 1.492.653,37 € gegenüber der veranschlagten Gesamthöhe von 1.594.239 € Weniger-Beträge von 101.585,63 € verbucht. Dies hängt mit den Verbesserungen hauptsächlich im Aufwandsbereich im Haushaltsvollzug des Haushaltsplans 2016 zusammen (siehe nachfolgende Ausführungen). Die privatrechtlichen Leistungsentgelte belaufen sich mit 84.797,43 € um 14.752,57 € niedriger als im Haushaltsplan 2016 veranschlagt. Rückgänge sind insbesondere bei den Eintrittsgeldern zu verzeichnen (- 9.420,44 € gegenüber den Planzahlen). Die Erträge aus Kostenerstattungen und Kostenumlagen liegen mit 66.411,89 € etwas über der Plansatzhöhe von 62.600 €.

Einsparungen im Haushaltsvollzug 2016 konnten bei den Personalkosten erzielt werden. Hier werden in der Jahresrechnung mit angefallenen 920.320,70 € insgesamt 71.349,30 € weniger ausgewiesen, als im Haushaltsplan 2016 etatisiert waren (991.670 €). Die Einsparungen hängen insbesondere an verspäteten Nachbesetzungen einiger Stellen sowie Zuordnungen in geringeren Entgeltstufen der neuen Mitarbeiter/innen (rund 63.000 € Einsparungen) zusammen. Weiter sind die Einsparungen u.a. auch durch aufwandsmindernden Buchungen wegen dem Abbau von Urlaubs- und Überstundenrückstellungen sowie leistungsorientierter Vergütung und wegen krankheitsbedingten Fehlzeiten von Mitarbeitern mit Herausfallen aus der Lohnfortzahlung zu begründen. Auch bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen konnte gegenüber den Ansatzzahlen ein Betrag von 140.232,95 € eingespart

werden, allerdings wurden hier noch Ermächtigungen i. H. v. 152.161,27 € ins Jahr 2017 vorgetragen wurden, die bei Inanspruchnahme damit das Jahresergebnis 2017 verschlechtern werden. Im Bauunterhaltsbereich (Kto. 52313000) sind gegenüber dem Haushaltsansatz von 112.900 € nur 31.686,16 €, das sind 81.213,84 € geringere Aufwendungen angefallen, wobei Mittel in Höhe von 93.441,62 € (insbesondere für die Umstellung auf LED-Beleuchtung in Bad Dürkheim 78.400 €) in das Haushaltsjahr 2017 übertragen werden mussten. Bei den Werkverträgen konnten Einsparungen von 24.018,42 € gegenüber den Planzahlen (61.350 €) ausgewiesen werden, welche jedoch aufgrund fehlender Abrechnungen fast vollständig auf das Jahr 2017 übertragen werden mussten (24.010 €). Auch bei den museumspädagogischen Veranstaltungen werden mit 18.652,73 € Weniger-Aufwendungen von 9.297,27 € gegenüber dem Haushaltsplanansatz ausgewiesen. Aber auch bei diesen Konten wurden 13.952,25 € auf 2017 vorgetragen, um hier noch einige Projekte fortführen bzw. abschließen zu können. Gleiches gilt für die Forschungswerkstatt – Pfalzmuseum unterwegs mit den Artenfindern, für die Mittel in Höhe von 3.077,40 € auf 2017 vorgetragen wurden. Die angefallenen Abschreibungen liegen mit 77.702,91 € um 686,09 € unter dem. Auch bei den sonstigen laufenden Aufwendungen sind mit 152.244,91 € insgesamt 15.195,09 € Weniger-Aufwand zu verzeichnen, als veranschlagt war. Größere Einsparungen ergeben sich hier bei den Publikationen (5.963,30 €), den Werbemitteln (4.271,58 €) sowie dem Büromaterial (2.693,28 €).

In der Finanzrechnung 2016 wird als Saldo der laufenden Einzahlungen und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit (bei 1.627.785,79 € Einzahlungen und 1.471.009,14 € Auszahlungen) ein positiver Betrag von 156.776,65 € ausgewiesen (im Haushaltsplan ergab sich bei Einzahlungen von 1.786.909 € und Auszahlungen von 1.723.620 € ein positiver Saldo von 63.289 €). Als Saldo der Zins- u. der sonstigen Finanzen- und Auszahlungen wird in der Jahresrechnung 2016 ein Betrag von -8.491,67 € (bei 33,59 € Einzahlungen und 8.525,26 € Auszahlungen) nachgewiesen. Hier wurden die Guthabenzinsen für Girokonten und die Sollzinsen für aufgenommene Investitionskredite verbucht. Dadurch ergibt sich als Saldo der ordentlichen u. außerordentlichen Ein- und Auszahlungen ein positiver Betrag von 148.284,98 €. Gegenüber der Haushaltsplanansatzzahl von + 49.789 € ist dies eine Verbesserung von 98.495,98 €. Die im Jahr 2016 eingetretene Verbesserung hängt u. a. mit den Mittelübertragungen in das Jahr 2017 zusammen. Auch Verschiebungen von Zahlungen aufgrund des Abschlusstages 31.12.2016 in der Finanzrechnungen führen dazu, dass Einzahlungen aus Erträgen oder Auszahlungen aus Aufwendungen, die in die Ergebnisrechnung des Jahres 2016 gehören erst über die Finanzrechnung 2017 erfolgen.

Zum Ausgleich der Finanzrechnung nach § 18 Abs. 2 Nr. 2 GemHVO muss der Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen so hoch sein, dass die ordentlichen Tilgungen des Jahres i. H. v. 30.359,50 € gedeckt sind. Der Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen beläuft sich im Jahr 2016 auf einen positiven Betrag von 148.284,98 € und reicht damit zur Deckung der ordentlichen Tilgungen aus. Der geforderte Haushaltsausgleich im Finanzhaushalt ist damit erreicht.

Im investiven Bereich wird bei Einzahlungen aus Investitionszuwendungen (dies sind die von den Zweckverbandsmitgliedern als Teil der Zweckverbandsumlage gezahlten Zuschüsse zur Finanzierung von Anlagevermögen) ein Betrag von 188.970,65 € und bei den investiven Auszahlungen ein Betrag von 277.437,24 € ausgewiesen. Dadurch ergibt sich ein negativer Saldo aus Investitionstätigkeit in Höhe von 88.466,59 € (im Haushaltsplan 2016 war bei 106.100 € Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und 952.600 € Auszahlungen aus Investitionstätigkeit ein negativer Saldo von Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von 846.500 € etatisiert. Dadurch ergibt sich beim Jahresabschluss 2016 ein

Finanzmittelüberschuss von 59.818,39 € (im Haushaltplan 2016 war ein Finanzmittelfehlbetrag von 796.711 € ausgewiesen). Die gegenüber dem Haushaltsplan 2016 wesentlich geringeren Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten hängen mit den Verzögerungen (zusätzliche Brandschutzmaßnahmen, Fund von astbestbelasteten Estrichboden, etc.) beim 2. Bauabschnitt des Umbaus des Ausstellungsbereichs zusammen. Von den geplanten Investitionen in 2016 und den aus 2015 übertragenen Ermächtigungen (4.138,26 €) in Höhe von insgesamt 956.738,26 wurden im Haushaltsplan 2016 277.437,24 € verausgabt. Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 500.392,65 € für den Umbau des Ausstellungsbereichs wurden auf das Jahr 2017 vorgetragen.

Ein Teil der nicht benötigten Zweckverbandsumlage 2016 i. H. v. 76.805,94 € wurde umgewandelt in investive Zuschüsse der Zweckverbandsmitglieder (Anzahlungen auf SoPo) für den Umbau des Ausstellungsbereichs, was zu einem niedrigeren Kreditbedarf bei der Umgestaltungsmaßnahme führt.

Kredite wurden in 2016 keine aufgenommen. An ordentlicher Tilgung für Kredite wurde in 2016 ein Betrag von 30.359,50 € gebucht.

II. Rückblick auf die Haushaltswirtschaft 2017

Für das Haushaltsjahr 2017 waren folgende Ansätze veranschlagt:

Im Ergebnishaushalt

der Gesamtbetrag der Erträge	1.842.620 €
der Gesamtbetrag der Aufwendungen	<u>1.823.970 €</u>
mithin ein Jahresüberschuss	18.650 €

Im Finanzhaushalt

die ordentlichen Einzahlungen	1.770.520 €
die ordentlichen Auszahlungen	<u>1.716.750 €</u>
der Saldo der ordentlichen Einzahlungen u. Auszahlungen	53.770 €

die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	281.600 €
die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	<u>70.180 €</u>
der Saldo der Ein- u. Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	211.420 €

die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	19.810 €
die Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	<u>284.000 €</u>
der Saldo der Ein- u. Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	-265.190 €

Im Rahmen des Haushaltsvollzugs des Jahres 2017 gehen wir im zahlungswirksamen Bereich davon aus, dass es zu keinen Verschlechterungen gegenüber den Haushaltsansätzen 2017 kommen wird. Da aber im Jahr 2016 im Ergebnishaushalt Ermächtigungen von 152.161,27 € auf das Jahr 2017 übertragen wurden und hieraus in 2017 auch tatsächliche Aufwendungen anfallen werden, kann sich das Jahresergebnis 2017 insoweit verschlechtern. Diese Übertragungen aus 2016 wurden aber bereits in die Berechnung der Zweckverbandsumlage für das Vorjahr eingerechnet, mit der Folge, dass dort dann ein besseres Jahresergebnis entstanden ist. Die Übertragungen wurden somit quasi im Vorjahr bereits durch Zweckverbandsumlage gedeckt.

Wie sich die Zuführungen bzw. Erträge aus den Urlaubs- und Überstundenrückstellungen zum 31.12.2017 entwickeln, kann zurzeit noch nicht abgeschätzt werden. Auch hier kann es aufgrund der Erfahrungen in den Vorjahren zu einer Verschlechterung im Jahresergebnis gegenüber den Planansätzen kommen. Diese Verschlechterungen sollten aber aufgrund von erzielbaren Einsparungen im zahlungswirksamen Aufwandsbereich kompensiert werden können, so dass im Jahr 2017 keine großen Abweichungen in Bezug auf das prognostizierte Jahresergebnis entstehen dürften (mit Ausnahme der oben näher beschriebenen Problematik im Rahmen des Ermächtigungsvortrags auf 2017 im Ergebnishaushalt).

III. Ausblick auf die voraussichtliche Entwicklung für das Haushaltsjahr 2018

1. Ergebnishaushalt

1.	Erträge
1.1 aus Verwaltungstätigkeit	1.884.039 €
1.2 sonstige Finanzerträge	0,00 €
Gesamterträge	1.884.039 €
2.	Aufwendungen
2.1 aus Verwaltungstätigkeit	1.855.210 €
2.2 Zins- u. sonstige Finanzaufwendungen	11.200 €
Gesamtaufwendungen	1.866.410 €
Jahresüberschuss	17.629 €

Der Jahresüberschuss 2018 in Höhe von 17.629 € rührt daher, dass ein Teilbetrag der für die Realisierung des 2. Bauabschnitts der Umgestaltung des Ausstellungsbereich eingeplanten Ordentlichen Tilgungen in Höhe von 17.379,26 € über die Zweckverbandsumlage 2018 finanziert werden. Die Auszahlungen an Ordentlichen Tilgungen spielen sich aber im Finanzhaushalt ab, sind also nicht im Ergebnishaushalt veranschlagt, weshalb der Ergebnishaushalt ein entsprechendes positives Ergebnis ausweist. Auch der in 2018 eingeplante Betrag von 250 € für die Zuführung zur Versorgungsrücklage nach § 2 Kommunal-Versorgungsrücklagegesetz muss über die Zweckverbandsumlage 2018 gedeckt werden, weshalb insgesamt ein Jahresüberschuss von 17.629 € ausgewiesen wird.

3. Wesentliche Erträge und Aufwendungen im Ergebnishaushalt

Die im Jahr 2018 festgesetzten Zweckverbandsumlagen teilen sich in einen ertragswirksamen Anteil (d. h. einen die im Ergebnishaushalt enthaltenen Aufwendungen deckenden Ertrag) und einen investiven Anteil (d. h. einen die im Finanzhaushalt veranschlagten investiven Auszahlungen deckenden Zuschuss) auf. Der ertragswirksame Anteil der Zweckverbandsumlage beläuft sich auf 1.652.439 € und dient zur Deckung der Aufwendungen im Ergebnishaushalt bzw. des oben genannten Teilbetrags der Ordentlichen Tilgung sowie der Zuführung zur Versorgungsrücklage. Er ist unter den Konten 41443100 bis 41443400 sowie 41459100 (Zweckverbandsumlagen) in den Produkten 2515 und 2516 im Haushalt 2018 veranschlagt. Der investive Anteil an der Zweckverbandsumlage beträgt insgesamt 62.800 € (siehe die Ausführungen zum Finanzhaushalt):

3.1 Erträge		2017	2018	Veränderung
3.1.1 Zweckverbandsumlagen				
Bezirksverband Pfalz	f. d. Zweigstelle Bad Dürkheim	850.846	870.425	19.579 €
	f. d. Zweigstelle Kusel	287.694	310.634	22.940 €
	insgesamt	1.138.540	1.181.059	42.519 €
Stadt Bad Dürkheim	f. d. Zweigstelle Bad Dürkheim	182.324	186.520	4.196 €
Landkreis Bad Dürkheim	f. d. Zweigstelle Bad Dürkheim	121.550	124.346	2.796 €
POLLICHIA e.V.	f. d. Zweigstelle Bad Dürkheim	35.713	36.535	822 €
	f. d. Zweigstelle Kusel	12.075	13.038	963 €
	insgesamt	47.788	49.573	1.785 €
Landkreis Kusel	f. d. Zweigstelle Kusel	102.748	110.941	8.193 €
Zweckverbandsumlagen insgesamt		1.592.950 €	1.652.439 €	59.489 €
3.1.2 Privatrechtliche Leistungsentgelte				
	f. d. Zweigstelle Bad Dürkheim	46.950	46.950	0 €
	f. d. Zweigstelle Kusel	51.600	51.600	0 €
		98.550	98.550	0 €
3.1.3 Auflösung von Sonderposten				
	f. d. Zweigstelle Bad Dürkheim	56.600	55.950	-650 €
	f. d. Zweigstelle Kusel	4.800	3.950	-850 €
		61.400	59.900	-1.500 €
3.1.4 Ertrag aus Kostenerstattungen u. -umlagen		67.700	69.000	1.300 €
3.1.5 Erträge aus Auflösung von Rückstellungen		0	0	0 €
3.1.6 Sonstige laufende Erträge u. Zuwendungen und Kostenerstattungen		22.020	4.150	-17.870 €
	davon Zuschuss Projekt Museumspädagogik DÜW	10.700	0	-10.700 €
	davon Zuschuss Stipendiat KUS	9.600	2.400	-7.200 €
GESAMTERTRÄGE		1.842.620 €	1.884.039 €	41.419 €

3.2 Aufwendungen	2017	2018	Veränderung
3.2.1 Personalaufwendungen			
f. d. Zweigstelle Bad Dürkheim	698.950 €	728.100 €	29.150 €
f. d. Zweigstelle Kusel (inkl. Personalkostenerstattung an den Landkreis Kusel, Kto. 52543)	351.750 €	384.750 €	33.000 €
f.d. Produkte Verwaltungssteuerung und Gremien	111.420 €	116.320 €	4.900 €
3.2.2 Versorgungsaufwendungen			
f. d. Zweigstelle Bad Dürkheim	7.000 €	7.000 €	0 €
3.2.3 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			
3.2.3.1 Sach- u. Dienstleistungen			
f. d. Zweigstelle Bad Dürkheim	221.040 €	218.090 €	-2.950 €
f. d. Zweigstelle Kusel (ohne Personalkostenerstattung an den Landkreis Kusel, Kto. 52543)	86.800 €	86.600 €	-200 €
f.d. Produkte Verwaltungssteuerung und Gremien	30.700 €	30.700 €	0 €
3.2.3.2 sonstige laufende Aufwendungen			
f. d. Zweigstelle Bad Dürkheim	145.330 €	145.450 €	120 €
f. d. Zweigstelle Kusel	46.660 €	39.160 €	-7.500 €
f.d. Produkte Verwaltungssteuerung und Gremien	1.350 €	1.700 €	350 €
3.2.4 Abschreibungen			
f. d. Zweigstelle Bad Dürkheim	99.520 €	91.970 €	-7.550 €
f. d. Zweigstelle Kusel	8.000 €	5.370 €	-2.630 €
3.2.5 Zins- und sonstige Finanzaufwendungen			
Zinsen für die Darlehensaufnahme Zweigstelle DÜW	15.450 €	11.200 €	-4.250 €
GESAMTAUFWENDUNGEN	1.823.970 €	1.866.410 €	42.440 €

In den Jahren 2019 bis 2021 (mittelfristiger Finanzplanungszeitraum) weist der Ergebnishaushalt jeweils Jahresüberschüsse bzw. -fehlbeträge von 2.201 € in 2019, -1.937 € in 2020 und -3.894 € in 2021 aus. Demnach ist in den Jahren 2020 und 2021 nicht mit einem ausgeglichenen Ergebnishaushalt zu rechnen.

Hauptsächlich wegen der eingeplanten Personalkostensteigerungen (der Tarifvertrag für den tariflichen Bereich läuft zum 28.02.2018 aus, daher wird in der Haushaltsplanung bei den tariflich Beschäftigten von einer kontinuierlichen Steigerung von 2 v. H. in 2018 und den Folgejahren ausgegangen, bei den Beamten ist eine gesetzliche Steigerung von 2,35 v. H. in 2018 sowie weitere 2 v. H. in den Jahren 2019 – 2021 berücksichtigt) wird sich die Zweckverbandsumlage im Ergebnishaushalt von 1.652.439 € im Jahr 2018 über 1.695.110 € in 2019, 1.684.082 € in 2020 auf 1.964.886 € in 2021 erhöhen. Die einkalkulierten jährlichen Personalaufwandssteigerungen von knapp 48.000 € in 2018, anschließend rund 22.000 € in den Folgejahren, können durch Rückgänge in anderen Bereich teilweise aufgefangen werden. Bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen bleiben die Aufwendungen von 481.990 € in 2018 auf 481.840 € in 2021 nahezu konstant.

In der Zweigstelle Bad Dürkheim werden im Jahr 2018 eine Sonderausstellung sowie die Wiedereröffnung der Dauerausstellung stattfinden. Darüber hinaus muss für die im Anschluss an die Sonderausstellung geplante Leihausstellung zum Thema Spinnentiere in 2019 bereits in diesem Jahr der Vertrag geschlossen und die entsprechende Leihkosten veranschlagt werden, die jedoch erst in 2019 zur Auszahlung kommen werden. Insgesamt beträgt der Haushaltsansatz für Ausstellungen, Vorträge und Tagungen in 2018 32.400 €.

Bei den museumspädagogischen Veranstaltungen ist in der Zweigstelle Bad Dürkheim in 2017 nochmals ein zusätzlicher Betrag von 10.700 € für das Projekt „Von der Natur lernen – Mobilbox Bionik“ enthalten, das durch einen Zuschuss der Sparkasse Rhein-Haardt in 2014 finanziert wurde und Aufwendungen der Jahre 2015 bis 2017 betrifft. Ab 2018 werden hierfür keine Mittel mehr vorgesehen.

Die Personalaufwendungen (ohne Versorgungsaufwendungen) in der Zweigstelle Bad Dürkheim erhöhen sich gegenüber dem Jahr 2017 um 29.150 € auf 728.100 €. Die neben der tariflichen Steigerung festzustellenden Mehraufwendungen gegenüber 2017 resultieren im großen Bereich dadurch, dass aufgrund der Änderung des TvöD einige Angestellte in eine andere, höherwertige Entgeltgruppe eingruppiert wurden.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen vermindern sich in der Zweigstelle in Bad Dürkheim von 221.040 € um 2.950 € auf 218.090 €. Den Mehraufwendungen insbesondere bei der Durchführung von Ausstellungen, Vorträgen und Tagungen (+ 7.400 € aufgrund der Miete für eine Leihausstellung, Materialkosten für die Sonderausstellung 2018 sowie Ausstellungseinrichtung für die Dauerausstellung) sowie dem Unterhalt der Außenanlagen (+ 4.300 €) stehen verminderte Aufwendungen im Bereich der museumspädagogischen Veranstaltungen (- 10.550 €) gegenüber.

Die Abschreibungen in der Zweigstelle Bad Dürkheim vermindern sich gegenüber 2017 aufgrund der verzögerten Fertigstellung des 2. BA des Umbaus des Ausstellungsbereichs um 7.550 € auf 91.970 €.

Die sonstigen laufenden Aufwendungen in Bad Dürkheim bleiben gegenüber dem Vorjahr in 2018 mit 145.450 € ebenfalls konstant (+ 120 €). Bei den Mieten ist eine leichte Reduzierung des Ansatzes auf 92.680 € (- 520 €) zu verzeichnen, da in der Hardenburg aufgrund Eigenbedarfs des Eigentümers zukünftig ein kleinerer Kellerraum als bislang angemietet wird. Die Werbemittel erhöhen sich ebenfalls leicht um 1.340 € auf 7.820 € für den Druck zweier Veranstaltungskalender sowie zusätzliche Mittel für die Ausstellungseröffnungen.

In der Zweigstelle in Kusel erhöhen sich die Personalaufwendungen um 15.240 € auf 238.150 €, was neben den eingerechneten voraussichtlichen Personalsteigerungen von 2 v. H. auch mit der Änderung des TvöD zusammen hängt.

Im Bereich der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen erhöhen sich die Ansatzzahlen in Kusel auf 233.200 € (+ 18.900 €). Diese Erhöhung ist insbesondere am Kto. 2516.52543 (Kostenerstattungen an den öffentlichen Bereich / an Gemeinden und Gemeindeverbände) festzumachen, da die vom Landkreis Kusel gestellten Kassen- und Aufsichtskräfte in der Zweigstelle Kusel zukünftig ebenfalls nach dem Tarifvertrag bezahlt werden und demnach erhöhte Erstattungen an die Kreisverwaltung Kusel anfallen (+ 19.100 €). Zusätzlich beinhaltet die Erhöhung die angenommene Personalkostensteigerung von 2 %.

Die einkalkulierten Abschreibungen des Jahres 2018 belaufen sich für die Zweigstelle Kusel auf einen Betrag von 5.370 € und liegen damit unter dem letztjährigen Ansatz von 8.000 €. Bei den sonstigen laufenden Aufwendungen ist gegenüber dem Jahr 2017 in Kusel ebenfalls eine Reduzierung von 7.500 € auf einen Betrag von 39.160 € zu verzeichnen. Dies steht im Zusammenhang mit den Wenigeraufwendungen beim Kto. 2516.5613 – Reisekosten, da sich hier der Ansatz um 7.200 € reduziert hat. Die im Vorjahr für den Inhaber des durch die

Alexander-von-Humboldt-Stiftung geförderten Stipendiums in Kusel erhöhten Reisekosten konnten wieder reduziert werden, da diese nur noch für die Restdauer des Stipendiums (bis März) eingeplant wurden. Zusätzlich zu den Reisekosten für die Bediensteten in Höhe von 2.500 € werden hier nur noch Aufwendungen in Höhe von 2.400 € für den Stipendiaten veranschlagt. Ein Zuschuss der Stiftung in entsprechender Höhe ist beim Ertragskonto 2516.41490000 eingeplant.

2. Finanzhaushalt

1. Einzahlungen	
1.1 ordentliche und außerordentliche Einzahlungen	1.824.139 €
1.2 aus Investitionszuwendungen	262.800 €
1.3 aus Krediten	103.000 €
1.3 aus der Abnahme liquider Mittel	901 €

Summe der Einzahlungen **2.190.840 €**

2. Auszahlungen	
2.1 ordentliche und außerordentliche Auszahlungen	1.769.320 €
2.2 Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten	172.220 €
2.3 Auszahlungen zur Tilgung von Krediten	249.300 €

Summe der Auszahlungen **2.190.840 €**

Aus der Gegenüberstellung der Einzahlungen und Auszahlungen ergibt sich im Finanzhaushalt ein Saldo von Null.

An investiven Auszahlungen, die über investive Zuschüsse der Zweckverbandsmitglieder finanziert werden, sind in 2018 in Bad Dürkheim 55.500 € und in Kusel 7.300 € eingeplant. Dementsprechend wird in dieser Höhe die Zweckverbandsumlage auch als Investitionszuwendung von Gemeinden/Gemeindeverbänden und vom sonstigen privaten Bereich (= investiver Anteil der Zweckverbandsumlage) im Haushaltsplan wie folgt ausgewiesen (Konten 68143000 und 68159000):

	Zweigstelle Kusel	Zweigstelle Bad Dürkheim
Bezirksverband Pfalz	5.218 €	39.668 €
Stadt Bad Dürkheim		8.500 €
Landkreis Bad Dürkheim		5.667 €
Verein POLLICHIA	219 €	1.665 €
Landkreis Kusel	<u>1.863 €</u>	
Summe	7.300 €	55.500 €

An investiven Auszahlungen für die Zweigstelle in Kusel sind die Beschaffung eines Klima-Splitgeräts für 2.000 €, eines Servers einschließlich Ersatzakkus USV für 2.300 €, eines Stereomikroskops inkl. Kamera für 3.000 € sowie weitere 1.400 € für die Anschaffung sogenannter geringwertiger Wirtschaftsgüter eingeplant.

In der Zweigstelle Bad Dürkheim soll im Jahr 2018 ein neuer Beamer inklusive Bedienerpaneel im Wert von 13.100 € angeschafft werden, da die Leistung/Funktion des alten, 2008 installierten, Beamers immer wieder Mängel aufweist. Desweiteren musste das bereits im Vorjahr einkalkulierte flexible Vitrinensystem für die Sonderausstellung (18.000 €) erneut veranschlagt werden, da diese Mittel im Jahr 2017 für die bereits notwendige Beauftragung des Gestalterbüros für die gestalterische Umsetzung der Sonderausstellung genutzt werden mussten. Weiter sind im Haushaltsplan 2018 Aufwendungen für einen Insektenschrank (1.500 €), ein Ersatzbinakular (1.200 €), einen Kameraadapter (1.100 €) einen Freischneider (1.000 €) einen Multimedia Guide (15.000 €), 2 Entfeuchtungsgeräte (3.000 €) sowie die Beleuchtung für das Vitrinensystem im SA-Raum (1.600 €) veranschlagt. Außerdem werden in Bad Dürkheim in 2018 5.020 € für die Anschaffung geringwertiger Vermögensgegenstände des Anlagevermögens im Haushaltsplan bereitgestellt.

Für die Fertigstellung des 2. BA der Neugestaltung des Ausstellungsbereichs in Bad Dürkheim wurden im Haushaltsplan 2016 einschließlich Nachtragshaushaltsplan 2016 insgesamt 943.000 € zur Verfügung gestellt. Aufgrund von Verzögerungen (zusätzliche Brandschutzmaßnahmen, Fund von asbestbelastetem Estrich, etc.) mussten Mittel in Höhe von 500.392,65 € in das Jahr 2017 übertragen werden, von denen im Haushaltsjahr 2017 voraussichtlich 397.475,60 € verausgabt werden. Der Restbetrag von rund 103.000 € wird somit im Haushaltsplan 2018 neu veranschlagt und durch eine entsprechend etatisierte Kreditermächtigung finanziert.

Durch die Bewilligung eines Landeszuschusses aus dem Investitionsstock in einer Gesamthöhe von 521.000 € verringerte sich im Haushaltsjahr 2016 die ursprünglich eingeplante Höhe von Investitionskrediten (793.000 €) um 301.750 € auf 491.250 €, die von der Aufsichtsbehörde nur in Höhe von 422.000 € genehmigt wurde. Da die Landeszuweisung in mehreren Jahresraten (100.000 € für 2016, 221.000 € für 2017 und 200.000 € für 2018) zugesagt wurde, müssen die entsprechenden Auszahlungen in dieser Höhe durch Liquiditätskredite vorfinanziert werden. Die letzte Rate der Landeszuweisung i. H. v. 200.000 € wird wahrscheinlich im Laufe des Jahres 2018 vereinnahmt werden. Deshalb muss in der Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2018 ein Liquiditätskredit von 200.000 € veranschlagt werden, der zur Vorfinanzierung der Auszahlungen bis zum Eingang der Landeszuweisung dient.

Die für die Finanzierung der Überarbeitung des Ausstellungsbereichs vorgesehenen Kreditaufnahmen führen dazu, dass im Jahr 2018 eine Zins- u. Tilgungsleistung von 60.500 € (Zinsen v. 11.200 €, Tilgung von 49.300 €) in den Haushalt eingestellt ist.

Aus den zum Jahresende 2017 vorhandenen liquiden Mittel wird in 2018 eine Entnahme von 901 € zur Finanzierung der Auszahlungen des Jahres 2018 eingeplant.

Nach der vorläufigen Finanzplanung kann der Finanzhaushalt auch im Jahr 2019 ausgeglichen werden. In den Jahren 2020 und 2021 ist ein Ausgleich des Finanzhaushalts nach der gegenwärtigen Planung nicht möglich, wobei jedoch in beiden Jahren noch ausreichend liquide Mittel vorhanden sind, um die Aufnahme von Kassenkrediten zur Finanzierung konsumtiver Auszahlungen zu vermeiden.

Im Jahr 2018 sind auch keine Verpflichtungsermächtigungen eingeplant.

3. Kreditwirtschaft

Zur Finanzierung des 1. BA des Ausstellungsbereichs im 1. OG wurde im Jahr 2011 ein Investitionskredit von 150.000 € aufgenommen, dessen Restschuld sich zum 31.12.2017 auf einen Betrag von 92.118,72 € belaufen wird. Anfang des Jahres 2013 wurde zur Ausfinanzierung dieses Bauabschnittes ein weiterer Kredit von 231.747,61 € aufgenommen, dessen Restschuld sich zum 31.12.2017 auf einen Betrag von 155.997,42 € beläuft.

Zur Finanzierung der Planungskosten für den 2. Bauabschnitt und eines Nachforderungsbetrags für den 1. BA wurde im März 2014 ein weiterer Kredit in Höhe von rd. 65.000 € aufgenommen. Die entsprechende Kreditermächtigung wurde von 2012 auf 2013 vorgetragen. Der Kredit wurde im März 2014, noch vor dem Inkrafttreten der neuen Haushaltssatzung 2014, am Kapitalmarkt aufgenommen. Nach Abzug der in 2017 fälligen Tilgungen beläuft sich die Kreditresthöhe zum Ende des Jahres 2017 auf einen Betrag von 40.789,96 €.

Weitere Kreditaufnahmen zur Finanzierung des 2. Bauabschnitts der Umgestaltung des Ausstellungsbereichs werden zum Ende des Jahres 2017 bzw. zu Anfang des Jahres 2018 erfolgen. Aus der noch zur Verfügung stehenden genehmigten Investitionskreditsumme 2017 in Höhe von 422.000 € werden voraussichtlich noch 311.500 € im Jahr 2017 in Anspruch genommen. Für das Jahr 2018 ist eine erneute Kreditermächtigung in Höhe von 103.000 € veranschlagt.

Im Nachtrag 2016 wurde die Investitionskreditsumme zur Ausfinanzierung des 2. BA auf eine Höhe von 422.000 € festgesetzt. Zur Vorfinanzierung der in den Jahren 2017 bis 2018 zugesagten Landeszuweisung aus dem Investitionsstock wurde im Nachtrag 2016 ein Liquiditätskredit von 421.000 € veranschlagt, welcher im Haushaltsjahr 2018, nach Eingang der letzten Rate der Landeszuweisung, vollständig getilgt werden soll. Für die gesamten bisher bereits aufgenommenen und in 2017 bzw. 2018 noch aufzunehmenden Darlehen wird im Haushaltsplan 2018 an Zinsaufwendungen ein Betrag von 11.200 € und an ordentlichen Tilgungszahlungen für Investitionskredite ein Betrag von 49.300 € sowie von 200.000 € Liquiditätskredittilgung in den Haushaltsplan 2018 eingestellt.

Gewässerzweckverband Isenach-Eckbach

VORBERICHT

Haushaltsplan 2017 und 2018

Auf der Grundlage der Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz hat der Verband jedes Haushaltsjahr eine Haushaltsatzung zu erlassen. Der Haushaltsplan ist Bestandteil der Haushaltssatzung. Der Haushaltsplan ist Grundlage für die Haushaltswirtschaft des Verbandes und somit für das Handeln des Verbandes verbindlich.

Der Haushaltsplan enthält alle im Haushaltsjahr für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde voraussichtlich anfallenden Erträge und eingehenden Einzahlungen, entstehende Aufwendungen und zu leistenden Auszahlungen sowie die notwendigen Verpflichtungsermächtigungen. Der Haushaltsplan besteht aus dem Ergebnishaushalt, dem Finanzhaushalt, den Teilhaushalten und dem Stellenplan.

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan sind nach den entsprechenden Vorschriften insbesondere der Gemeindehaushaltsverordnung aufgestellt.

Ergebnis- und Finanzhaushalt weisen die Erträge und Aufwendungen bzw. die Einzahlungen und Auszahlungen in zusammengefassten Positionen aus.

Der Ergebnishaushalt bildet den Ressourcenverbrauch (Aufwendungen) und das Ressourcenaufkommen (Erträge) periodengerecht ab. Er informiert über die Art, die Höhe und die Quellen der Erträge und Aufwendungen und weist einen sich daraus ergebenden Überschuss oder Fehlbetrag aus. Der Werteverzehr eines Haushaltsjahres wird hier ebenfalls dargestellt.

Der Finanzhaushalt enthält die Planung der Ein- und Auszahlungen, insbesondere für Investitionen. Mit dem Finanzhaushalt wird der Geldfluss transparent gemacht. Alle voraussichtlich eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen werden nach dem Prinzip der Zahlungswirksamkeit veranschlagt. Gleichzeitig werden auch die Liquiditätsveränderungen dargestellt.

Die Teilhaushalte wurden produktorientiert auf der Grundlage des Produktrahmenplanes des Landes erstellt. Sie enthalten für Verbandsmitglieder die kompletten Informationen auf dieser Ebene und stellen somit ein Gestaltungsinstrument dar. Die Teilhaushalte sind gegenseitig deckungsfähig.

Auf Produktebene werden die nach Arten gegliederten Finanzdaten des Ergebnis- und des Finanzhaushaltes aufgezeigt. Im Teilhaushalt sind die Produkte nach deren Zielen und Zielerreichung beschrieben und beinhalten die auf Produktebene veranschlagten Investitionsmaßnahmen. Durch die Teilhaushalte werden die Planungswerte, das Ergebnis des Finanzhaushaltes und des Stellenplans aussagefähig dargestellt.

Der Haushaltsplan ist in jedem Jahr sowohl in der Planung als auch in der Rechnung auszugleichen (§ 93 Abs. 4 GemO).

Der Ausgleich ist erzielt, wenn

- a. im Ergebnishaushalt unter Berücksichtigung von Ergebnisvorträgen aus Haushaltsvorjahren die Erträge mindestens die Aufwendungen decken und
- b. im Finanzhaushalt unter Berücksichtigung von vorzutragenden Beträgen aus Haushaltsvorjahren der Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und

Auszahlungen ausreicht um die Auszahlungen zur planmäßigen Tilgung von Investitionskrediten zu decken.

Es ist in den Folgejahren nicht auszuschließen, dass es bei der Bildung von Produkten oder der Zuordnung von Kosten noch Anpassungsbedarf geben wird.

Gemäß Beschluss der Verbandsversammlung wurde die kommunale Doppik ab 01.01.2009 beim Verband eingeführt. Zu diesem Zeitpunkt wurde die Durchführung der Kassengeschäfte auf die Gemeindeverwaltung Lambsheim übertragen. Die Aufstellung des Haushaltsplans erfolgt somit auf der Basis der Software OSK KIS-KRW.

Der im Ergebnishaushalt ausgewiesene Ergebniswert des Vorjahres ist aufgrund der fehlenden Jahresabschlüsse nur bedingt aussagefähig.

Die Eröffnungsbilanz 2009 wurde 2013 zur Beschlussfassung vorgelegt. Die Höhe des attestierten Eigenkapitals zum 01.01.2009 beläuft sich auf 286.504,46 €. Der Jahresabschluss 2009 liegt vor, ist aber noch ungeprüft. Das ungeprüfte Jahresergebnis für das Jahr 2009 beläuft sich auf 195.333,00 €. Die sich anschließenden Jahresabschlüsse sind in Bearbeitung. Die Formblätter nach Muster 27, 28 und 29 gemäß § 93 Abs. 4 GemO wurden dem Haushaltsplan beigelegt und sind soweit möglich ausgefüllt.

Die im Ergebnishaushalt ausgewiesene Erträge aus der Auflösung von Sonderposten und die Aufwendungen für die Abschreibungen wurden bedingt durch die fehlenden Jahresabschlüsse hochgerechnet.

In der Regel wurden die nicht in Anspruch genommenen Planansätze für Investitionen aus Vorjahren nicht nach 2017/18 übertragen sondern wurden erneut im Investitionsplan 2017/18 veranschlagt.

Die Verbandsführung hat von der Möglichkeit nach § 95 (5) der Gemeindeordnung RP Gebrauch gemacht und die Haushaltssatzung für zwei Haushaltsjahre (2017/2018) festgesetzt.

Aufgaben und Entwicklung des Verbandes

Dem Verband obliegt als Pflichtaufgabe die Unterhaltung der von seinen Mitgliedern in die Unterhaltungslast des Verbandes übergebenen fließenden Gewässer 3. Ordnung einschließlich zugehöriger Rückhaltebecken und verschiedener Anlagen, wie das Schöpfwerk Bobenheim-Roxheim, das Pumpwerk Nordspange, das Pumpwerk Rehbachmündung (seit 01.01.2017) sowie Schleusen, Wehre, Schieber und Reffe. Als freiwillige Aufgabe führt der Verband gegen Erstattung der Selbstkosten Gewässerbaumaßnahmen, Planungen und Abflussuntersuchungen sowie Gewässerrenaturierungen für seine Mitglieder durch. Dieser Aufgabenumfang ist in § 3 Abs. 1 und 2 der Verbandsordnung definiert.

Seit dem 01.05.2006 kann der Verband nach § 3 Abs. 3 auch Maßnahmen zur Hochwasserrückhaltung und von überörtlicher Bedeutung, wenn sie dem Schutz mehrerer Mitglieder dienen (sogen. **Gemeinschaftsaufgaben**), nach dem jeweils gültigen Umlageschlüssel des Verbandes (**Sonderumlage**) durchführen.

Die Pflichtaufgabe der Gewässerunterhaltung wird vorwiegend mit eigenen Arbeitskräften und ergänzend durch den Einsatz von Fremdfirmen erfüllt. Im Stellenplan sind bisher hierfür 19 gewerbliche Vollzeitbeschäftigte eingeplant. Der Stellenplan 2017 sieht die Aufstockung um eine gewerbliche Vollzeitkraft vor.

Die wesentlichen Aufgaben dieser beim Verband beschäftigten Arbeitskräfte bestehen in der Durchführung der Mäharbeiten (maschinell und manuell), der Grabenräumarbeiten (maschinell und manuell), Gehölzarbeiten (maschinell und manuell), laufender Gewässerkontrollen, dem Grabenverbau, der Anlage und Pflege von Uferrandstreifen mit Uferschutzpflanzungen sowie Hochwasserschutzaufgaben, wie z.B. dem Betrieb der Schöpfwerke.

Zur Unterstützung werden verschiedene Gewässerräummaßnahmen, die z. B. einen größeren Umfang haben oder bei denen Spezialgerät notwendig ist an Fremdfirmen vergeben.

Die Verbandsverwaltung wird von einem Geschäftsführer, einem technischen Betriebsleiter, einer Sachbearbeiterin in Teilzeit (ab 01.02.13 mit 32 h/w) und einer Verwaltungsfachkraft (ab 03.11.14 mit 0,5 VbE) wahrgenommen. Der Stellenplan 2017 sieht die Aufstockung um eine Stelle (Ingenieur) vor.

In der Unterhaltungslast des Verbandes stehen heute in einem Einzugsgebiet von 46.634 ha (einschl. anteiligen Waldgebieten) insgesamt 611,630 km Gewässerlänge einschließlich Gewässerverrechnungslänge aus Rückhaltemaßnahmen ($6 \text{ m}^2 = 1 \text{ m}$ Gewässerlänge). Die Unterhaltungslast hat sich gegenüber 2013/2015 um 5,161 km erhöht.

Entwicklung der Gewässerstrecken/Verrechnungslängen (einschl. fertiggestellte Maßnahmen aus der Gemeinschaftsaufgabe):

Gewässerart:	Gewässerstrecken in km		
	Stand 01.10.70	Stand 2013/2015	Stand 2017
Hauptvorfluter	60,140	230,200	234,657
Nebenvorfluter	39,490	98,092	98,208
Entwässerungsgräben	151,535	278,177	278,765
zusammen:	251,165	606,469	611,630

Die Unterhaltungspflicht für Verbandsanlagen umfasst derzeit drei Pumpwerke (Schöpfwerk Bobenheim-Roxheim, Pumpwerk Nordspange und Pumpwerk Südspange (Zugang 2017), 41 Rückhaltebecken (Zugang zwei RHB in 2016/2017) einschließlich Eckbachweiher, 13 Sandfänge, 27 Schleusen und Schieber, 20 Reffe, 7 Düker und 9 Brücken (2x am Sandfang Eckbachweiher, 1x am Kandel, 1x an der Isenach in Bobenheim-Roxheim und 5x an der Nordspange).

Die Einzugsfläche des Verbandes wuchs von 20.349 ha bei Verbandsgründung (1969) auf heute 46.634 ha. Die Gewässerstrecken haben sich gegenüber der Verbandsgründung von 251,165 km auf 611,630 km (+243,52%) erhöht. Im Jahr 2008 betrug die Gewässerstrecke noch 539,057 km, das bedeutet in 9 Jahren eine Zunahme von 72,573 km (+13,462%).

Zum Zeitpunkt der Verbandsgründung waren 25 Städte und Gemeinden sowie 2 Landkreise Mitglieder des Verbandes. In den folgenden Jahren wurden weitere 27 Gemeindegebiete dem Verband angegliedert. Durch die Verwaltungsreform minderte sich ohne Rückwirkung auf die

Unterhaltungsaufgaben die Mitgliederzahl auf 9 Städte und Gemeinden, 7 Verbandsgemeinden und 2 Landkreise. Die Ortsgemeinden des Einzugsbereiches gehören dem Verband seit 01.01.1975 mit beratender Funktion an. Der Landkreis Bad Dürkheim schied zum 01.01.96 aus dem Verband aus.

2014 erfolgte die Fusion der VG Heßheim mit der Gemeinde Lambsheim zur VG Lambsheim-Heßheim. Damit sind jetzt noch 8 Städte und Gemeinden, 7 Verbandsgemeinden und 1 Landkreis Mitglied des Verbandes. Ab 01.01.2018 fusioniert die VG Grünstadt-Land und nennt sich zukünftig VG Leiningerland.

Das Verbandsgebiet ist im Wesentlichen geschlossen. Als Oberlieger sind weiterhin nicht Mitglied des Verbandes die Stadt Neustadt mit dem Stadtteil Königsbach als Oberlieger des Schleitgrabens, die Ortsgemeinden Altleiningen, Carlsberg-Hertlingshausen und Battenberg als Oberlieger des Eckbaches. Die Stadt Neustadt entrichtete bis Ende 1984 einen Oberliegerbeitrag. Die rechtlichen Voraussetzungen zur Heranziehung zu einem Oberliegerbeitrag entfielen 1985. Der daraufhin der Stadt Neustadt erneut angetragene Beitritt zum Verband wurde abschlägig beschieden.

Im Jahr 2009 wurde eine Wasserversorgung für den Hinteren Roxheimer Altrhein durch das Land installiert. Der Betrieb ist voraussichtlich auf 20 Jahre angelegt. Betrieb und Wartung der Anlage (Pumpe) wird durch den Verband sichergestellt. Die Stromkosten für den Betrieb übernimmt die Gemeinde Bobenheim-Roxheim.

Entwicklung und Stand der Haushaltswirtschaft des Verbandes

Erträge

Verbandsumlage (einschl. Verbandsumlage für Investitionen/Anschaffungen)

Haushaltsjahr	Verbandsumlage ohne Investitionsanteil	Investitionsanteil	Verbandsumlage Gesamt	Prozentuale Veränderungen
	EUR	EUR	EUR	%
2006	1.265.000	80.000	1.345.000	1,05
2007	1.304.800	84.200	1.389.000	3,27
2008	1.341.000	97.000	1.438.000	3,53
2009	1.415.600	144.000	1.559.600	8,46
2010	1.419.720	134.300	1.554.020	-0,36
2011	1.459.408	147.300	1.606.708	3,39
2012	1.466.490	114.750	1.581.240	-1,59
2013	1.479.783	139.450	1.619.233	2,40
2014	1.507.582	131.400	1.638.982	1,22
2015	1.537.569	145.000	1.682.569	2,69
2016	1.562.182	143.000	1.705.182	1,34
2017	1.721.609	191.699	1.913.308	12,21
2018	1.779.657	202.497	1.982.154	3,60

Die Veränderung der Verbandsumlage ergibt sich insbesondere aus nachfolgend aufgeführten Gründen:

- zwei zusätzliche Stellen im Stellenplan
- erhöhte Betriebskosten für Fuhrpark und Maschinen (Reparaturen, Treibstoff)
- Folgekosten aus Neuanschaffungen
- Zugang Pumpwerk Rehbachmündung ab 01.01.2017 (Strom, Wartung, etc.)
- allgemeine Preissteigerungen und tarifliche Anpassungen
- Folgekosten aus der Anschaffung von zusätzlichen Arbeitsmaschinen, Kraftfahrzeugen, Anbaugeräten
- Zunahme der Gewässerstrecken, erhöhter/erschwerter Aufwand durch die zusätzlichen Hochwasserrückhaltemaßnahmen (Gemeinschaftsaufgabe); Unwettereinsätze
- erhöhter Mengenanfall sowie erhöhte Kosten für die Sedimententsorgung

Erläuterungen von Planansätzen des Ergebnishaushaltes insbesondere bei wesentlichen Veränderungen:

Hinweis: Das Produkt 51103 Umsetzung von Aufgaben in Trägerschaft der Mitglieder wird ab 2017 nicht mehr geplant. Bei dem Produkt besteht kein Bedarf mehr. Die freiwerdenden Personalkosten werden dem Produkt 11102 Verwaltungsführung zugeordnet. Das Produkt 51101 Eigene Wasserbaumaßnahmen wird ebenfalls nicht mehr geplant. Aus programmtechnischen Gründen müssen die Aufwendungen für Abschreibung aus einer eigenen Bachrenaturierungsmaßnahme auf dem Produkt 51101 weitergeführt werden. Die Personalkosten werden dem Produkt 11102 Verwaltungsführung und 52101 Betrieb und Unterhaltung zugeordnet.

Die unter der Rubrik „Rechn. Ergebnis Vorvorjahr 2015“ ausgewiesenen Werte sind aufgrund des noch ausstehenden Jahresabschlusses als ungeprüft und vorläufig zu betrachten.

Im Jahr 2019 feiert der Verband sein 50-jähriges Gründungsjubiläum. Für vorbereitende Tätigkeiten für das Jubiläum wurde ein entsprechender Kostenansatz gebildet.

ERTRÄGE

Erträge aus Auflösungen von Sonderposten (415100)

Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten (z. B. Zuwendungen Land und Mitgliedsgemeinden) sind, basierend auf der Eröffnungsbilanz 2009 sowie den folgenden Wirtschaftsjahren einschließlich der Planjahre 2017 und 2018, hochgerechnet. Den Auflösungserträgen stehen die Aufwendungen für die Abschreibungen für Abnutzung (AfA) gegenüber.

Verbandsumlage (416300)

Die Verbandsumlage setzt sich aus der Verbandsumlage aus dem Ergebnishaushalt sowie aus den Investitionen aus den Produkten 11102/Maßnahme 10 sowie 52101/Maßnahme 9000 zusammen. Siehe hierzu die Tabelle auf Seite 10 des Vorberichts.

Sonstige Zinserträge (61201.479900)

Durch die vereinnahmten Sonderumlagen zur Finanzierung der Maßnahmen aus der Gemeinschaftsaufgabe ergaben sich vorübergehend höhere Zinserträge. Durch den Verzehr der vereinnahmten Sonderumlage sowie durch sinkende Zinssätze verringert sich der Zinsertrag in den Folgejahren. Die Zinserträge aus der bereits erhobenen und nicht verwendeten Sonderumlage werden im Rahmen der Abrechnungen den jeweiligen Maßnahmen zugeschrieben.

Erträge aus der Veräußerung von Sachanlagen (52101.461190)

Finanzierungserlöse bzw. Buchverluste (Mindererlöse) aus der Inzahlungnahme von Altgeräten wurden in der Ergebnisrechnung dargestellt. Siehe hierzu auch die Tabelle auf Seite 17/18.

AUFWENDUNGEN

Generell sind durch die geplante Einstellung von zwei Mitarbeitern höhere Kosten in diversen Aufwandspositionen berücksichtigt.

Personalkosten (diverse Produkte; Konto 502210 bis 504200)

Die tariflichen Erhöhungen ab 01.03.2016 von 2,4 % und ab 01.02.2017 von 2,35 % sind einkalkuliert. Für die Folgejahre wurden jeweils 3 % veranschlagt.

Ein gewerblicher Mitarbeiter hat seit 10/2013 seine Arbeitszeit auf 0,8 VbE reduziert. Die leistungsorientierte Vergütung beträgt rd. 17.000 €/a. Für einen Mitarbeiter muss noch eine rückwirkende Korrektur der Einstufung erfolgen. Zwei Mitarbeiter erhalten eine monatliche Leistungszulage. Für die Mitarbeiter muss noch eine Ermittlung und einzelvertragliche Festlegung über die Höhe der Erschwerungszulage erfolgen. Ein Mitarbeiter ist zeitbefristet im Rahmen eines Vertrages über geringfügig Beschäftigte für die Unterstützung beim Grunderwerb für die Südspange vertraglich gebunden (der Vertrag ist derzeit ausgesetzt). Zur Überbrückung von Personalausfällen wurden verschiedentlich zeitbefristete Arbeitskräfte eingesetzt. Diese Verfahrensweise ist auch für den hier geplanten Zeitraum vorgesehen. Insgesamt wurden im Stellenplan zwei zusätzliche Stellen eingeplant. Für den gewerblichen Bereich ist dringend eine Stelle für händische Mäharbeiten notwendig. Vorhandene Mitarbeiter wurden zur Bedienung der bisher angeschafften Maschinen qualifiziert. Somit fehlen Mitarbeiter, die die Handarbeit (Freischneider etc.) vornehmen.

Unterhaltung Grundstücke und Außenanlagen, Gebäude und Gebäudeeinrichtung (523100)

11102:

Hier sind in 2018 Kosten für die Sanierung des Sitzungsraums einschließlich Sitzmöbel, Beschallung etc. veranschlagt.

52101:

Hier sind Kosten für die Instandsetzung des Rollltors, Dach Betriebsgebäude und in 2018 für die Sanierung der Küche einschließlich Sanitärräume veranschlagt.

Bewirtschaftung Grundstücke, Außenanlagen... (52202.523200)

Unter dem Konto werden alle Energiekosten der Pumpwerke veranschlagt. Durch die Übertragung der Betriebslast des Pumpwerks Rehbachmündung an den Verband musste der Ansatz erhöht werden. Der Nachbarverband Gewässerzweckverband Rehbach-Speyerbach nutzt das Pumpwerk anteilig mit und beteiligt sich in entsprechender Höhe an den Kosten. Die Darstellung erfolgt durch Verminderung der Kostenansätze. Nach endgültigem Abschluss der Kostentragungsvereinbarung, erfolgt im nächsten Haushaltsplan die Darstellung in der Form, dass die Kosten in voller Höhe eingestellt werden und die Kostenbeteiligung als Ertrag ausgewiesen wird.

Die Höhe der Gesamtstromkosten steht in Abhängigkeit des tatsächlichen Hochwasseranfalls.

Hier sowie unter 52101 wurden auch die Kosten für die Brückenprüfungen nach DIN 1076 geplant.

Durch den Zugang des Pumpwerks Rehbach ab 01.01.2017 mussten alle Kostenansätze unter 52202 angepasst werden.

Fahrzeugunterhaltung (52101.523520)

Die Kosten für die Fahrzeugunterhaltung mussten aufgrund des erhöhten Verschleißes und Erweiterung des Maschinen- und Fuhrparks angepasst werden.

Sonstige Aufwendungen für Räumkosten etc. (52101.529200)

Der Kostenansatz ergibt sich aus dem Räum- und Baumschnittprogramm der Jahre 2017 und 2018. Für die Folgejahre wurde eine Annahme getroffen.

Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten... (52101.562900)

Es handelt sich hierbei überwiegend um die Kosten für Bodenproben und Analysen.

Beiträge zu Wirtschaftsverbänden... (11102.563200)

Unter dieser Position werden die Mitgliedsbeiträge zum KAV, Gemeinde- und Städtebund, Bezirksverband der Wasser- und Bodenverbände und der Hochwassernotgemeinschaft geplant.

Öffentliche Bekanntmachung (11101.563500)

Aktualisierung der Verbandsordnung/Veröffentlichung in 2018 geplant.

Öffentliche Bekanntmachung (11102.563500)

Stellenausschreibung für Stelle Ingenieur. Im Jahr 2019 für Stellenausschreibung Betriebsleiter.

Aufwendung für Dienst- und Schutzkleidung (52101.561500):

Die Position beinhaltet u. a. die Mietarbeitsschutzkleidung der Firma Bocco.

Leasing (11102.562200)

Leasinggebühren für Dienstfahrzeug Verwaltung. Aufgrund neuer Leasinggebührensätze ergibt sich hier eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr. Das Leasing eines Dienstfahrzeugs ist immer noch wirtschaftlicher gegenüber eine Neuanschaffung.

Sonstige Aufwendungen für Inanspruchnahme Dienste Dritter (11601.562900)

Hier sind die Kosten für die Führung der Kassengeschäfte durch die VG Lambsheim-Hessheim, die Kosten für die Jahresabschlussprüfung, die Kosten für die Beratung durch das Büro Schüllermann sowie die Kosten für die Durchführung einer Organisationsuntersuchung (2017/2018) veranschlagt.

Versicherungsbeiträge Kfz (52101.564120):

Neben der jährlichen Erhöhung der Versicherungsprämien durch den Versicherungsträger kommt es auch bei Ersatzbeschaffungen sowie Neuanschaffung von Fahrzeugen und Geräten i.d.R. auch zu einer Anpassung des Versicherungsschutzes und somit zu einer Erhöhung der Prämien.

Versicherungsbeiträge (52202/11102.564110):

Ab 2017 kommt die Übernahme des Pumpwerks Rehbachmündung hinzu. Entsprechende Steigerungen und Anpassungen sind hier geplant.

Einstellung und Zuschreibung in die Sonderposten (61201.565600):

Die durch die Mitglieder eingezahlten und noch nicht verbrauchten Sonderumlagen werden als Festgeld angelegt. Sich daraus ergebende Zinserträge werden den Sonderposten Investitionszuwendungen von Mitgliedern (Sonderumlage) zugeschrieben und kommen bei der Schlussabrechnung der jeweiligen Maßnahme zur Anrechnung.

Repräsentation (569300.11101)

Im Jahr 2019 hat der Verband sein 50 jähriges Gründungsjubiläum. Vorbereitende Tätigkeiten wurden hier mit 10.000 € veranschlagt.

Allgemeine Anmerkungen:

Teilweise wurden die Folgejahre ohne Kostensteigerungen gebucht. Wir gehen davon aus, dass eine lineare Kostensteigerung nicht immer bei allen Kostenarten gleichermaßen gegeben ist.

Generell ist der Übergang der Betriebslast für das Pumpwerk Rehbachmündung auf den Verband bei allen davon betroffenen Kostenarten eingepreist. Eine Beteiligung an den Kosten durch den Mitnutzer Gewässerzweckverband Rehbach-Speyerbach ist ebenfalls berücksichtigt.

Der Ansatz der Aufwendungen für Abschreibung erfolgte auf der Basis der Bestandsdaten aus der Anlagenbuchhaltung sowie aus den sich aus dem Planjahr ergebenden Aufwendungen für Abschreibungen. Die Aufwendung für Abschreibung im Anschaffungsjahr wurde ganzjährig angesetzt.

Die Erträge aus der Auflösung der Sonderposten wurden hochgerechnet. Hier wurde 90% der Aufwendungen für Abschreibung als Ertrag aus der Auflösung angesetzt. Dies dürfte aufgrund der Tatsache, dass die Finanzierung überwiegend aus Fördermitteln und Umlagen erfolgt, sachgerecht sein.

Hinweis:

Zur Tilgung wurde für 2017 ein Betrag von 14.200 EUR und für 2018 ein Betrag von 14.200 EUR angesetzt.

Teilhaushalte

Kernstück des neuen Haushalts sind die Teilhaushalte. Sie ermöglichen eine produktorientierte Betrachtung aller relevanten Finanz- und Leistungsdaten. Der Verbandshaushalt ist in 3 Teilhaushalte gegliedert:

Teilhaushalt 1	Zentrale Verwaltung
Teilhaushalt 5	Gestaltung Umwelt
Teilhaushalt 6	Zentrale Finanzdienstleistungen

Im Grundsatz besteht innerhalb eines Teilhaushaltes Deckungsfähigkeit. Den Teilhaushalten sind Produkte zugeordnet auf deren Ebene jeweils der Teilergebnishaushalt und Teilfinanzhaushalt ausgewertet wird.

So sind im Teilhaushalt auf Produktebene alle Aufwendungen und Erträge sowie Einzahlungen und Auszahlungen mit den dazugehörigen Investitionsmaßnahmen dargestellt. Nähere Angaben zu den Produkten sind den Spalten „verbale Beschreibung“ und „Ziele“ bei den einzelnen Produkten zu entnehmen.

Die Zeilen für die Grund- und Kennzahlen sowie für messbare Ziele bei den einzelnen Produkten werden erst in den Folgejahren gefüllt, da diese sich erst in zukünftigen Jahren ergeben.

Kurze Erläuterungen zu den geplanten Investitionsmaßnahmen 2017/2018

Produkt: 11102 Verwaltungsführung

Maßnahme Nr. 10 Ausstattungsgegenstände (Bürogeräte etc.)

Für 2017 wurden folgende Kosten (Ansatz: 20.000 €) geplant:

- die Möblierung des Besprechungsraums im Büropavillion (nur Stühle) sowie des Versammlungsraums, sowie Beschallung und Bildtechnik

- die Auf- und Nachrüstung der EDV-Ausrüstung
- die Aufrüstung der Telefonanlage (veranlasst durch Umstellung auf Internettelefonie bei der Telekom)

Kosten für die Sanierung des Versammlungsraums, Küche und Toiletten wurden im Ergebnishaushalt veranschlagt.

In 2018 wurden Kosten (25.000 €) für die Schaffung zusätzlicher Büroflächen sowie die Anschaffung von sonstigen Ausrüstungsgegenständen veranschlagt.

Die Finanzierung der Maßnahmen Nr. 10 erfolgt durch die Inanspruchnahme von Vorjahresüberschüssen (Entnahme aus den Rücklagen).

Produkt 51103 Maßnahmen in Trägerschaft

Hinweis:

Die Maßnahmen, die der Verband in Trägerschaft für Mitglieder durchführt, werden derzeit buchhalterisch, i. d. R. als Anlagen in Bau beim Verband einschließlich Einnahmen aus Zuwendungen und Kostenerstattungen geführt. Nach der Fertigstellung müsste die Maßnahme entsprechend aktiviert (bilanziert) und damit ggf. auch abgeschrieben werden. Wie und wo dies rechtlich und organisatorisch zu geschehen hat, ist noch zu klären. Zunächst werden die Maßnahmen im Investitionsplan des Verbandes weitergeführt.

Produkt 51102 Umsetzung Gemeinschaftsaufgaben

Maßnahme Nr. 8910 Südspange

Insgesamt sind für die Maßnahme nach der Kostenberechnung 11,25 Mio. € veranschlagt. Baubeginn ist offiziell mit der Umverlegung der Gascade-Leitung 2015 erfolgt.

Maßnahme Nr. 8920 Gewässerentwicklung Bobenheim-Roxheim

Baubeginn ist für 2018 geplant. In dieser Maßnahme ist auch die Renaturierung Mönchsbruch in Bobenheim integriert. Der Grunderwerb erfolgte durch die Gemeinde Bobenheim-Roxheim.

Maßnahme Nr. 8931 HWR Marlachwiesen, östlich Deidesheim

Baubeginn ist derzeit noch ungewiss. Noch in 2017 soll die Genehmigungsplanung eingereicht werden.

Maßnahme Nr. 8933 HWR Schwabenheim

Baubeginn ist für Ende 2017/Anfang 2018 geplant. Die Teilmaßnahme Renaturierung Schwabenbach, Gönnsheim wird durch den Landesbetrieb Mobilität, Worms finanziert. Die Durchführung und bauliche Umsetzung soll durch den Verband begleitet werden.

Maßnahme Nr. 8934 HWR Dürkheimer Bruch

Baubeginn soll im März 2018 erfolgen. Die vorläufige Besitzeinweisung im Rahmen des Flurbereinigungsverfahrens soll abschnittsweise und zeitgleich erfolgen.

Maßnahme Nr. 8936 HWR Stechgraben, Niederkirchen

Baubeginn ist für 2017/2018 geplant.

Maßnahme Nr. 8937 Optimierung der Abflussverhältnisse Frankenthaler Terrasse

Baubeginn für den Teil des Plangenehmigungsverfahrens ist für Ende 2017/Anfang 2018 geplant.
Baubeginn für den Teil des Planfeststellungsverfahrens ist für Ende 2018 geplant.

Maßnahme Nr. 8938 Abflussoptimierung Unterlauf Isenach

Die Maßnahme wird mit dem Haushaltsplan 2015/2016 in das Wasserwirtschaftliche Gesamtkonzept aufgenommen. Hierbei handelt es sich um eine Maßnahme, die den Verschluss der Isenach an der BAB 6 im Katastrophenfall vorsieht. Die Städte Ludwigshafen und Frankenthal werden sich die Kosten hierfür teilen. Die Durchführung erfolgt durch den Verband. Die Planung hierfür soll im Jahr 2017/2018 beauftragt werden. Eine Umsetzung ist für 2019 geplant. Eine Förderung der Maßnahme wurde von Seiten des Landes in Aussicht gestellt.

Maßnahme Nr. 8940 Bau von Schöpfwerken

Durch das Land wurden und werden noch verschiedene bauliche Anpassungen oder Optimierungen (z.B. Fernwirkeinrichtung) an den Schöpfwerken vorgenommen. Diese Investitionen kommen immer mit einem jährlichen Versatz zur Abrechnung an den Verband. Hierfür wurden entsprechende Kostenansätze geplant. Kein Ansatz wurde für mögliche Sanierungskosten am Auslaufkanal des Schöpfwerks Bobenheim-Roxheim gemacht. Der Umfang kann noch nicht beziffert werden.

Maßnahme Nr. 8941 Regionales Hochwasserschutzkonzept Unterlauf Isenach

Für konzeptionelle Untersuchungen und für die Umsetzung von abflussverbessernden Maßnahmen im Bereich Vorderer Roxheimer Altrhein, Kandel bis zum Freiauslauf der Isenach in den Rhein wurden hier Kostenansätze geplant.

Produkt 52101 Unterhaltung, Pflege und Beseitigung von Hindernissen an Gewässern

Maßnahme Nr. 9000 Sonstige Maßnahmen

Folgende weitere Anschaffungen für Geräte und Maschinen sind vorgesehen:

Gerät	Erwerbsdatum	2017	2018	2019	2020
PKW Grabenobermeister	2016				geplant 2021
Inzahlungnahme					
Unimog	2009				230.000,00
Inzahlungnahme					-15.000,00
Restbuchwert					1,00
Pick Up Isuzu	2009			28.000,00	
Inzahlungnahme				-2.500,00	

Restbuchwert				1,00	
VW-Bus	2007		35.000,00		
Inzahlungnahme			-2.000,00		
Restbuchwert			1,00		
Traktor 145 PS	2011		90.000,00		
Inzahlungnahme			-15.000,00		
Restbuchwert			1,00		
Auslegermähergerät	2011		70.000,00		
Inzahlungnahme			-3.000,00		
Restbuchwert			1,00		
Traktor 100 PS	2006	65.000,00			
Inzahlungnahme		-8.000,00			
Restbuchwert		1,00			
Vortex/Düker	2013			25.000,00	
Inzahlungnahme				-500,00	
Restbuchwert				2.300,00	
Schmalspurtraktor	2012			62.000,00	
Inzahlungnahme				-7.000,00	
Restbuchwert				1,00	
Heckmulcher f. Schmalspur	2012			18.000,00	
Inzahlungnahme				-500,00	
Restbuchwert				1,00	
Tieflader Unimog	2003				30.000,00
Inzahlungnahme					-3.000,00
Restbuchwert					1,00
Bagger Neuson	2012			75.000,00	
Inzahlungnahme				-14.000,00	
Restbuchwert				15.400,00	
Mähkorb	2010	8.000,00			
Werkstatt Kastenwagen	Neuanschaffung	24.500,00			
Forstmulcher zum Anbau an Bagger	Neuanschaffung	10.500,00			
3,5 to Pritsche	Neuanschaffung	31.500,00			
Bandrechen Mähraupe	Neuanschaffung	4.500,00			
Heuschlebe Mähraupe	Neuanschaffung	2.700,00			
Drehkranz Mobilbagger	Neuanschaffung	12.500,00			
Holzgreifer Unimog	Neuanschaffung	7.000,00			
Tieflader Hänger für Traktor	Neuanschaffung	18.000,00			
Kleingeräte		5.500,00	5.500,00	6.000,00	6.000,00
Werkstattausstattung		2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00

Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben

Für die Jahre 2017 und 2018 ist zunächst keine Erhebung von Sonderumlagen vorgesehen. Die Maßnahmen sollen zunächst durch die bereits vereinnahmten Sonderumlagen sowie über Fördermittel des Landes und die Kostenbeteiligung Dritter finanziert werden. Es ist davon auszugehen, dass die Ausreichung der Fördermittel zeitverzögert erfolgt. Hier soll über die vorhandenen Einnahmen aus der Erhebung der Sonderumlagen eine interne Zwischenfinanzierung erfolgen. Zum Ende der Umsetzungszeitschiene ist davon auszugehen, dass die vorhandenen Eigenmittel nicht mehr ausreichen, eine Vor- bzw. Zwischenfinanzierung der Fördermittel sicherzustellen. Hier muss dann eine Zwischenfinanzierung über kurzfristige Kredite erfolgen.

Im Jahr 2018 wird eine Überprüfung der Auskömmlichkeit der vereinnahmten Sonderumlage erfolgen. Im Ergebnis ist festzustellen, ob die bereits erhobene Sonderumlage ausreicht, um die Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben sicherzustellen. Eine weitere Erhebung von Sonderumlagen kann nicht ausgeschlossen werden.

In der Zeit von 2006 – 2014 wurden Sonderumlagen in Höhe von 6.659.415 € erhoben. Nach überschlägigen Berechnungen liegt nach Abzug der geplanten Förderung der Eigenanteil derzeit bei rd. 7.500.000 €. Aufgrund der zu erwartenden Baupreisschwankungen sollte, wie oben ausgeführt, das Jahr 2017 evtl. 2018 abgewartet werden.

Für die Jahre 2017 und 2018 ist eine Kreditaufnahme nicht geplant.

Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung

In § 4 der Haushaltssatzung wurde zur Liquiditätssicherung ein Höchstbetrag von 100.000 EUR festgesetzt. Hierbei handelt es sich lediglich um eine Vorsichtsmaßnahme, voraussichtlich werden hier keine Zahlungen fließen. Der Kassenkredit wird nicht im Finanzplan/-rechnung eingestellt.

Verpflichtungsermächtigung

Für 2017/2018 und Folgejahre wurden keine Verpflichtungsermächtigungen (VE) veranschlagt.

Entwicklung des Eigenkapitals

Über die Entwicklung des Eigenkapitals kann noch nicht berichtet werden. Aus der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 ergibt sich ein Eigenkapital im Wert von 286.504,46 €. Der Maßstab zur Verteilung des Eigenkapitals wurde in der 2. Änderung zur Verbandsordnung festgelegt.

Der ungeprüfte Jahresabschluss 2009 schließt mit einem Jahresüberschuss von 195.333 € ab. Die Prüfung des JA 2009 soll voraussichtlich im III. Quartal 2017 beginnen. Ebenfalls bis Ende 2017 soll der Jahresabschluss 2010 vorgelegt werden. Zur Unterstützung bei der Erstellung der Jahresabschlüsse wurde das Büro Schüllermann, Mainz vertraglich gebunden.

Zukünftige Entwicklung des Verbandes

Die Zahlungsfähigkeit des Verbandes war im Jahr 2016 zu jederzeit gegeben. Die Inanspruchnahme eines Kassenkredites war im Haushaltsjahr 2016 nicht notwendig.

Gegenüber den Prognosen bei der Entwicklung der Verbandsumlage aus dem Haushaltsplan 2015/2016 ergibt sich im Jahr 2017 ein erheblicher Sprung nach oben. Die Gründe hierfür sind im Vorbericht ausgeführt. Im weiteren Verlauf wird mit einer Kostenentwicklung im Bereich der tariflichen bzw. allgemeinen Kostensteigerungen gerechnet. Wobei Starkregenereignisse oder Unwetterschäden zu einer außerplanmäßigen Kostensteigerung führen können.

Der Kostenverteiler aus Anlage 3 zur Haushaltssatzung hat sich gegenüber den Vorjahren durch die Erhöhung der Gewässerstrecken geändert. Die Änderungen sind aus der Anlage 3 ersichtlich.

Die Ermittlung der Verrechnungslängen wird über die Umrechnung der vorhandenen Flächen in Gewässerlängen ($6 \text{ m}^2 \text{ Rückhaltefläche} = 1 \text{ m Gewässerlänge}$) vorgenommen. Die Gewässermehrlängen wurden nach dem Prozentschlüssel, der für die Sonderumlage Teil: Hochwasserrückhaltemaßnahmen gilt, auf die jeweiligen Mitgliedsgemeinden verteilt.

Die Umsetzung der zahlreichen Hochwasserschutz- und Renaturierungsmaßnahmen steht neben der originären Geschäftstätigkeit weiterhin im Vordergrund der Tätigkeit. Das Fördermittelmanagement nimmt dabei weiterhin einen höheren und zeitlich intensiveren Stellenwert als in der Vergangenheit ein. Die Nachholung der Jahresabschlüsse 2010 bis 2016 wird weiter erhebliche Kapazitäten binden. Vorrübergehend werden auch die noch ausstehenden Schlussabrechnungen der Maßnahmen in Trägerschaft Arbeitszeit binden. Die Abrechnung kann i.d.R. erst nach Prüfung des Verwendungsnachweises durch die zuständige Behörde erfolgen.

Unwetterereignisse wie im Jahr 2016 sind auch zukünftig vermehrt zu erwarten und werden den Verband weiterhin intensiv beschäftigen und zu einer erheblichen Mehrbelastung aller Mitarbeiter und zu Mehrkosten in der Unterhaltung führen.

Gleichzeitig werden hierdurch weitere Aufgaben, wie z. B. Grundwassermanagement, Monitoringmaßnahmen im Nachgang zu Hochwasserschutzmaßnahmen einschließlich entsprechender Auswertungen generiert bzw. sind zukünftig zu vertiefen. Aufgrund der intensiven Verzahnung der Gewässersysteme und der damit erzeugten Abhängigkeiten, sind einheitliche gebietsübergreifende Optimierungsuntersuchungen weiter intensiv zu betreiben. Hierzu ist geplant ein Gewässerentwicklungskonzept einschließlich Unterhaltungsplan erstellen zu lassen. Ziel muss es hierbei sein naturschutzfachliche Belange sowie wasserwirtschaftliche Belange in Einklang zu bringen. Ggf. müssen präventiv auch Unterhaltungsmaßnahmen innerhalb von Schutzfristen mit behördlicher Genehmigung bzw. fachlicher Begleitung möglich sein.

Vorrangiges Ziel muss es sein zukünftig die Hochwasserrückhaltemaßnahmen und die Gewässeroptimierungsmaßnahmen (Durchlässe/Sohlhöhen) dauerhaft in dem geplanten Zustand zu erhalten.

Durch den derzeit steten Zugang an Unterhaltungsflächen (durch Übertragung von den Mitgliedern bzw. Neuerstellung) sowie durch die notwendigen Qualitätsansprüche ergeben sich auch neue Herausforderungen der Bewirtschaftung. Entsprechende Abwägungen (Fremdvergabe, mehr Personal, mehr und andere Maschinen bzw. Geräte) sind noch abschließend vorzunehmen. Hierbei soll auch die in Auftrag gegebene Organisationsuntersuchung Aussagen liefern. Gleichzeitig soll die Notwendigkeit des Personalbedarfs zur Umsetzung und für die dauerhafte Verwaltung des Verbandes quantifiziert werden.

Weiterhin muss die Qualifikation der Mitarbeiter intensiv betrieben werden. Die Bedienung von Geräte und Steuerungseinrichtungen (Pumpwerke Bobenheim-Roxheim, Nordspange und Rehbachmündung) wird immer anspruchsvoller. Hinzu kommt noch die Betreuung der Fernwirkanlage.

Die Erkundung von Entsorgungswegen sowie die Entsorgung der belasteten Sedimente selbst, führen zunehmend zu einem erhöhten Zeit- und Kostenaufwand.

Nach der Fertigstellung der fehlenden Jahresabschlüsse ist die Erstellung eines Beteiligungsberichts zur besseren Information der Mitglieder vorgesehen.

Lambsheim, Juni 2017

gez. Theiß
Geschäftsführer

Beteiligungsberichte

- 1) Stadtwerke Bad Dürkheim GmbH
- 2) Stadtwerke Bad Dürkheim GmbH - Abwasserbeseitigung-
- 3) Staatsbad Bad Dürkheim GmbH
- 4) Rhein-Haardtbahn GmbH
- 5) Stadthalle Bad Dürkheim GdR

Beteiligungsbericht

Stadtwerke Bad Dürkheim GmbH

Beteiligungsbericht 2016 für die Stadtwerke Bad Dürkheim GmbH

Teil I - für alle Unternehmen und Einrichtungen

Name des Unternehmens	Stadtwerke Bad Dürkheim GmbH Versorgungsbetrieb, Verkehrsbetrieb, Freizeitbad Salinarium
Rechtsform am Ende des Wirtschaftsjahres 2016	Juristische Person des Privatrechts Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gründung Die Betriebssatzung für den Eigenbetrieb datiert vom	1905 (seit 01.01.2002 als GmbH) 31.12.2001 20.12.2001
Geschäftsjahr	Kalenderjahr
Gezeichnetes Kapital am Ende des Geschäftsjahres 2016	10.000.000,00 €
Veränderung im Geschäftsjahr	keine
Gegenstand des Unternehmens (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	<p>Erzeugung, Bezug, Handel, Transport und Verteilung von Strom, Gas, Wasser, Wärme und Kälte; Betrieb eines öffentlichen Schwimmbades; Unterhaltung eines Verkehrsbetriebes; Unterhaltung von Parkhäusern und anderen Parkeinrichtungen; Gebäudebewirtschaftung und Durchführung sonstiger der Ver- und Entsorgung dienender Aufgaben</p> <p>wirtschaftliche Betätigung gem. § 85 Abs. 1 GemO:</p> <p>1) Versorgung des Stadtgebietes mit Elektrizität, Gas und Wasser 2) Sicherstellung des öffentlichen Personennahverkehrs im Stadtgebiet</p> <p>nicht-wirtschaftliche Betätigung gem. § 85 Abs. 3 GemO: Betrieb des städtischen Freizeitbades Salinarium</p>

Beteiligungsbericht 2016 für die Stadtwerke Bad Dürkheim GmbH

Teil II - nur für Unternehmen in privater Rechtsform

Beteiligungsverhältnisse (§ 90 Abs.2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	Stadt Bad Dürkheim 100%
Besetzung der Organe (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	<u>Geschäftsführung:</u> Herr Dr. Peter Kistenmacher <u>Aufsichtsrat:</u> <u>Aufsichtsratsvorsitzender:</u> Herr Christoph Glogger (Bürgermeister) <u>stellv. Vorsitzender:</u> Herr Reinhard Stölzel (Studiendirektor i.R.) Herr Ralf Lang (Abt.Leiter Personaldienstleistung) Herr Karl Brust (Verwaltungsfachwirt) Herr Manfred Rings (Diplom-Ingenieur FH) Herr Kurt Freund (Winzermeister) Herr Dr. Reinhard Zobel (Arzt) Frau Ruth Geis (kfm. Angestellte) Herr Kurt Lang (Winzermeister) Herr Walter Schubert (Konditormeister, Betriebswirt) Herr Günter Diehl (Betriebsratsvorsitzender) Herr Walter Wolf (Winzer)
Beteiligung des Unternehmens (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	Die Beteiligungen haben sich im Berichtsjahr nicht verändert.
Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 GemO)	
Grundzüge des Geschäftsverlaufs (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)	dazu Lagebericht 2016
Lage des Unternehmens (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)	dazu Lagebericht 2016
Kapitalzuführungen-/entnahmen (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)	keine
Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)	keine
laufende Gesamtbezüge (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)	keine Angaben über Gesamtbezüge gem. § 286 Abs. 4 HGB

Beteiligungsbericht 2016 für die Stadtwerke Bad Dürkheim GmbH

Teil III - für alle wirtschaftlichen Unternehmen des öffentlichen und privaten Rechts

<p>Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 4 GemO) für das wirtschaftliche Unternehmen:</p> <p>"Die Gemeinde darf wirtschaftliche Unternehmen nur errichten, übernehmen oder wesentlich erweitern, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt, 2. das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde und dem voraussichtlichen Bedarf steht und 3. der öffentliche Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann." 	<p>Zu § 85 Abs. 1. Nr. 1 bis 3:</p> <p>dazu Lagebericht 2016</p> <p>Eine Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit der Stadt durch das Unternehmen ist derzeit nicht absehbar.</p> <p>Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.</p>
---	--

Beteiligungsbericht 2016 für die Stadtwerke Bad Dürkheim GmbH

Bilanzkennzahlen zum Beteiligungsbericht 2016

1. Rentabilität	
Eigenkapitalrentabilität	2,86%
Cash-Flow in EURO	4.675.000,00 €
2. Vermögensaufbau	
Anlagenintensität	84,37%
Intensität Umlaufvermögen	15,63%
3. Anlagenfinanzierung	
Anlagendeckung I (ohne Ertragszuschüsse)	76,98%
Anlagendeckung II (ohne Ertragszuschüsse)	94,92%
4. Kapitalausstattung	
Eigenkapitalquote (ohne Ertragszuschüsse)	64,95%
Fremdkapitalquote	35,05%
5. Liquidität	
Liquidität I	83,16%
Liquidität II	142,42%

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell

Der Eigenbetrieb wurde mit Eintragung ins Handelsregister unter Nummer HRB 12007 am 17.10.2002 rückwirkend zum 01.01.2002 in eine **Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)** umgewandelt. Alleiniger Gesellschafter ist die Stadt Bad Dürkheim. Zum Geschäftsführer wurde zum 01.10.2009 Herr Dr. Peter Kistenmacher bestellt.

Die **Tätigkeiten des Unternehmens** sind die Erzeugung, der Bezug, der Handel, der Transport und die Verteilung von Strom, Gas, Wasser, Wärme und Kälte, der Betrieb eines öffentlichen Schwimmbades, die Unterhaltung eines Verkehrsbetriebes und die Durchführung sonstiger der Ver- und Entsorgung dienender Aufgaben.

Der **Versorgungsbereich** umfasst laut Einwohnermeldeamt **19.318 Einwohner** zum 31.12.2016. Davon werden versorgt mit:

Strom:	Stadtgebiet ohne Ortsteile Hardenburg und Leistadt mit ca.	17.155 Einwohnern
Gas:	gesamtes Stadtgebiet mit ca.	19.318 Einwohnern
Wasser:	gesamtes Stadtgebiet mit ca.	19.318 Einwohnern

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Der ungebremsste **Zuwachs an Bürokratie**, oftmals ohne Bezug und Vorteil für die Bürgerinnen und Bürger, belastet die Stadtwerke mehr und mehr. Beispielhaft sei hier das im Jahr 2016 in Kraft getretene **Messstellenbetriebsgesetz** genannt, das die bundesweite Einführung digitaler Zähler regelt. Grundsätzlich sinnvoll, in der gesetzlichen Umsetzung jedoch extrem überladen mit kostenintensiven Vorgaben, welche weder dem Kunden noch der Netzsteuerung wesentliche Vorteile bieten. Ob die Kunden tatsächlich damit einverstanden sind, dass bei ihnen ohne Widerspruchsrecht jedoch mit höheren jährlichen Kosten ein neuer Zähler eingebaut wird, der ihre Verbrauchsdaten täglich direkt an die bundesweiten Übertragungsnetzbetreiber sendet, wird sich erst beim Roll-Out zeigen. Diesen Zwangseinbau müssen die Stadtwerke umsetzen, es sei denn, sie geben den Messstellenbetrieb aus der Hand. Die Vorteile des Kunden beschränken sich erst einmal darauf, zukünftig auch rückwirkend den Stromverbrauch und ggf. den zeitlichen Verlauf des Stromverbrauchs feststellen zu können. Eine Stromeinsparung entsteht durch

die digitalen Zähler nicht, ohnehin lässt sich aus dem Gesamtverbrauch kaum ableiten, bei welchen Geräten konkret der Stromverbrauch reduziert werden könnte. Ob das Angebot an zeitvariablen Tarifen tatsächlich zunimmt, ist fraglich, nachdem dies bei den verbrauchsintensiven Kunden mit mehr als 100.000 kWh Jahresverbrauch schon seit vielen Jahren möglich wäre und sich nicht etabliert hat. In erster Linie verursachen die vielen gesetzlichen Vorgaben im Messstellenbetriebsgesetz immense Kosten insbesondere im IT-Bereich, welche letztendlich die Kunden tragen müssen.

Auch die im Jahr 2016 verabschiedete **EEG-Novelle** hat eine Vielzahl weiterer Pflichten für Betreiber von Erzeugungsanlagen eingeführt, weshalb Privathaushalte nicht nur hinsichtlich der geringen Vergütungssätze sondern auch aufgrund der bürokratischen Hürden kaum noch eigene Anlagen errichten. Vielmehr konzentriert sich der Bau neuer Erneuerbaren-Energien-Anlagen immer mehr auf größere Unternehmen, welche die bürokratischen Pflichten erfüllen können. In Kürze wird die Marktstammdatenregisterverordnung (MaStRV) in Kraft treten, welche für Anlagenbetreiber nochmals weitere umfangreiche Meldepflichten an die Bundesnetzagentur einführt (u.a. bis zu den Neigungswinkeln und Seriennummern der PV-Module). Auch die Stadtwerke Bad Dürkheim GmbH hat aufgrund der geringen Wirtschaftlichkeit seit längerem keine neue regenerative Erzeugungsanlage errichtet. Eventuell wird durch das geplante gesetzliche Mieterstrommodell die Anmietung von Dachflächen für Photovoltaik-Anlagen für beide Seiten wieder wirtschaftlich.

Die Komplexität neuer gesetzlicher Vorgaben, insbesondere wenn diese im Zusammenhang mit europäischem Recht stehen, zeigt auch die 2016 novellierte **Vergabeverordnung**. Diese bildet die neue gesetzliche Grundlage der europaweiten Ausschreibung des Architekten und weiterer Planer für den Bau der neuen Therme in Bad Dürkheim durch die Stadtwerke. Ohne die Beratung durch spezialisierte Rechtsanwälte und Fachbüros wäre es kaum möglich, alle erforderlichen Ausschreibungsunterlagen rechtskonform zu erstellen. Mit der neuen gesetzlichen Anforderung, sämtliche Bewertungskriterien der einzelnen Verfahrensschritte sowie den abschließenden Vertrag mit Veröffentlichung der Ausschreibung bekannt zu geben, ist es quasi unmöglich, im Laufe des Verfahrens gewonnene Kenntnisse in der Auswahl zu berücksichtigen.

Zur Einführung der digitalen Zähler werden derzeit zwar bundesweit viele Geschäftsideen für Stadtwerke vorgestellt, aus Sicht der Stadtwerke Bad Dürkheim ist darunter bisher kein wirtschaftliches Modell, sondern meist handelt es sich Marketingprojekte. Nachdem neue

EEG-Anlagen ohne Eigenverbrauch derzeit ebenfalls wenig wirtschaftlich sind, fokussieren sich die Stadtwerke Bad Dürkheim neben der Instandhaltung und Erneuerung vor allem auf **Investitionen**, die der Erhöhung der Effizienz dienen.

Die **Kundenbindung** der Stadtwerke Bad Dürkheim ist weiterhin sehr hoch. Dennoch geht der Kundenanteil der Stadtwerke schrittweise zurück. Hauptsächlich sind einmalige Bonuszahlungen der Grund für einen Anbieterwechsel, leider zum Teil auch unlautere Methoden, bei denen Verbraucher zu Hause angerufen werden und nicht selten unwissend telefonisch einen Vertrag abschließen.

2. Geschäftsverlauf

Mit einem **Gesamtergebnis** von 839 T€ wurde das Planergebnis von 225 T€ deutlich übertroffen. Im Einzelnen wurden in allen Sparten, außer im Salinarium, die Planergebnisse erreicht bzw. übertroffen.

Die Gewinne aus der Strom- und Gassparte reichen aus, um die Verluste aus den Bereichen ÖPNV und Freizeitbad sowie Wärmeerzeugung auszugleichen. Im Strombereich liegt das Ergebnis leicht unter dem Vorjahresergebnis, zum Teil aufgrund der Umlagerhöhung zum 01.01.2016, welche nicht an die Tarifikunden weitergegeben wurde und durch die rückläufigen Beschaffungspreise nicht vollständig ausgeglichen konnte. Das gegenüber 2015 etwas kältere Jahr 2016 führte zu einem um 14 % höheren Gasverbrauch. Dennoch ist das Ergebnis der Gassparte rückläufig gegenüber dem Vorjahr, da die Gaspreise der Stadtwerke zum 01.07.2016 um 1,0 ct/kWh bzw. 1,5 ct/kWh (brutto) nochmals erheblich abgesenkt wurden. In der Sparte Wasser wurde nach zwei Jahren mit Verlusten wieder ein Gewinn geschrieben, der insbesondere aus der reduzierten Fördermenge im Wasserwerk Bruch mit der kostenaufwändigen Umkehrosmoseanlage resultiert. Bedingt durch die gesetzliche Streichung der Stromsteuerrückvergütung für EEG-Anlagen entstand in Sparte Erzeugung im Jahr 2016 wieder ein Verlust. Die Verluste der Verkehrssparte (ÖPNV) haben sich aufgrund der Beteiligung des ZSPNV an den Betriebskosten der Rhein-Haardtbahn reduziert. Im Salinarium gingen die Besucherzahlen im Jahr 2016 insbesondere wetterbedingt zurück. In Verbindung mit den sonstigen Kostensteigerungen erhöhte sich deshalb der Verlust im Salinarium.

Die Geschäftsleitung beurteilt den Geschäftsverlauf insgesamt als gut.

3. Lage

Die Lage des Unternehmens ist von langfristigen Entwicklungen und Investitionen geprägt. Insgesamt kann die wirtschaftliche Lage als gut bezeichnet werden.

a) Ertragslage

Das **Jahresergebnis** des Geschäftsjahres weist mit einem Jahresüberschuss von 839 T€ (im Vorjahr 951 T€) einen Rückgang um 112 T€ aus. An Steuern waren insgesamt 613 T€ zu leisten.

Das Spartenergebnis der **Stromversorgung** hat sich um 6 T€ auf 734 T€ verringert und leistet weiterhin einen wesentlichen Beitrag zum Ausgleich der Verluste aus den anderen Sparten. Ebenso sank das Ergebnis der **Gasversorgung** gegenüber 2015 um 120 T€ auf 931 T€. Im Bereich der **Wasserversorgung** wird erstmals seit zwei Jahren mit 141 T€ wieder ein Gewinn ausgewiesen, der vor allem auf die geringeren Fördermengen im Wasserwerk Bruch und damit auf die geringeren Einsatzzeiten der kostenintensiven Umkehrosmoseanlage zurückzuführen ist.

Nachdem das Ergebnis im Bereich **Wärme und Photovoltaik** (Dienstleistung) im Jahr 2015 mit 51 T€ erstmals positiv war, führte die gesetzliche Streichung der bisher gültigen Stromsteuerrückvergütung wieder zu einem negativen Gesamtergebnis in Höhe von - 11 T€ im Jahr 2016. Alleine die Stromsteuerrückvergütung hätte im Jahr 2016 einen Betrag von ca. 80 T€ ergeben. Hinzu kommt ein Anstieg von notwendigen Reparaturmaßnahmen im Holzhackschnitzelkraftwerk in Höhe von 70 T€. Das positive Ergebnis in Höhe von 138 T€ aus dem Bereich Photovoltaik kann die Verluste aus der Wärmeerzeugung nicht ausgleichen.

In der Sparte **Verkehr** (ÖPNV) reduziert sich der Verlust gegenüber dem Vorjahr um 37 T€ auf 160 T€, da ab 2016 der ZSPNV einen wesentlichen Teil der Betriebskosten der Rhein-Haardtbahn übernommen hat.

Im **Freizeitbad Salinarium** erhöhte sich der Verlust um 137 T€ auf 797 T€. Einerseits gingen die Besucherzahlen wetterbedingt leicht zurück und andererseits erhöhten sich die Personalkosten insbesondere durch die umfangreicheren Aufsichtspflichten.

Im Tätigkeitsbereich **Elektrizitätsverteilung** war die Stromnetzabgabe im Jahr 2016 in Bad Dürkheim wieder rückläufig, nach einer einmaligen geringen Erhöhung im Jahr 2015. Mit insgesamt 77,4 Mio kWh gegenüber 78,9 Mio kWh im Vorjahr wurde der niedrigste

Stromverbrauch in Bad Dürkheim seit dem Jahr 2000 erreicht. Hierin sind die direkt aus einer eigenen Photovoltaik-Anlage verbrauchten Mengen (Eigenverbrauch) in Höhe von 0,2 Mio kWh nicht enthalten, diese sind jedoch nicht der Grund des insgesamt rückläufigen Stromverbrauchs. Die in Bad Dürkheim erzeugte Strommenge aus dem Biomasse-Kraftwerk, den Photovoltaikanlagen und den BHKWs stieg gering um 0,1 Mio kWh auf 10,8 Mio kWh. Hierbei ging die aus Photovoltaik-Anlagen erzeugte Menge aufgrund des weniger sonnigen Frühjahrs 2016 um 0,4 Mio kWh auf 4,5 Mio kWh zurück, bezogen auf die Anlagen immer noch ein guter Ertrag. Der Zubau an PV-Anlagen hat 2016 mit insgesamt 8 neuen Anlagen, davon zwei größere, und insgesamt 163 kWp sogar wieder etwas zugenommen. 2013 wurden noch 16 Anlagen mit insgesamt 400 kWp und 2014 9 Anlagen mit 253 kWp installiert, danach folgte im Jahr 2015 der Einbruch mit 5 Kleinanlagen mit in Summe 20 kWp. Insgesamt sind in Bad Dürkheim nun 226 Photovoltaik-Anlagen mit einer Gesamtleistung von 5.420 kWp in Betrieb. Der Rückgang der aus PV-Anlagen erzeugten Strommenge wurde durch eine nochmalige Steigerung der Stromerzeugung aus dem neuen BHKW im Salinarium auf nun 3,9 Mio kWh mehr als ausgeglichen. Insgesamt wurden 14,0 % (im Vorjahr 13,6 %) des Strombedarfs vor Ort erzeugt.

Weltweit war das Jahr 2016 das wärmste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen. In Deutschland waren der Frühling und der Winter jedoch kühler als in den Vorjahren, so dass der Gasverbrauch gegenüber den Vorjahren deutlich angestiegen ist. Im Tätigkeitsbereich **Gasverteilung** führte dies zu einer Gasabgabe von 197 Mio kWh gegenüber 153 Mio kWh im Jahr 2014 und 173 Mio kWh im Jahr 2015. Engpässe sind keine aufgetreten und auch keine entsprechenden Netzsteuerungen erforderlich.

Der **Wasserverbrauch** ging 2016 in Bad Dürkheim erheblich zurück und erreichte mit 1,26 Mio Kubikmeter den bisher niedrigsten Wert. Zuletzt war der Wasserverbrauch in den Jahren 2014 (1,29 Mio m³) und 2015 (1,34 Mio m³) wieder angestiegen, vermutlich auch aufgrund der trockenen Frühjahre und der heißen Sommer. Positiv ist der Rückgang der Wasserverluste von 11,4 % auf 8,9 % im Jahr 2016, dennoch bleibt die Reduzierung der Wasserverluste weiterhin eine vordringliche Aufgabe.

In der getrennten Rechnungslegung gemäß § 6b EnWG ergibt sich für den Tätigkeitsbereich **Elektrizitätsverteilung** ein Ergebnis von 184 T€ (im Vorjahr 192 T€) und für den Tätigkeitsbereich **Gasverteilung** ein Ergebnis von 156 T€ (im Vorjahr 158 T€).

Die kapazitätsmäßige Auslastung der Verteilnetze lässt sich wie folgt darstellen:

	Strom- verteilnetz kW	Gas- verteilnetz kW	Wasser- netz m³/d
Spitzenverbrauch 2016	13.294	65.071	6.324
Gesamtkapazität	23.000	76.743	8.286
Auslastung	57,8 %	84,8 %	76,3 %

Als Gesamtkapazität für das Gasnetz wurde die vom vorgelagerten Netzbetreiber zugesicherte Kapazität angesetzt.

Zum 01.01.2016 blieben die Strom- und Gaspreise für die Kunden in der Grundversorgung und in den Sonderverträgen unverändert, obwohl die Strom-Umlagen für EEG, KWK, etc. erheblich angestiegen sind. Nachdem die Gaspreise für die Kunden in den Sonderverträgen bereits zum 01.01.2015 um 0,5 ct/kWh brutto gesenkt wurden, konnten ab 01.07.2016 für diese Kunden ein zusätzlicher Bonus von 1,0 ct/kWh brutto eingeführt und die Gaspreise in der Grundversorgung um 1,5 ct/kWh brutto gesenkt werden. Die Wasserpreise blieben unverändert. Die Eintrittspreise im Salinarium und die Tarife im Verkehrsverbund VRN für den Stadtlinienverkehr wurden zum 01.01.2016 leicht erhöht.

Die **Umsatzerlöse** abzüglich Strom- und Energiesteuer reduzierten sich geringfügig um insgesamt 1,8 % auf 27.108 T€ durch rückläufige Umsatzerlöse in den Sparten Gas, Wasser, Erzeugung und gestiegene Umsatzerlöse in den Sparten Strom, Verkehr und Salinarium. Der **Materialaufwand** reduzierte sich um 1,7 % auf 17.639 T€, insbesondere durch rückläufige Kosten in den Bereichen Gas, Wasser, Verkehr aber auch erhöhten Materialaufwand in den Bereichen Strom (insb. Umlagen), Erzeugung und Salinarium (insb. Gas für BHKW).

Der Anstieg der **Personalkosten** um 158 T€ beruht maßgeblich auf der tariflich vereinbarten Gehaltssteigerungen zum 01.03.2016 um 2,4 % sowie auf der Besetzung freier Stellen insbesondere im Salinarium.

Aufgrund der umfangreichen Investitionen in das Strom- und Gasnetz, u.a. durch das Neubaugebiet Langwiesen sowie die Gasnetzübernahme Leistadt haben sich die **Abschreibungen** um insgesamt 101 T€ erhöht.

Die **Ertragsteuern** sind durch das etwas rückläufige Ergebnis um 94 T€ gesunken.

Der Betrieb hat die Wirtschaftsgrundsätze gem. § 85 Abs. 3 GemO erfüllt, da der erforderliche **Mindestgewinn** von 307 T€ gem. § 8 Abs. 3 KAG in den Versorgungssparten Strom, Gas und Wasser in Summe erwirtschaftet werden konnte.

b) Finanzlage

In der **Kapitalstruktur** gibt es keine wesentlichen Änderungen. Die **Eigenkapitalquote** unter Einbeziehung der empfangenen Ertragszuschüsse und des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen verbessert sich im handelsrechtlichen Abschluss von 68,5 % auf 68,7 %. Die Bilanzsumme erhöht sich um 5,94 % von 42.707 T€ auf 45.243 T€.

Im Berichtsjahr wurde ein Darlehen in Höhe von 1,7 Mio € zur Finanzierung der Baumaßnahmen im Wasserbereich, insbesondere für den neuen Hochbehälter Nolzeruhe sowie die Leitungsnetze in den Neubaugebieten, aufgenommen. Die **Verbindlichkeiten** gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich durch Aufnahme des neuen Darlehens um 1.147 T€ auf 7.518 T€ und betragen damit 16,6 % der Bilanzsumme.

Das **Anlagevermögen** erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr von 36.676 T€ auf 38.171 T€.

Die **Schwerpunkte der Investitionstätigkeit** (einschließlich Umbuchungen aus Anlagen im Bau) betrafen im Bereich der **Stromversorgung** mit insgesamt 656 T€ hauptsächlich die neue 20-kV-Schaltstation Wasserhohl, Mittel- und Niederspannungsleitungen in der Kaiserslauterer Straße, das Stromnetz inklusive Hausanschlüsse im Neubaugebiet Langwiesen, Freileitungen in Ungstein sowie Investitionen in die Übergabepunkte in Leistadt und Hardenburg. In die **Gasversorgung** wurden 667 T€ investiert, überwiegend in den Kauf des Gasnetzes Leistadt, das dortige Neubaugebiet Langwiesen, in neue Gasleitungen in der Kaiserslauterer Straße sowie in Hausanschlüsse. Der neue Hochbehälter Nolzeruhe inklusive Technik und Umbau der Pumpstation Schützenstraße hatte ein Investitionsvolumen von 812 T€. Weitere Investitionsschwerpunkte in der **Wasserversorgung** waren die Kaiserslauterer Straße, das Neubaugebiet Langwiesen, Hausanschlüsse sowie neue Netzdruckpumpen, so dass sich eine Gesamtinvestition inklusive Nolzeruhe von 1.239 T€ ergab. In die **Wärme- bzw. Kälteversorgung** wurden 25 T€ investiert, insbesondere in die Kälteerzeugung und die Kraftwerksoptimierung. Für den neuen Warmwasserspeicher, die neue Dosieranlage zur pH-Regulierung, die neue Abwasserhebeanlage und den Tischkühler für das BHKW sowie weitere Maßnahmen wurden im Salinarium 181 T€ investiert. In **gemeinsame Anlagen** wurden 121 T€ investiert, insbesondere in eine neues Datenbanksystem für das Abrechnungssystem und in zwei neue Fahrzeuge.

Das Gleiserneuerungsprojekt der Rhein-Haardtbahn RHB 2010 startete im Jahr 2013, nachdem das Land Rheinland-Pfalz die hierfür notwendigen Landesmittel zugesagt hatte.

Anteilig müssen die Stadtwerke als mit den **Verkehrsleistungen** betrautes Unternehmen und als Anteilseigner der Rhein-Haardtbahn GmbH hierfür Zuschüsse leisten, welche im Jahr 2016 114,5 T€ betrugen und als Investitionszuschuss aktiviert werden.

Im Jahr 2016 betrugen die **Investitionen** die Stadtwerke Bad Dürkheim GmbH insgesamt 3.910 T€. Darin enthalten sind Investitionen für Anlagen im Bau in Höhe von 1.535 T€.

Die **Forderungen** reduzierten sich um 1.065 T€ auf 2.492 T€ und umfassen hauptsächlich Forderungen an Kunden im Rahmen der Jahresabrechnung.

Die **Selbstfinanzierungsmittel (Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit)** des Betriebes betrugen 4.675 T€. Unter Berücksichtigung des Cashflows aus der Investitionstätigkeit, der empfangenen Ertragszuschüsse und der Tilgung von Krediten ergibt sich daraus ein **Finanzmittelbestand** zum 31.12.2016 in Höhe von 4.007 T€.

c) Vermögenslage

Durch Investitionen in allen Sparten und die Aktivierung der Zuschüsse für das Gleiserneuerungsprojekt der Rhein-Haardtbahn erhöhte sich das **Anlagevermögen** um 1.495 T€ auf 38.171 T€. Das **Guthaben bei Kreditinstituten** erhöhte sich von 1.922 T€ auf 4.007 T€.

d) Finanzielle Leistungsindikatoren

Neben dem im Abschnitt Finanzlage beschriebenen Cashflow stellen die Umsatz- und Eigenkapitalrendite wesentliche Kennzahlen für die Unternehmenssteuerung dar. Die Senkung der Gaspreise, die nicht weitergegebene Erhöhung der Strom-Umlagen sowie die etwas höheren Verluste im Bereich Wärme und Salinarium führten zu einem Rückgang der Umsatzrendite von 6,1 % auf 5,3 %. Ausgleichend wirkte der wieder erreichte Gewinn der Sparte Wasser, nach zwei Jahren mit Verlusten, so dass sich die gemeinsame Umsatzrendite der Versorgungssparten Strom, Gas und Wasser von 10,4 % auf 10,6 % erhöhte. Durch den rückläufigen Gesamtgewinn kombiniert mit dem Anstieg des Eigenkapitals sank die Eigenkapitalrendite des Gesamtunternehmens von 3,3 % auf 2,9 % und der Versorgungssparten von 8,6 % auf 8,3 %. Weitere Leistungsindikatoren sind die Material- und Personalintensität. Die Materialintensität reduzierte sich von 59,9 % auf 59,7 %, während die Personalintensität durch die gestiegenen Personalkosten bei rückläufigen Erlösen von 13,3 % auf 14,0 % zunahm.

Die Leistungsindikatoren stellen sich wie folgt dar:

KENNZAHLEN	2016	2015
Umsatzrendite in %		
Ergebnis vor Ertragsteuer und vor Zinssaldo	5,3	6,1
Umsatzerlöse ohne Strom- und Energiesteuer	(10,6)	(10,4)
Eigenkapitalrendite in %		
Ergebnis nach Ertragsteuer	2,9	3,3
Eigenkapital	(8,3)	(8,6)
Materialintensität in %		
Materialaufwand	59,7	59,9
Gesamtleistung*	(63,9)	(64,4)
Personalintensität in %		
Personalaufwand	14,0	13,3
Gesamtleistung*	(8,2)	(8,1)

in Klammer: nur Strom, Gas und Wasser

* Gesamtleistung ist die Summe der Erlöse inkl. Strom- und Energiesteuer

III. Prognosebericht

Im Wirtschaftsplan 2017 ergibt sich ein Jahresergebnis von 347 T€. Der bisherige Verlauf des Jahres lässt erwarten, dass das geplante Ergebnis erreicht werden kann, obwohl die Verbräuche von Januar bis Mai 2017 im Strom leicht und im Gas deutlich unterhalb der Verbräuche im gleichen Zeitraum des Vorjahres liegen.

Zum 01.01.2017 blieben die Preise für Strom, Gas und Wasser stabil. Die Steigerung der gesetzlichen Umlagen in der Stromversorgung wurde nicht an die Kunden weitergegeben, da sie teilweise mit den rückläufigen Beschaffungspreisen ausgeglichen werden konnte. Für das Salinarium wie auch für den ÖPNV (Verkehrsverbund VRN) wurden die Preise moderat erhöht.

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Risikobericht

Branchenspezifische Risiken

Die typischen **Beschaffungsrisiken** aus der nicht vorhersehbaren Marktpreis- und Mengenentwicklung werden durch eine langfristige, zeitlich verteilte Beschaffungsstrategie kombiniert mit Tranchen- und Vollversorgungsmodellen reduziert. Obwohl die langfristige Beschaffung vor allem bei steigenden Preisen Marktvorteile bietet, wird diese Strategie beibehalten, auch wenn am Markt derzeit die Preisentwicklung sehr uneinheitlich ist. Das Risiko eines sprunghaften Preisanstiegs kombiniert mit Beschaffungsverpflichtungen wird höher eingeschätzt als die Nachteile einer zeitlich verzögerten Absenkung der Beschaffungspreise.

Ein hohes wirtschaftliches Risiko entsteht durch die von Gesetz und Bundesnetzagentur forcierte **Kürzung der Netzentgelte**. Die tatsächlichen Kostensenkungspotenziale im Netzbereich sind erheblich niedriger als die Kürzungen aus der Nichtanerkennung von Kosten und der effizienzunabhängigen Absenkung um den sogenannten Produktivitätsfaktor. Obwohl die Stadtwerke Bad Dürkheim GmbH als einziger Stromnetzbetreiber in Rheinland-Pfalz freiwillig am regulären Vergleichsverfahren der Bundesnetzagentur im Rahmen der Anreizregulierung teilnahm und mit der Bestnote 100 % abschnitt, wurde die Erlösobergrenze gegenüber der letzten Regulierungsperiode gekürzt und sinkt durch den Produktivitätsfaktor voraussichtlich weiter ab. Mit der Novelle der Anreizregulierungsverordnung wurde der Produktivitätsfaktor beibehalten, jedoch weder die Höhe noch die Berechnungsmethode festgelegt. Je nach Gutdünken der Bundesnetzagentur kann von dieser eine Methodik gewählt werden, die tendenziell zu höheren oder geringeren Werten führt. Positiv ist die Einführung des Kapitalkostenaufschlags, womit Investitionen unmittelbar in den Netzentgelten berücksichtigt werden. Aufwandspositionen, wie z.B. Personalkosten, werden jedoch weiterhin nur mit erheblicher Verzögerung wirksam, so dass z.B. Tarifierhöhungen grundsätzlich erst mit mehrjähriger Verzögerung in den Netzentgelten berücksichtigt werden und die dadurch entstehende Differenz aus der Eigenkapitalverzinsung zu bezahlen ist. Die Verfahrensänderung im Effizienzvergleichsverfahren von nicht-fallenden Skalenerträgen zu konstanten Skalenerträgen führt voraussichtlich gerade bei kleineren Werken zu einer Benachteiligung im

Effizienzvergleich. Deshalb werden die Stadtwerke Bad Dürkheim bis auf weiteres nicht mehr freiwillig am Vergleichsverfahren teilnehmen.

Das neue **Messstellenbetriebsgesetz** zur Einführung von digitalen Messsystemen bedeutet für die Stadtwerke ein hohes finanzielles Risiko. Durch den zwangsweisen Einbau von sogenannten intelligenten Messsystemen, welche täglich den gemessenen Stromverbrauch an den Übertragungsnetzbetreiber versenden und aufgrund der Kosten zu einer Erhöhung der Stromrechnung führen, sind erhebliche Streitigkeiten mit Kunden zu erwarten, welche den Einbau aus eben diesen Gründen ablehnen. Es ist ungeklärt, wie die Stadtwerke der gesetzlichen Verpflichtung zum Einbau in solchen Fällen nachkommen sollen. Muss der Einbau schlimmstenfalls mit Hilfe der Polizei erzwungen werden? Diese nicht nachvollziehbare Regelung im Gesetz führt mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer Belastung der Kundenbindung und damit zu Kundenverlusten. Ebenso kritisch sind die hohen Kosten zur Einführung der komplizierten Abläufe im Abrechnungssystem, welche voraussichtlich einen sechsstelligen Betrag erreichen. Hinzu kommen die Kosten für den erforderlichen Dienstleister zur Gateway-Administration. Gegenüber dem Kunden sind die weiterberechenbaren Kosten gesetzlich gedeckelt, so dass der Messstellenbetreiber die Kostendifferenz selbst ausgleichen muss.

Die durch Gesetze, Verordnungen und Vorgaben der Bundesnetzagentur ständig zunehmende **Bürokratisierung** beansprucht immer mehr Zeit, ohne dass den Kunden oder den Bürgern hierdurch ein Vorteil entsteht. Vielmehr werden die Pflichtangaben auf den Rechnungen und Verträgen immer umfangreicher und damit unübersichtlicher, die Datenmeldungen an die Regulierungsbehörden immer umfassender und detaillierter und die Anzahl der Paragraphen und Absätze in den Gesetzesnovellen immer zahlreicher. Auswüchse der Bürokratisierung zeigen sich beispielsweise im obigen Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende und dem dazugehörigen Messstellenbetriebsgesetz. Ein weiteres Beispiel ist die Ladesäulenverordnung, nach der Anzeige- und Nachweispflichten gegenüber der Bundesnetzagentur für Ladesäulen eingeführt wurden. Das EEG 2017 mit nun 173 Paragraphen (EEG 2004: 21 Paragraphen, EEG 2009/2012: 66 Paragraphen, EEG 2014: 104 Paragraphen) hat den Abwicklungsaufwand für alle EEG-Anlagen und die bürokratischen Barrieren für Neuanlagen nochmals erhöht.

Ertragsorientierte Risiken

Die Anzahl der von **anderen Strom- und Gasanbietern** belieferten Kunden wächst langsam aber stetig. Es ist weiterhin marktüblich, dass verschiedene Anbieter die Kunden mit hohen Bonusversprechen und kurzfristig sehr niedrigen Preisen gewinnen, nach Ablauf der Preisbindung jedoch erhebliche Preiserhöhungen durchführen. Die Stadtwerke können gegen solche Angebote, die im ersten Lieferjahr zu Verlusten führen, nicht konkurrieren. Selbst zur Kundenrückgewinnung sind vergleichbare Angebote nicht möglich, da sonst die wichtigen Bestandskunden gegenüber den Wechselkunden erheblich benachteiligt würden. Verstärkt werden seit längerer Zeit Kunden durch Anrufe abgeworben, die nicht selten im Gespräch unwissend einen Vertrag abschließen. In der Regel sind diese Anrufe gesetzeswidrig, da sie ohne Zustimmung des Kunden erfolgen. Hinzu kommt zum Teil noch die betrügerische Aussage, im Auftrag der Stadtwerke anzurufen. Ein gerichtliches Vorgehen gegen solche Anrufer ist in der Regel schwierig, da hierzu Zeugen benötigt werden, die den Vorgang genau notiert haben und die bereit wären, vor Gericht auszusagen.

Die Verluste aus dem **Holzhackschnitzelkraftwerk** sind gegenüber dem Jahr 2015 wieder geringfügig angestiegen. Ursache sind neben der Streichung der Stromsteuerrückvergütung die Vielzahl von Reparaturen, welche im Jahr 2016 durchgeführt werden mussten, um den Betrieb aufrechterhalten zu können. Wesentliche Reparaturen waren die teilweise Erneuerung der Schamottdecke, der Ersatz und das Anschweißen von abgerissenen Metallflügeln im Schubboden, die teilweise Erneuerung der Rostrippen, usw. Diese Schäden sind zwar 2016 entstanden, haben jedoch ihre Ursache im langjährigen Betrieb und Verschleiß. Ursprünglich wurde erwartet, dass im Jahr 2016 die Reparaturkosten zurückgehen, da das Kraftwerk erstmals von Mai bis Oktober ausgeschaltet war und somit die Kosten einer Revision eingespart wurden. Diese Fahrweise soll beibehalten werden, wobei nicht auszuschließen ist, dass in den nächsten Jahren trotzdem weitere größere Reparaturen notwendig werden. Langfristig müssten sich der Verschleiß und damit die Anzahl der Reparaturen verringern. Weitere Optimierungsmaßnahmen werden kontinuierlich geprüft und bei einem sinnvollen Kosten-Nutzen-Verhältnis zügig umgesetzt.

Im Juli 2016 wurde im Stadtrat entschieden, dass das **Salinarium** mit einer hochwertigen Therapie inklusive Sauna erweitert wird. Hierbei wird von einem Investitionsvolumen von bis zu 28 Mio € ausgegangen. Bauherr und Betreiber sind die Stadtwerke, da in

Kombination mit dem bestehenden Bad wesentliche Synergien genutzt werden können. Vorangegangen sind umfangreiche Gutachten und ein ausführliches Bürgerbeteiligungsverfahren. Für das operative Geschäft gehen die Gutachten von gleichbleibenden oder sogar rückläufigen Verlusten aus, obwohl das Salinarium im bundesweiten Vergleich bezogen auf die Größe bereits relativ geringe Verluste schreibt. Inklusive Abschreibungen würden sich die Verluste jedoch erhöhen, es sei denn, dass Investitionszulagen seitens der Stadt den Anstieg ausgleichen.

Die Erträge in den Bereichen Gas, Wasser, Wärme und vor allem im Salinarium sind tätigkeitsbedingt stark abhängig von den **Witterungsverhältnissen**, ein nicht beeinflussbares Risiko.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Aufgrund der stabilen Liquiditäts- und Eigenkapitalsituation der Stadtwerke Bad Dürkheim GmbH sind Liquiditätsrisiken derzeit nicht erkennbar. Die Liquiditätslage ist zufriedenstellend, es sind keine Engpässe zu erwarten. Für die Erweiterung des Salinariums mit einer neuen Therme werden zur Finanzierung und Sicherung der Liquidität im größeren Umfang Darlehen erforderlich und ergänzend Kapitaleinlagen der Stadt.

2. Chancenbericht

Im Jahr 2015 haben die Stadtwerke **Konzessionen** für die Ortsteile Hardenburg (Strom) und Leistadt (Strom und Gas) gewonnen. Das Gasnetz in Leistadt mit ca. 320 Netzanschlüssen konnte bereits zum 01.01.2016 übernommen werden und hat im Jahr 2016 ohne Beeinträchtigung funktioniert. Die Übernahme der Stromnetze in Leistadt und insbesondere in Hardenburg mit insgesamt ca. 1.100 Netzanschlüssen war wesentlich komplexer, da zuerst eine gemeinsame Lösung für die technische Entflechtung gefunden werden musste und darauf basierend dann die Kaufverhandlungen geführt werden konnten. Deshalb erfolgte die Übernahme der Stromnetze zum 01.01.2017. Mit diesen Netzübernahmen wird langfristig eine Steigerung der Effizienz sowie eine Erweiterung des Vertriebsgebietes erwartet, da die Stadtwerke Bad Dürkheim nur Kunden im eigenen Netzgebiet beliefern. Die netzseitige Wirtschaftlichkeit der Netzübernahme ist jedoch insbesondere von der weiteren Entwicklung der Anreizregulierung abhängig.

Mit über 250 Baugrundstücken entsteht im Neubaugebiet **Fronhof II** ein Areal in der Größenordnung eines kleinen Ortsteils, womit sich das Netzgebiet der Stadtwerke nochmals vergrößert.

Im **Holzhackschnitzelkraftwerk** sind weitere Optimierungsmaßnahmen geplant, insbesondere der Zubau eines BHKW, das anstelle eines Gaskessels eingesetzt werden und Strom für den Eigenverbrauch sowie zur Netzeinspeisung produzieren könnte.

Die geplante Erweiterung des **Salinariums** um eine hochwertige Therme wird eine vollkommen neue Erholungswelt im Salinarium schaffen und neue Kundengruppen ansprechen, welche insbesondere Erholung und Entspannung suchen. Gleichzeitig wird der Neubau der Sauna das Angebot für diese Kundengruppe ideal ergänzen, als auch für die Bestandskunden mit den wesentlich größer geplanten Saunen die heute zum Teil etwas engen Platzverhältnisse beheben. Hinzu kommt für die sportlichen Gäste ein Fitnessbecken, in welchem ein vielfältiges Kursprogramm angeboten werden soll. Insgesamt wird im Salinarium mit neuer Therme, neuer Sauna, Hallenbad, Freibad, den Kinderbereichen innen und außen, Warmaußenbecken, Rutsche und neuem Fitnessbecken ein vielseitiges, attraktives Gesamtangebot geschaffen, das in der Region einmalig ist und in der Kurstadt Bad Dürkheim das neue Bäderzentrum darstellt. Demzufolge bietet die Thermenerweiterung für die Stadtwerke große Chancen verbunden mit den oben genannten Risiken.

Die in den letzten Jahren errichteten **Photovoltaikanlagen** der Stadtwerke mit insgesamt 1,9 MWp Leistung haben sich zu einem stabilen und wirtschaftlichen Geschäftsfeld entwickelt. Der zugehörige Instandhaltungs- und Wartungsaufwand ist gering, daher sollten weitere Investitionen in PV-Anlage geprüft werden.

3. Gesamtaussage

In den nächsten Jahren ist nur dann mit einem befriedigenden Ergebnis zu rechnen, wenn die Netzentgeltregulierung sich zukünftig an tatsächlichen und nicht an fiktiven Kosten orientiert und es gelingt, die Strom- und Gaskunden weiterhin an die Stadtwerke zu auskömmlichen Preisen zu binden. Da der Verkehrsbetrieb und das Salinarium auch künftig Verluste ausweisen werden, ist es erforderlich, ausreichende Gewinne in den Bereichen Strom und Gas zum Ausgleich zu erzielen. Mittelfristig ist jedoch durch die Anreizregulierung, den Wettbewerb im Strom- und Gasbereich und die zunehmende kostenintensive Bürokratisierung mit einem rückläufigen Ergebnis zu rechnen. Langfristig

kommen die Chancen und Risiken der Therme hinzu, deren Planung im Wesentlichen darüber entscheidet, ob dauerhaft die gewünschte Anziehungskraft und damit die wirtschaftlich notwendigen Besucherzahlen erreicht werden. Für das Jahr 2017 wird gemäß Wirtschaftsplan ein geringeres Ergebnis gegenüber dem Jahr 2016 erwartet.

Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden oder wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben könnten, sind derzeit nicht erkennbar.

Bad Dürkheim, 12. Juni 2017

Stadtwerke Bad Dürkheim GmbH

Dr. Peter Kistenmacher

Beteiligungsbericht

Stadtwerke Bad Dürkheim GmbH

- Abwasserbeseitigung -

Beteiligungsbericht 2016 für die Stadtwerke Bad Dürkheim Abwasserbeseitigungseinrichtung
Teil I - für alle Unternehmen und Einrichtungen

Name des Unternehmens	Stadtwerke Bad Dürkheim Abwasserbeseitigungseinrichtung
Rechtsform am Ende des Wirtschaftsjahrs 2016	öffentlich-rechtlich Eigenbetrieb
Gründung Die Betriebssatzung (neueste Fassung) datiert vom	17.01.2003
Geschäftsjahr	Kalenderjahr
Stammkapital am Ende des Geschäftsjahrs 2016	5.000.000,00 €
Veränderung im Geschäftsjahr	keine
Gegenstand des Unternehmens (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	Unschädliche Ableitung von Schmutz- und Oberflächenwasser aus der Stadt Bad Dürkheim sowie Einsammeln, Abfahren, Aufbereiten und Verwerten von Schlamm aus zugelassenen Kleinkläranlagen

Beteiligungsbericht 2016 für die Stadtwerke Bad Dürkheim Abwasserbeseitigungseinrichtung
Teil II - nur für Unternehmen in privater Rechtsform

Entfällt

Beteiligungsbericht 2016 für die Stadtwerke Bad Dürkheim Abwasserbeseitigungseinrichtung
Teil III - für alle wirtschaftlichen Unternehmen des öffentlichen und privaten Rechts

<p>Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 4 GemO) für das wirtschaftliche Unternehmen:</p> <p>"Die Gemeinde darf wirtschaftliche Unternehmen nur errichten, übernehmen oder wesentlich erweitern, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt, 2. das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde und dem voraussichtlichen Bedarf steht und 3. der öffentliche Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann." 	<p>Zu § 85 Abs. 1. Nr. 1 bis 3:</p> <p>siehe hierzu den Lagebericht</p> <p>Eine Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit der Stadt durch das Unternehmen ist derzeit nicht absehbar.</p> <p>Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.</p>
---	---

Beteiligungsbericht 2016 für die Stadtwerke Bad Dürkheim Abwasserbeseitigungseinrichtung
Bilanzkennzahlen zum Beteiligungsbericht 2016

1. Rentabilität	
Eigenkapitalrentabilität	1,21%
Cash-Flow in EURO	1.036.000,00 €
2. Vermögensaufbau	
Anlagenintensität	57,74%
Intensität Umlaufvermögen	42,26%
3. Anlagenfinanzierung	
Anlagendeckung I (ohne Ertragszuschüsse)	140,06%
Anlagendeckung II (ohne Ertragszuschüsse)	150,99%
4. Kapitalausstattung	
Eigenkapitalquote (ohne Ertragszuschüsse)	80,87%
Fremdkapitalquote	19,13%
5. Liquidität	
Liquidität I	1728,75%
Liquidität II	1806,26%

Lagebericht 2016

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Grundlagen des Unternehmens	2
Geschäftsmodell	2
II. Wirtschaftsbericht	2
1. Geschäftsverlauf	2
2. Lage	3
III. Prognosebericht	5
IV. Chancen- und Risikobericht	5
1. Chancenbericht	6
2. Gesamtaussage	6

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell

Die **Abwasserbeseitigungseinrichtung** der Stadt Bad Dürkheim wird als **Eigenbetrieb** unter dem Namen „Stadtwerke Bad Dürkheim – Abwasserbeseitigung“ geführt. Der Zweck des Eigenbetriebes ist, das Schmutz- und Niederschlagswasser von den im Gebiet des Einrichtungsträgers gelegenen Grundstücken abzuleiten und unschädlich zu beseitigen sowie das Einsammeln, Abfahren, Aufbereiten und Verwerten von Schlamm aus zugelassenen Kleinkläranlagen.

Grundlage bildet die **Betriebssatzung** der Stadtwerke Bad Dürkheim – Abwasserbeseitigung vom 16.01.2003. Die laufende Betriebsführung gemäß Betriebssatzung § 6 erfolgt durch die Stadtwerke Bad Dürkheim GmbH.

Im Gebiet der Stadt Bad Dürkheim wohnen laut Statistischem Landesamt 19.318 meldepflichtige Einwohner (Stand 31.12.2016) und 7 NATO-Angehörige.

II. Wirtschaftsbericht

1. Geschäftsverlauf

Zum 01.01.2014 konnten aufgrund rückläufiger Abschreibungen die wesentlichen Abwasserentgelte gesenkt werden. Seither sind die Abschreibungen gegenüber 2014 wieder um 1,9 % angestiegen. Aufgrund des geringen Anstiegs wird eine Entgeltanpassung derzeit als nicht erforderlich gesehen.

In der Kläranlage konnte die seit Jahren schrittweise durchgeführte Umstellung des Steuerungssystems von Simatic S 5 auf S 7 mit der abschließenden Umstellung der Zentralsteuerung nahezu abgeschlossen werden. Damit befindet sich das Steuerungssystem auf dem technisch aktuellen Stand.

Die Erschließung des Neubaugebietes Langwiesen in Leisstadt mit 45 Hausanschlüssen wurde plangemäß durchgeführt. Ebenso begannen die Erschließungsmaßnahmen für das große Neubaugebiet Fronhof II im Stadtgebiet mit voraussichtlich ca. 260 Hausanschlüssen. Die Fertigstellung der Erschließung ist für das Jahr 2017 geplant.

Das Jahresergebnis 2016 in Höhe von 228 T€ hat sich gegenüber den 271 T€ im Jahre 2015 verringert, liegt jedoch über dem im Wirtschaftsplan für 2016 geplanten Ergebnis in Höhe von 163 T€. Der Erlösrückgang aufgrund der um 6 % verringerten Schmutzwassermenge konnte zum Teil durch einen rückläufigen Aufwand ausgeglichen werden.

Insgesamt kann der Geschäftsverlauf als positiv beurteilt werden.

2. Lage

Die Lage des Unternehmens ist von langfristigen Entwicklungen und Investitionen geprägt. Insgesamt kann die wirtschaftliche Lage als gut bezeichnet werden.

a) Ertragslage

Das **Jahresergebnis** der Abwasserbeseitigung weist im Geschäftsjahr 2016 einen Jahresgewinn von 228 T€ (im Vorjahr Jahresgewinn von 271 T€) aus, wovon auf das betriebliche Ergebnis 223 T€ und auf das Finanzergebnis 6 T€ entfallen abzüglich der sonstigen Steuern in Höhe von 1 T€.

In Summe **verringert sich das Ergebnis** gegenüber dem Vorjahr um 43 T€, vor allem durch die rückläufigen Schmutzwassermengen. Dem Rückgang der Erträge (inkl. Zinsen) um 63 T€ steht ein Rückgang des Aufwands um 20 T€ gegenüber.

Die **gesamte Schmutzwassermenge** (inkl. Sonder- und gebietsfremden Einleitern) verringerte sich im Geschäftsjahr gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 76.228 m³ (- 6,1 %) auf 1.167.346 m³. Der Rückgang ergibt sich hauptsächlich aus einer um 24 Tm³ geringeren Abwassermenge der Haushalte sowie einem Rückgang von 51 Tm³ aus der Umkehrosmoseanlage im Wasserwerk Bruch.

Die **kapazitätsmäßige Auslastung** der Kläranlage betrug in der Spitze 61.905 Einwohnerwerte BSB₅₍₆₀₎ (November 2016) und lag damit oberhalb der dauerhaften Gesamtleistungsfähigkeit während der Weinkampagne von 50.700 Einwohnerwerten BSB₅₍₆₀₎. Aufgrund der nur kurzfristig aufgetretenen Spitze führte dies zu keiner Beeinträchtigung der Leistung der Kläranlage, sämtliche Überwachungswerte wurden kontinuierlich eingehalten.

Auf der **Ertragsseite** sanken die Umsatzerlöse um insgesamt 43 T€ im Wesentlichen aufgrund der rückläufigen Schmutzwassermenge (- 126 T€), rückläufigen Kostenerstattungen für die Straßenentwässerung (- 17 T€) und einer geringeren Auflösung der Ertragszuschüsse (- 10 T€) kompensiert durch einen Anstieg der Erlöse aus den Entgelten für Niederschlagswasser (+ 15 T€) sowie aus der Weiterberechnung von Kosten (+ 84 T€). Die im Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG) neu vorgegebene Zuordnung der Miet- und Pachteinahmen zu den Umsatzerlösen erhöhten diese um 11 T€, entsprechend sanken die sonstigen betrieblichen Erträge.

Der ertragsseitige Zinssaldo verringerte sich aufgrund der rückläufigen Zinssätze um 5 T€.

Auf der **Aufwandseite** stiegen die Materialaufwendungen insgesamt um 1 T€, wobei sich die Fremdleistungen um 90 T€ verringerten und die Materialkosten um 91 T€ erhöhten. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass ebenfalls aufgrund des BilRUG die Zählerkosten in Höhe von 60 T€ nun ebenfalls den Materialkosten zugeordnet wurden, welche bisher bei den sonstigen betrieblichen

Aufwendungen verbucht waren. Effektiv sank damit der Materialaufwand gegenüber dem Vorjahr. Die Personalkosten stiegen um 16 T€ insbesondere durch die tarifliche Gehaltssteigerung im Februar.

Der Anstieg der Abschreibungen um 10 T€ resultiert hauptsächlich aus den Investitionen in das Neubaugebiet Langwiesen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen umfassen insbesondere die Abwasserabgabe, die Verwaltungskosten der Stadtwerke, Gebühren, Versicherungen, Wirtschaftsprüfung, usw. und reduzieren sich um 47 T€ im Wesentlichen durch die neue Zuordnung der Zählerkosten zum Materialaufwand.

b) Finanzlage

In der **Kapitalstruktur** zeigt sich ein leichter **Anstieg des Eigenkapitals** (unter Einbeziehung der empfangenen Ertragszuschüsse) von 91,2 % auf 91,3 % des Gesamtkapitals. Das Anlagevermögen ist zu 158,1 % (im Vorjahr zu 156,7 %) durch Eigenmittel gedeckt (Anlagendeckungsgrad I). Der Anlagendeckungsgrad II, der sich aus dem Verhältnis von Eigenkapital, empfangener Ertragszuschüsse und langfristigem Fremdkapital zum Anlagevermögen berechnet, erhöhte sich leicht von 169,8 % auf 170,1 %.

Die **Investitionen** in Höhe von 889 T€ umfassten mit 781 T€ hauptsächlich die Ortssammler und Hausanschlüsse. Im Einzelnen betraf dies die Erschließung der Schmutz- und Regenwasserkanäle mit Hausanschlüssen im Neubaugebiet „In den Langwiesen“ in Leistadt (583 T€), die Nachaktivierung für den Ausbau der Misch- und Regenwasserkanäle inkl. Schächte und Hausanschlüsse in der Kaiserslauterer Straße (189 T€) sowie jeweils 4 T€ für Schmutz- und Mischwasserhausanschlüsse im Ortsgebiet. Investitionen für die Abwasserbehandlungsanlagen wurden in die Umstellung der Zentralsteuerung der drei BHKWs von S5 auf S7 (35 T€) getätigt. Bei den Regenbauwerken wurde im Regenüberlaufbecken Kaiserslauterer Straße eine Tauchwand (14 T€) eingezogen und im Regenüberlaufbecken Seebach eine SPS-Steuerung für den Absperrschieber (10 T€) eingebaut. Im Pumpwerk Alter Dürkheimer Weg wurde ebenfalls die Steuerung (15 T€) umgestellt. Die Zugänge zur Betriebs- und Geschäftsausstattung betreffen mit 7 T€ eine Tauchmotor-Rührwerk und für 12 T€ diverse Maschinen und Werkzeuge. Die Anlagen in Bau, die erst in Folgejahren fertiggestellt werden, betreffen mit 8 T€ Planungsarbeiten für das Regenrückhaltebecken Seebach und mit 6 T€ Planungskosten zur Fortschreibung des Generalentwässerungsplans.

Der **Cashflow** aus laufender Geschäftstätigkeit des Eigenbetriebes weist einen Betrag von 1.036 T€ aus, dem Beträge für Investitionen von 889 T€ und Darlehenstilgungen von 147 T€ gegenüber stehen. Dass sich diese Zahlen im Jahr 2016 exakt ausgleichen, ist rein zufällig und kein Prinzip der Rechnungsmethodik. Einzahlungen aus empfangenen Ertragszuschüssen bewirken eine zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes in Form einer Überdeckung in Höhe von 132 T€.

c) Vermögenslage

Das **Anlagevermögen** (ohne Finanzanlagen) blieb aufgrund der genannten Investitionen nahezu konstant. Den Anlagenzugängen in Höhe von 875 T€ (ohne Anlagen in Bau) stehen Abschreibungen in Höhe von 888,4 T€ gegenüber. Der **Kassenbestand** hat sich um 132 T€ auf 9.443 T€ erhöht.

Zum 31.12.2016 beträgt die **Bilanzsumme** 23.348 T€ und hat sich gegenüber dem Vorjahr (23.173 T€) um 175 T€ erhöht.

III. Prognosebericht

Für das Jahr 2017 wird im Wirtschaftsplan ein Gewinn von 124 T€ veranschlagt, der nach derzeitiger Einschätzung erreicht werden kann.

Anfang 2017 wurde der Kanalbau im ca. 21 großen Neubaugebiet Fronhof II im Stadtgebiet abgeschlossen. Mit geplanten 3,6 Mio € wird diese Erschließung die größte Baumaßnahme im Jahr 2017 darstellen. Die Ausführung erfolgte über einen Erschließungsträger.

Zur Optimierung der Leistungsfähigkeit der Kläranlage wurde mit der Planung zum Bau eines zweiten Faulturms begonnen.

IV. Chancen- und Risikobericht

Bundesweit gibt es regelmäßig Diskussionen, ob die Anforderungen an Kläranlagen erhöht werden müssten und eventuell weitere Reinigungsstufen vorgeschrieben werden sollten. Dies würde umfangreiche Investitionen auf der Kläranlage erfordern und zu zusätzlichen Betriebskosten führen, so dass eine entsprechende Anpassung der Entgelte notwendig werden könnte.

Falls sich weitere größere Gewerbebetriebe an das Kanalnetz anschließen würden, könnte es aus Kapazitätsgründen erforderlich werden, in der Kläranlage ein zweites Nachklärbecken zu errichten.

Die Struktur- und Genehmigungsdirektion (SGD) Süd fordert die Erstellung eines neuen Generalentwässerungsplanes (GEP) für das gesamte Stadtgebiet, welcher auf einer digitalen Erfassung des Kanalnetzes basiert. Aufgrund erforderlicher umfangreicher Nacharbeiten am Datenbestand und zusätzlicher Nachmessungsarbeiten, welche erst bei der jeweiligen Projektphase des GEP als notwendig erkannt wurden, hat sich die Erstellung des GEP erheblich verzögert. Derzeit wird mit einer Fertigstellung bis Mitte 2017 gerechnet. Bis zur Vorlage des vollständigen GEP wird die SGD die beantragten Misch- und Niederschlagswassereinleitungen, wo bisher noch keine Erlaubnis vorlag bzw. die Erlaubnisfrist abgelaufen ist, nicht weiter bearbeiten.

Ebenso wird von der SGD eine Regenrückhaltung für extreme Regenereignisse im Stadtteil Seebach gefordert. Berechnungen auf Basis der digital vorliegenden Kanalnetzdaten zeigten, dass es keine Alternative zu dem bereits vor Jahren diskutierten Regenrückhaltebecken gibt. Die Kosten für das Regenrückhaltebecken werden auf ca. 3,2 Mio. € geschätzt. Mit den ersten Planungsschritten wurde begonnen.

Aufgrund der stabilen Liquiditäts- und Eigenkapitalsituation sind Liquiditätsrisiken derzeit nicht erkennbar. Die Liquiditätslage ist auch langfristig ausreichend, es sind keine Engpässe zu erwarten.

1. Chancenbericht

Die Optimierung der Anlagentechnik auf der Kläranlage in den letzten Jahren hat mehrere Engpässe beseitigt und die Anlagenleistung insbesondere während der Weinkampagne erheblich gesteigert. Mit dem geplanten zweiten Faulturm kann die Aufnahmekapazität und die Verweilzeit des Faulschlammes erhöht und damit eine nochmalige Verbesserung der Effizienz erzielt werden.

Die Digitalisierung der Kanaldaten und die darauf basierende Kanalnetzberechnung im Rahmen des GEP ermöglicht eine weitere Optimierung des Bad Dürkheimer Kanalnetzes.

Insgesamt wird im Bereich Abwasser kontinuierlich geprüft, wie die Anlagen technisch und wirtschaftlich optimiert werden können. Es werden entsprechende Investitionen in den Wirtschaftsplänen vorgeschlagen und nach Beschlussfassung umgesetzt.

2. Gesamtaussage

Die Leistungsfähigkeit und der Ausnutzungsgrad der Betriebsanlagen lassen für die nächsten Jahre keine Engpässe im Bereich der Kanalanlagen und der Kläranlage erkennen. Bei einer Steigerung der Abwassermenge könnte der Bau eines zweiten Nachklärbeckens erforderlich werden.

Die geplanten Investitionen können mit Eigenmitteln finanziert werden. Insgesamt kann auch in den nächsten Jahren mit einem zufriedenstellenden Ergebnis gerechnet werden. Dies setzt voraus, dass sich der Wasserverbrauch und damit die Schmutzwassermenge nicht wesentlich verringern.

Im Hinblick auf die künftige Entwicklungen sind keine Risiken erkennbar, die den Bestand des Unternehmens gefährden könnten oder wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben könnten.

Bad Dürkheim, 10. Mai 2017

Stadwerke Bad Dürkheim – Abwasserbeseitigung -

gez. Dr. Peter Kistenmacher

gez. Christoph Glogger
Bürgermeister

Beteiligungsbericht

Staatsbad Bad Dürkheim

Beteiligungsbericht 2016 für die Staatsbad Bad Dürkheim GmbH
Teil I - für alle Unternehmen und Einrichtungen

Name des Unternehmens	Staatsbad Bad Dürkheim GmbH
Rechtsform	Juristische Person des Privatrechts Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gründung der derzeitige Gesellschaftervertrag datiert vom	12. Juni 2001 i.d. Fassung vom 31. März 2003
Geschäftsjahr	Kalenderjahr
gezeichnetes Kapital am Ende des Geschäftsjahres 2016	5.010.660,44 €
Veränderung im Geschäftsjahr	keine
Gegenstand des Unternehmens (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	Förderung des Kur- und Fremdenverkehrs einschließlich der Errichtung des Betriebes, der Sicherung und der Weiterentwicklung der hierfür notwendigen Einrichtungen

Beteiligungsbericht 2016 für die Staatsbad Bad Dürkheim GmbH
Teil II - nur für Unternehmen in privater Rechtsform

Beteiligungsverhältnisse (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	1. Stadt Bad Dürkheim EUR 5.010.660,44 = 100,00 %
Besetzung der Organe (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	<p>Geschäftsführung: Herr Dr. Wolfgang Schmitz-Rode (bis 30.04.2016) Herr Dr. Peter Kistenmacher (ab 01.05.2016)</p> <p>Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitzender: Herr Christoph Glogger (Bürgermeister) stellv. Vorsitzender: Herr Reinhard Stölzel (Studiendirektor i.R.)</p> <p>Herr Ralf Lang (Abt. Leiter Personaldienstleistung) Herr Karl Brust (Verwaltungsfachwirt) Herr Manfred Rings (Diplom-Ingenieur FH) Herr Kurt Freund (Winzermeister) Herr Dr. Reinhard Zobel (Arzt) Frau Ruth Geis (kfm. Angestellte) Herr Kurt Lang (Winzermeister) Herr Walter Schubert (Konditormeister, Betriebswirt) Herr Walter Wolf (Winzer)</p>

Beteiligungsbericht 2016 für die Staatsbad Bad Dürkheim GmbH
Teil I - für alle Unternehmen und Einrichtungen

Name des Unternehmens	Staatsbad Bad Dürkheim GmbH
Rechtsform	Juristische Person des Privatrechts Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gründung der derzeitige Gesellschaftervertrag datiert vom	12. Juni 2001 i.d. Fassung vom 31. März 2003
Geschäftsjahr	Kalenderjahr
gezeichnetes Kapital am Ende des Geschäftsjahres 2016	5.010.660,44 €
Veränderung im Geschäftsjahr	keine
Gegenstand des Unternehmens (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	Förderung des Kur- und Fremdenverkehrs einschließlich der Errichtung des Betriebes, der Sicherung und der Weiterentwicklung der hierfür notwendigen Einrichtungen

Beteiligungsbericht 2016 für die Staatsbad Bad Dürkheim GmbH
Teil II - nur für Unternehmen in privater Rechtsform

Beteiligungsverhältnisse (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	1. Stadt Bad Dürkheim EUR 5.010.660,44 = 100,00 %
Besetzung der Organe (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	<p>Geschäftsführung: Herr Dr. Wolfgang Schmitz-Rode (bis 30.04.2016) Herr Dr. Peter Kistenmacher (ab 01.05.2016)</p> <p>Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitzender: Herr Christoph Glogger (Bürgermeister) stellv. Vorsitzender: Herr Reinhard Stölzel (Studiendirektor i.R.)</p> <p>Herr Ralf Lang (Abt. Leiter Personaldienstleistung) Herr Karl Brust (Verwaltungsfachwirt) Herr Manfred Rings (Diplom-Ingenieur FH) Herr Kurt Freund (Winzermeister) Herr Dr. Reinhard Zobel (Arzt) Frau Ruth Geis (kfm. Angestellte) Herr Kurt Lang (Winzermeister) Herr Walter Schubert (Konditormeister, Betriebswirt) Herr Walter Wolf (Winzer)</p>

Beteiligungsbericht 2016 für die Staatsbad Bad Dürkheim GmbH
Teil II - nur für Unternehmen in privater Rechtsform

Beteiligung des Unternehmens (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)	Die Beteiligungen haben sich im Berichtsjahr nicht verändert.
Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 GemO) 2015	<u>Anzahl der Anwendungen, Benutzer der SBB</u> klassische Kurmittelanwendungen : 3186 abg. Wellnessanwendungen: 1252 Besucher Therme.,Sauna,Sonnenb. 40441
Grundzüge des Geschäftsverlaufs (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)	dazu Lagebericht 2016
Lage des Unternehmens (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)	dazu Lagebericht 2016
Kapitalzuführungen-/entnahmen(§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)	keine
Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)	keine
laufende Gesamtbezüge (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)	keine Angaben über Gesamtbezüge gem. § 286 Abs. 4 HGB

Beteiligungsbericht 2016 für die Staatsbad Bad Dürkheim GmbH

Teil III - für alle wirtschaftlichen Unternehmen des öffentlichen und privaten Rechts

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 4 GemO) für das wirtschaftliche Unternehmen:	<p><u>Zu § 85 Abs. 1, Nr. 1:</u> dazu Lagebericht</p> <p><u>Zu § 85 Abs. 2 Nr. 2:</u> Eine Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit der Stadt durch das Unternehmen war im Berichtsjahr nicht gegeben. Lagebeurteilung und künftige Entwicklung sind im Lagebericht ausführlich dargestellt.</p>
---	---

Beteiligungsbericht 2016 für die Staatsbad Bad Dürkheim GmbH

Bilanzkennzahlen zum Beteiligungsbericht 2016

1. Rentabilität	
Eigenkapitalrentabilität	-89,36%
Cash-Flow in EURO	-1.276.000,00 €
2. Vermögensaufbau	
Anlagenintensität	6,00%
Intensität Umlaufvermögen	94,00%
3. Anlagenfinanzierung	
Anlagendeckung I	1144,80%
Anlagendeckung II	1307,50%
4. Kapitalausstattung	
Eigenkapitalquote	68,80%
Fremdkapitalquote	31,20%
5. Liquidität	
Liquidität I	1340,53%
Liquidität II	1454,76%

Staatsbad Bad Dürkheim GmbH

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2016

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Staatsbad Bad Dürkheim GmbH ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Bad Dürkheim. **Gegenstand des Unternehmens** ist die Förderung des Kur- und Fremdenverkehrs einschließlich der Errichtung, des Betriebes, der Sicherung und Weiterentwicklung der hierfür notwendigen Einrichtungen.

Die Staatsbad Bad Dürkheim GmbH betreibt in Bad Dürkheim ein **Thermalbad** mit einem großen Warmbecken 20 m x 10 m und drei kleineren Becken inkl. Whirlpool. Bis Ende 2015 wurden zusätzlich Kurmittel (Badeanwendungen, Massagen, Lymphdrainage) und Wellnessanwendungen (Massagen, Therapien, Kaiserwanne, etc.) angeboten.

Bis Ende 2015 war das Land Rheinland-Pfalz mit 51,02 %, der Landkreis Bad Dürkheim mit 24,49 % und die Stadt Bad Dürkheim mit 24,49 % an der Staatsbad Bad Dürkheim GmbH beteiligt. Zum 01.01.2016 übernahm die Stadt Bad Dürkheim die Anteile des Landes und des Landkreises.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Der klassische Kurbetrieb, insbesondere der kassenfinanzierte Anteil, ist seit Jahren rückläufig, während die Wellnessbranche weiter wächst. Wirtschaftlich erfolgreiche Modelle sind Wellnessbereiche (Spa) in Hotels, Fitnesszentren mit Wellnessangeboten und sehr große Thermen bzw. Badeparadiese. Entscheidend ist hierbei immer das zugehörige Saunaangebot, auch bei gesundheitsbetonten Thermenanlagen. Mit dem Bau neuer oder erneuerter Angebote steigen jeweils die Ansprüche der Kunden an die bestehenden Anlagen.

Aufgrund dieser Entwicklung ist das Thermalbad in Bad Dürkheim nicht mehr zeitgemäß. Entsprechend wurde entschieden, das Thermalbad bis spätestens Ende 2018 zu schließen und eine neue Therme mit Sauna in Bad Dürkheim zu errichten.

2. Geschäftsverlauf

Nachdem Ende 2013 das Privatisierungsverfahren ohne Zuschlagserteilung endete, da kein Investor gefunden werden konnte, teilte das Land Rheinland-Pfalz als Gesellschafter der Staatsbad mit, dass es bis längstens 31.12.2015 die Verluste der Staatsbad finanzieren wird. Ebenso war der Pachtvertrag mit der AHG-Fachklinik, in deren Gebäude sich das Thermalbad befindet, bis Ende 2015 befristet. In Konsequenz wurde Ende 2014 beschlossen, die Staatsbad Bad Dürkheim GmbH aufzulösen und den Betrieb des Thermalbads bis 30.11.2015 einzustellen. Ab 01.01.2015 befand sich die Staatsbad Bad Dürkheim GmbH in Liquidation.

Im Februar 2015 wurde eine Vereinbarung zwischen den Gesellschaftern Land, Landkreis und Stadt getroffen, in welcher die Stadt eine Zwischenlösung anstrebt und mindestens acht Mitarbeitern bzw. Mitarbeitern eine Weiterbeschäftigung bis 2018 in Form von alternativen Beschäftigungsangeboten zusagt. Im Mai 2015 beschließt der Stadtrat den grundsätzlichen Kauf der Gesellschaftsanteile des Landes und des Landkreises und im Oktober 2015 den tatsächlichen Kauf. Am 22.12.2015 wurde der Unternehmenskaufvertrag mit dem Übergangsstichtag 31.12.2015 24:00 Uhr unterzeichnet. Ebenfalls am 22.12.2015 wurde der Liquidationsbeschluss zum Übergangsstichtag aufgehoben.

Zum Jahresende 2015 wurde die Bereiche Kurmittel, Therapie und Wellness geschlossen. Der größte Teil der Angestellten wechselte zum Jahresende zu neuen Arbeitgebern, insbesondere zur Stadt Bad Dürkheim und zur AHG-Klinik.

Seit 01.01.2016 ist die Stadt Bad Dürkheim alleinige Gesellschafterin der Staatsbad Bad Dürkheim GmbH. Mit Wirkung zum 23.11.2016 wurde der Gesellschaftsvertrag geändert und am 20.12.2016 im Stadtrat der neue Aufsichtsrat der Gesellschaft gewählt

Neben dem allgemeinen obengenannten branchenbezogenen Rückgang der Anwendungs- und Kartenverkäufe im Thermalbad führte die Diskussion um den Fortbestand des Thermalbades wahrscheinlich ebenfalls zu rückläufigen Gästezahlen. Bei manchen Gästen entstand der Eindruck, dass das Thermalbad bereits geschlossen hätte. Hinzu kommt die vorübergehende Schließung der psychosomatischen Klinik für Renovierungsarbeiten seit Juli 2016, wobei die rückläufigen Besucherzahlen auch in den Monaten vor Juli deutlich sichtbar waren. Die Besucherzahlen des Thermalbades gingen 2016 gegenüber 2015 von 40.441 um 13 % auf 35.109 zurück. Im Jahr 2014 besuchten noch 47.828 Gäste das Thermalbad. Dieser massive Besucherrückgang von über 25 % in nur zwei Jahren wirkt sich entsprechend auf die Umsatzerlöse aus. Wellnessanwendungen und klassische Kurmittelanwendungen wurden 2016 nicht mehr angeboten.

Der Geschäftsverlauf kann nur insofern als positiv bewertet werden, dass fast alle bisherigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen neuen Arbeitsplatz gefunden haben, dass die Liquidation durch die Übernahme der Gesellschaftsanteile durch die Stadt abgewendet werden konnte, dass das Thermalbad nicht Ende 2015 geschlossen wurde und dass eine neue Therme in Bad Dürkheim gebaut werden soll. In Bezug auf die Wirtschaftlichkeit kann im Hinblick auf den hohen Jahresfehlbetrag nicht von einem positiven Geschäftsverlauf gesprochen werden.

3. Lage

Die Lage des Unternehmens war über viele Jahre und insbesondere seit 2014 von der Grundsatzfrage der Fortführung geprägt. Abhängig von der finanziellen Situation und dem technischen Zustand soll der Thermalbadbetrieb bis längstens Ende 2018 fortgeführt werden. Wie bei den meisten Bädern handelt es sich auch bei der Staatsbad Bad Dürkheim GmbH um einen Dauerverlustbetrieb.

a) Ertragslage

Der **Jahresfehlbetrag** reduzierte sich 2016 auf - 686 T€ gegenüber - 1.603 T€ im Jahr 2015. Das operative Ergebnis des Jahres 2016 betrug - 659 T€ gegenüber 2015 mit -1.586 T€.

Der Rückgang des Verlustes ergibt sich hauptsächlich aus der erheblichen Reduzierung des Personals mit zum Jahresende 2016 noch drei aktiven Angestellten und sechs Angestellten in der Freistellungsphase der Altersteilzeit. Ebenso entfielen wesentliche Mietkosten, da ab Frühjahr 2016 in der Kurbrunnenstraße keine Büroräumlichkeiten mehr benötigt wurden.

Aber auch die **Umsatzerlöse** gingen erheblich zurück, da ab 2016 keine Wellness- und Kurmittelanwendungen mehr angeboten wurden. Während 2015 die Umsatzerlöse noch 441 T€ betrugen, davon 207 T€ Eintrittserlöse für das Thermalbad, lagen die Umsatzerlöse im Jahr 2016 bei 211 T€, davon 194 T€ aus Thermalbadeintritten. Hingegen stiegen die **sonstigen betrieblichen Erträge** um 517 T€ auf 544 T€ aufgrund des Verkaufs des Fernheizwerkes, durch Auflösung von Rückstellungen und der Korrektur von Verbindlichkeiten.

Der **Materialaufwand** für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sank um 82 T€, hauptsächlich durch rückläufige Kosten für Strom, Wärme, Wasser und Abwasser, u.a. durch die Aufgabe der Büroräume. Die Kosten für Fremdleistungen waren um 22 T€ rückläufig, wobei einerseits die Kosten für die als Dienstleistung erbrachte Geschäftsführung sanken und andererseits die Kosten für die als Dienstleistung beauftragte Badeaufsicht und Reinigung durch die Übernahme zusätzlicher Aufgaben anstiegen.

Die **Personalkosten** sanken erheblich um 823 T€ auf 250 T€, da zum Jahresende 2015 bzw. im Laufe des Jahres 2016 16 Angestellte von der Staatsbad Bad Dürkheim GmbH auf andere Stellen wechselten, hauptsächlich zur Stadt und zur AHG-Klinik. In den Personalkosten ist die Bildung von zusätzlichen Rückstellungen für die Altersteilzeitzahlungen enthalten. Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** stiegen um 269 T€ auf 611 T€ überwiegend durch einmalige Vorgänge. Da die Erträge aus dem Verkauf des Fernheizwerkes an das Land abzuführen sind, entsteht ein entsprechender Aufwand. Hinzu kommt eine Rückstellungsbildung für die Abrechnung mit dem Land gemäß Unternehmenskaufvertrag.

Auch die **Abschreibungen** wären ohne die Wertberichtigung für die Brunnenhalle gesunken, erhöhten sich jedoch im Jahr 2016 auf 54 T€. In den Rückstellungen für die Altersteilzeit ist ein Zinsaufwand zu berücksichtigen, so dass dieser auf 22 T€ erhöht. Die **sonstigen Steuern** sinken von 12 T€ auf 4 T€, insbesondere durch rückläufige Grundsteuern.

b) Finanzlage

Die Gesellschaft konnte im Jahr 2016 nur deshalb fortgeführt werden, da die Stadt sich verpflichtet hatte, die **Liquidität** des Unternehmens durch Einzahlungen in die Kapitalrücklage zu sichern. Trotz eines negativen **Cashflows** aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von - 1.276 T€ ergibt sich deshalb zum Jahresende 2016 ein Finanzmittelfonds von 950 T€. Insgesamt hat die Stadt im Jahr 2016 1.085 T€ in die Kapitalrücklage eingezahlt. Das Eigenkapital beträgt 767 T€, entsprechend einer **Eigenkapitalquote** von 69 %. In Bezug auf das gezeichnete Kapital von 5.011 T€ beträgt dieser Anteil nur 15 %, es sind damit 85 % des Stammkapitals aufgezehrt. Aufgrund der Verpflichtungserklärungen des Landes (bis 31.12.2015) und der Stadt (ab 01.01.2016) ist weder eine Zahlungsunfähigkeit noch eine Überschuldung gegeben.

Die **Bilanzsumme** 2016 der Staatsbad Bad Dürkheim GmbH erhöhte sich auf 1.115 T€ gegenüber 1.020 T€ im Jahr 2015.

Auf der **Aktivseite** sank das größtenteils aus Grundstücken bestehende Anlagevermögen um 62 T€ auf 67 T€ hauptsächlich durch die Wertberichtigung der Brunnenhalle in Höhe von 44 T€. Aktivierte **Investitionen** wurden im Jahr 2016 keine durchgeführt. Umgekehrt stieg das **Umlaufvermögen** um 139 T€ auf 1.030 T€ im Wesentlichen durch den verbliebenen Anteil der Einzahlung der Stadt. Der Kassenbestand bzw. die Bankguthaben erhöhten sich von 790 T€ auf 950 T€.

Die **Passivseite** zeigt ein **Eigenkapital** von 767 T€ (im Vorjahr 368 T€), welches den Saldo aus dem gezeichneten Kapital in Höhe von 5.011 T€, der Kapitalrücklage von 17.644 T€, des Verlustvortrages von - 21.202 T€ und des Jahresergebnisses 2016 in Höhe von - 686 T€ bildet. Die **Rückstellungen** umfassen 277 T€, im Wesentlichen für Altersteilzeit und für die Rückzahlungsverpflichtung an das Land gemäß Unternehmenskaufvertrag. Verbindlichkeiten bestehen hauptsächlich aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 50 T€ und für nicht eingelöste Gutscheine in Höhe von 20 T€. Insgesamt bestehen **Verbindlichkeiten** in Höhe von 71 T€, wobei **keine Darlehen** vorhanden sind.

c) Vermögenslage

Die Vermögenslage hat sich durch die Einzahlungen des Landes im Laufe des Jahres 2016 verbessert, so dass die zum Jahresende 2016 zur Verfügung stehende Liquidität in Höhe von 950 T€ eine gute Ausgangsbasis für das Jahr 2017 bildet. Dennoch werden spätestens Anfang des Jahres 2018 weitere Einzahlungen seitens der Stadt erforderlich werden, um die Liquidität zu sichern.

4. Finanzielle Leistungsindikatoren

Aufgrund des dauerhaften Verlustbetriebes haben die typischen finanziellen Kennzahlen zum Teil negative Vorzeichen. Genannt wurden bereits das Jahresergebnis in Höhe von - 686 T€, das operative Ergebnis in Höhe von - 659 T€, der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von - 1.276 T€, der Finanzmittelfonds zum Jahresende 2016 in Höhe von 950 T€ und die Eigenkapitalquote von 69 %. Die Eigenkapitalrendite, d.h. das Verhältnis von Jahresergebnis zu Eigenkapital beträgt - 89 %.

Deutlich wird die wirtschaftliche Situation im Vergleich der Umsatzerlöse mit den Material- und Personalaufwendungen. Die Einbeziehung der sonstigen betrieblichen Erträge und des sonstigen betrieblichen Aufwands in diesen Vergleich wäre für das Jahr 2016 aufgrund der vielfältigen einmaligen Vorgänge nicht sinnvoll. Die Summe der Umsatzerlöse beträgt 211 T€. Die Summe der Material- und Personalaufwendungen beträgt 750 T€. Damit decken die Umsatzerlöse nur 28 % des Material- und Personalaufwands.

III. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Ende April 2017 wurde die Brunnenhalle an die Stadt verkauft, da aufwändige Instandhaltungsarbeiten notwendig werden und ein Anbau für die Tourist Information errichtet werden soll. Für die Staatsbad entfallen somit zukünftige Kosten für die Renovierung der Brunnenhalle.

IV. Prognosebericht

Im Wirtschaftsplan 2017 ist ein Ergebnis von - 561 T€ geplant. Größere Bildungen oder Auflösungen von Rückstellungen sowie andere einmalige Vorgänge von nennenswerter finanzieller Auswirkung werden im Jahr 2017 nicht erwartet.

V. Chancen- und Risikobericht

1. Risikobericht

Branchenbezogene Risiken

Der Anspruch und die Erwartung von Gästen an ein Thermalbad ändern sich, einerseits durch neue (Innen-)Architekturstile und Ausstattungsmöglichkeiten, andererseits durch neue Angebote in der Großregion. Es ist davon auszugehen, dass die Besucherzahl im Thermalbad weiter abnimmt, da keine Erneuerung mehr geplant ist und aufgrund der alternativen Angebote im Umfeld mit keinen neuen zusätzlichen Besuchern zu rechnen ist.

Ertragsorientierte Risiken

Die Erträge des Thermalbades ergeben sich hauptsächlich aus den Eintrittserlösen und sind damit abhängig von den Besucherzahlen. Es bleibt das Ziel, die Besucherzahl bis zur Schließung des Bades konstant oder zumindest die Rückgänge gering zu halten.

Voraussetzung für den Weiterbetrieb des Thermalbades ist eine funktionierende Technik, insbesondere die Becken, die Wasserleitungen, die Wasseraufbereitung und die Lüftung. Selbstverständlich werden alle technischen Anlagen ordnungsgemäß instandgehalten und gewartet. Reparaturen und notwendige Erneuerungen werden zeitnah durchgeführt. Falls jedoch eine sehr kostenintensive Erneuerung oder Reparatur erforderlich würde, müsste entschieden werden, ob diese noch ausgeführt oder der Betrieb früher als geplant eingestellt würde. Aus heutiger Sicht ist jedoch nicht zu erkennen, dass eine größere technische Anlage bis 2018 ersetzt werden müsste.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Die Liquidität und damit der Fortbestand des Unternehmens ist durch die Verlustübernahmeerklärung der Stadt Bad Dürkheim ab 01.01.2016 abgesichert. Aus derzeitiger Sicht werden die jährlichen Verluste zwischen 500 T€ und 600 T€ liegen, es sei denn, die Besucherzahlen sind stärker rückläufig. Größere Investitionen werden bis Ende 2018 nicht mehr erforderlich bzw. nicht mehr ausgeführt.

2. Chancenbericht

Im Bereich des Materialaufwandes sind eventuell Verbesserungen möglich, welche den Betriebsverlust etwas reduzieren könnten. Ebenso sollte - wie bisher - durch Information, Werbung und/oder Aktionen versucht werden, die Besucherzahlen mindestens auf dem aktuellen Niveau zu halten. Im Hinblick auf die Schließung des Thermalbades spätestens Ende 2018 sind rechtzeitig Vorbereitungen zu treffen und die Abläufe so anzupassen, dass möglichst wenig einmalige Kosten entstehen, der gepachtete Bereich rechtzeitig verlassen werden kann und die nachlaufenden Arbeiten möglichst gering sind. Hierbei ist zu beachten, dass Mitte und Ende 2018 zwei weitere Angestellte die Freistellungsphase der Altersteilzeit antreten. Voraussichtlich wird die Staatsbad Bad Dürkheim GmbH Ende 2018 außer den Angestellten in der Freistellungsphase keinen weiteren Personalstand haben. Die Verwaltungskosten und damit der Verlust ab 2019 werden demnach nur noch geringfügige Beträge ausmachen.

3. Gesamtaussage

Im Jahr 2015 wurde eine Vielzahl von Grundsatzentscheidungen in Bezug auf die Staatsbad Bad Dürkheim GmbH getroffen, welche letztendlich deren Fortbestand und den Weiterbetrieb des Thermalbades bis längstens Ende 2018 gesichert haben. Die finanziellen Risiken der Staatsbad wurden durch die Verlustübernahmen bis Ende 2015 durch das Land Rheinland-Pfalz und ab 2016 durch die Stadt Bad Dürkheim minimiert. Für den weiteren Thermalbadbetrieb ab 2017 wird unter der Annahme von gering rückläufigen Besucherzahlen eine stabile finanzielle Situation, d.h. ein durchschnittlicher Jahresfehlbetrag von ca. 500 T€ bis 600 T€ erwartet. Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft im Rahmen der derzeitigen Zeitplanungen gefährden könnten, sind derzeit nicht erkennbar.

Bad Dürkheim, den 20.06.2017
Staatsbad Bad Dürkheim GmbH

Dr. Peter Kistenmacher

Internes Dokument

Beteiligungsbericht

Rhein-Haardtbahn GmbH

Beteiligungsbericht 2016 für die Rhein-Haardtbahn GmbH

Teil I - für alle Unternehmen und Einrichtungen

Name des Unternehmens	Rhein - Haardtbahn GmbH
Rechtsform	Juristische Person des Privatrechts Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gründung der derzeitige Gesellschaftervertrag datiert vom	12. Juli 1911 (Gesellschaftsgründung) 30. August 1913 (Betriebseröffnung) 30. Januar 1992
Geschäftsjahr	das Kalenderjahr
Gezeichnetes Kapital am Ende des Geschäftsjahres 2016	1.661.698,61 €
Veränderung im Geschäftsjahr	keine
Gegenstand des Unternehmens (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 Gemo)	Betrieb einer elektrischen Eisenbahn auf der Strecke Bad Dürkheim - Ludwigshafen- Oggersheim für Personen- und Stückgutbeförderung sowie Betrieb eines Omnibuslinienverkehrs in ihrem Verkehrsbereich und Omnibusgelegenheitsverkehr

Beteiligungsbericht 2016 für die Rhein-Haardtbahn GmbH

Teil II - nur für Unternehmen in privater Rechtsform

Beteiligungsverhältnisse (§ 90 Abs.2 Satz 3 Nr. 1 Gemo)	1. Technische Werke Ludwigshafen am Rhein Aktiengesellschaft mit	EUR 897.317,25 = 54,00 %
	2. Rhein-Pfalz-Kreis mit	EUR 315.722,74 = 19,00 %
	3. Landkreis Bad Dürkheim mit	EUR 207.737,89 = 12,50 %
	4. Stadt Bad Dürkheim mit	EUR 166.169,86 = 10,00 %
	5. Verbandsgemeinde Maxdorf mit	EUR 33.233,97 = 2,00 %
	6. Verbandsgemeinde Wachenheim mit	EUR 17.792,96 = 1,07 %
	7. Ortsgemeinde Ellerstadt mit	EUR 17.792,96 = 1,07 %
	8. Ortsgemeinde Gönheim mit	EUR 5.930,98 = 0,36 %

Beteiligungsbericht 2016 für die Rhein-Haardtbahn GmbH

Teil II - nur für Unternehmen in privater Rechtsform

<p>Besetzung der Organe (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)</p>	<p><u>Geschäftsführung:</u> Dr. Ing. Hans-Heinrich Kleuker Dr.-Ing. Reiner Lübke <u>Aufsichtsrat:</u> Herr Klaus Dillinger (Baudezernent) Vorsitzender d. Aufsichtsrats Herr Hans-Ulrich Ihlenfeld (Landrat) stellvertr. Vorsitzende des Aufsichtsrats Herrn Werner Baumann (Ortsbürgermeister) Herr Dr. Christian Beilmann (Diplomphysiker) Herr Stefan Beyer (Elektriker) Herr Dr. Bernhard Braun (Stadtrat) Herr Christoph Glogger (Bürgermeister) ab 06.06.2016 Holger Kesselring (Arbeitnehmersvertreter) ab 08.06.15 Herr Clemens Körner (Landrat) Frau Marie-Luise Klein (Bürgermeisterin) Herr Wolfgang Lutz (Bürgermeister) bis 06.06.2016 Herr Hans Mindl (Stadtrat) Herr Helmut Rentz (Ortsbürgermeister) Frau Heike Scharfenberger (Dipl.-Soziologin) Herr Andreas Schmidt (Triebwagenführer) Herr Manfred Schwarz (Dipl.-Ing. (FH) Verfahrenstechn.)</p>
<p>Beteiligung des Unternehmens (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)</p>	<p>Beteiligung an der Unternehmensgesellschaft Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (RNV GmbH) Beteiligungsanteil: 2,42 %</p>
<p>Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 GemO)</p>	<p><u>Fahrgastzahlen im Wirtschaftsjahr 2009 / 2010:</u> 2.019.473 Personen (Stand 2010)</p>
<p>Grundzüge des Geschäftsverlaufs (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)</p>	<p>dazu Lagebericht 2016</p>
<p>Lage des Unternehmens (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)</p>	<p>dazu Lagebericht 2016</p>

Beteiligungsbericht 2016 für die Rhein-Haardtbahn GmbH

Teil II - nur für Unternehmen in privater Rechtsform

Kapitalzuführungen-/entnahmen (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)	Kapital in Höhe von EUR 0,00 wurde unterjährig als Rücklage für den erwarteten Verlust zugeführt. Kapital wurde nicht entnommen.
Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)	keine
laufende Gesamtbezüge (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)	Die Aufwendungen für den Aufsichtsrat betrugen 12.000 €. Die Geschäftsführung erhält von der Gesellschaft keine Vergütung. Ihre Tätigkeit wird über eine Verwaltungsumlage von der TWL belastet.

Beteiligungsbericht 2016 für die Rhein-Haardtbahn GmbH

Teil III - für alle wirtschaftlichen Unternehmen des öffentlichen und privaten Rechts

<p>Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 4 GemO) für das wirtschaftliche Unternehmen:</p> <p>"Die Gemeinde darf wirtschaftliche Unternehmen nur errichten, übernehmen oder wesentlich erweitern, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt, 2. das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde und dem voraussichtlichen Bedarf steht und 3. der öffentliche Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann." 	<p>Zu § 85 Abs. 1. Nr. 1 bis 3:</p> <p>dazu Lagebericht 2016</p> <p>Eine Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit der Stadt durch das Unternehmen ist derzeit nicht absehbar.</p> <p>Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.</p>
---	--

Beteiligungsbericht 2016 für die Rhein-Haardtbahn GmbH
Bilanzkennzahlen zum Beteiligungsbericht 2015

1. Rentabilität	
Eigenkapitalrentabilität	-1,68%
Cash-Flow in EURO	650.000,00 €
2. Vermögensaufbau	
Anlagenintensität	85,70%
Umlaufintensität	14,30%
3. Anlagenfinanzierung	
Anlagendeckung I	16,63%
Anlagendeckung II	41,23%
4. Kapitalausstattung	
Eigenkapitalquote	14,20%
Fremdkapitalquote	85,80%
5. Liquidität	
Liquidität I	1,45%
Liquidität II	1738,76%

**Rhein-Haardtbahn-Gesellschaft
mit beschränkter Haftung
Bad Dürkheim**

Lagebericht und Jahresabschluss
zum 31. Dezember 2016
sowie Bestätigungsvermerk

Anlage 1

**Rhein-Haardtbahn-Gesellschaft
mit beschränkter Haftung
Bad Dürkheim**

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2016

Allgemeine Angaben

Die Rhein-Haardtbahn Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Bad Dürkheim, – nachfolgend RHB genannt – ist ein 54-prozentiges Tochterunternehmen der Technische Werke Ludwigshafen am Rhein Aktiengesellschaft, Ludwigshafen am Rhein – nachfolgend TWL AG genannt. In Höhe von 0,36 Prozent bis 19 Prozent sind weiterhin verschiedene Umlandgemeinden an der RHB GmbH beteiligt.

Die RHB ist seit dem 1. März 2005 mit einem Anteil von 2,42 Prozent an der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH, Mannheim (RNV), beteiligt. Gegründet wurde dieses städteübergreifende, gemeinsame Verkehrsunternehmen durch die MVV Verkehr AG, Mannheim (MVV), die MVV OEG AG, Mannheim (OEG), die Heidelberger Straßen- und Bergbahn Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Heidelberg (HSB), die Verkehrsbetriebe Ludwigshafen am Rhein Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Ludwigshafen am Rhein (VBL) und die RHB. Mit der Gründung verfolgen die Gesellschafter das Ziel, in der „Metropolregion Rhein-Neckar“ ein wettbewerbsfähiges und attraktives Verkehrsangebot anzubieten und gleichzeitig die jeweilige Wettbewerbsposition der einzelnen Verkehrsgesellschaften zu verbessern.

Zum 1. Oktober 2009 sind die Verkehrskonzessionen von der RHB auf die RNV übergegangen. Seit diesem Zeitpunkt erhält die RNV die Beförderungseinnahmen für den Fahrbetrieb auf der RHB Strecke Bad Dürkheim – Ludwigshafen/Oggersheim. Die RHB überlässt ihr Personal der RNV und erhält dafür Erträge aus der Arbeitnehmerüberlassung, die sich am Tarifgefüge der RNV orientieren. Weiterhin ist die RHB Eigentümerin der Infrastruktur und erhält dafür Trassenentgelte.

Der bis Ende 2013 bestehende Verrechnungsvertrag zwischen RNV und RHB wurde zum 1. Januar 2014 neu aufgesetzt. Die bis dahin geltenden 1-Euro-Mieten für Fahrzeuge und Betriebsgebäude wurden durch kalkulatorische Mieten ersetzt. Gleichzeitig wurde der pauschale Aufschlag auf die Miete Infrastruktur von 307 Tsd. Euro zurückgenommen. Weiterhin ist ein Ausgleich der bei der RHB entstehenden höheren Personalkosten im Verhältnis zum Überlassungsentgelt sowie evtl. weiterer RHB-Kosten geregelt. Ein 2015 von Ernst & Young Law GmbH erstelltes Gutachten erläutert die Verrechnungsmodalitäten und Höchstgrenzen.

Im Januar 2015 unterzeichnete der Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Süd (ZSPNV) zusammen mit dem Rhein-Pfalz-Kreis, dem Landkreis Bad Dürkheim, der Stadt Ludwigshafen und der RNV einen Verkehrsvertrag, in dem die finanzielle Beteiligung des ZSPNV an den Kosten der Eisenbahnverkehrsleistung zwischen Bad Dürkheim und Ludwigshafen-Oggersheim geregelt ist. Das führt insgesamt zu einer deutlichen Entlastung der Gesellschafter der RHB, hat jedoch keinen Einfluss auf die Verrechnungssystematik zwischen RHB und RNV.

Geschäftsverlauf

Aus Sicht der Geschäftsführung entspricht die Geschäftsentwicklung den Erwartungen.

Anlage 1.1 / 1

Ertragslage

Der Wirtschaftsplan 2016 sah einen Jahresüberschuss von 11 Tsd. Euro vor. Das Ist-Ergebnis 2016 zeigt einen Jahresfehlbetrag von 50 Tsd. Euro. Der Jahresfehlbetrag ist im Wesentlichen durch Verluste aus Anlagenabgang bedingt.

Die Umsätze sind gegenüber dem Vorjahr (1.359 Tsd. Euro) um 64 Tsd. Euro auf 1.423 Tsd. Euro gestiegen. Während die Erträge aus der Vermietung des Betriebshofes und der Fahrzeuge zurückgingen, sind die Erträge aus der Vermietung der Infrastruktur und aus der Personalüberlassung gestiegen. Die Vermietung des Betriebshofes, der Infrastruktur und der Fahrzeuge erfolgt nach kalkulierten Mieten bestehend aus Abschreibung zuzügl. Zinsen. Die Miete Betriebshof beträgt 22 Tsd. Euro (i. Vj. 34 Tsd. Euro), die Miete Fahrzeuge 140 Tsd. Euro (i. Vj. 150 Tsd. Euro), die Miete der Infrastruktur 274 Tsd. Euro (i. Vj. 262 Tsd. Euro). Die Erträge aus der Personalüberlassung betragen 969 Tsd. Euro (i. Vj. 913 Tsd. Euro). Aufgrund der Umsetzung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (BilRUG) werden die Erlöse aus sonstiger Vermietung (18 Tsd. Euro; Vorjahr: 13 Tsd. Euro) ab 2016 unter den Umsatzerlösen ausgewiesen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind im Berichtsjahr um 385 Tsd. Euro auf insgesamt 1.062 Tsd. Euro (i. Vj. 677 Tsd. Euro) gestiegen. Die Auflösung von Investitionszuschüssen hat sich um 458 Tsd. Euro auf 988 Tsd. Euro erhöht. Darin enthalten sind 562 Tsd. Euro als der Gegenposten zu Fremdleistungen (Brückensanierung) und zu den Aufwendungen aus Abschreibung des zu 100 Prozent – durch Umlandgemeinden, Stadt Ludwigshafen und Land Rheinland-Pfalz - fremdfinanzierten Projektes „RHB 2010“. Durch die Beendigung des US-Leasings zum Ende des Jahres 2015 sind die Erträge aus Auflösung des Barwertvorteils (i. Vj. 31 Tsd. Euro) entfallen. Des Weiteren sind im Berichtsjahr keine Auflösungen sonstiger Rückstellungen (i.Vj. 26 Tsd. Euro im Wesentlichen Auflösung gebildeter Rückstellung für Jahresabschlusskosten 2014) angefallen.

Die Gesamtleistung hat sich somit gegenüber dem Vorjahr um 449 Tsd. Euro erhöht.

Die Position Aufwendungen für bezogene Leistungen von insgesamt 106 Tsd. Euro enthält 100 Tsd. Euro für den Unterhalt Brücken, was ebenfalls im Projekt „RHB 2010“ enthalten ist und fremdfinanziert wurde.

Der Personalaufwand mit 952 Tsd. Euro ist gegenüber dem Vorjahr um 7 Tsd. Euro gesunken. Der Jahresdurchschnitt der Beschäftigten lag unverändert bei 16. Zum 1. März 2016 erfolgte gemäß geltendem Tarifvertrag eine Tarifierhöhung von 2,4 Prozent. Seit dem 1. Oktober 2016 ist das Demografiemodell in Kraft getreten. Die Rückstellung hierfür wurde 2016 erstmalig mit rd. 17 Tsd. Euro gebildet. Die leichte Entlastung der Personalkosten gegenüber dem Vorjahr resultiert aus den rückläufigen Aufwendungen für Altersversorgung.

Die Abschreibungen sind bedingt durch Aktivierungen im Rahmen des Projektes „RHB 2010“ gegenüber dem Vorjahr (828 Tsd. Euro) um 385 Tsd. Euro auf 1.213 Tsd. Euro gestiegen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich um 44 Tsd. Euro auf 263 Tsd. Euro. Während das Vorjahr noch mit Gerichts- und Rechtsanwaltskosten in Höhe von 16 Tsd. Euro (Berichtsjahr 0 Tsd. Euro) belastet war, sind im Berichtsjahr Verluste aus Anlagenabgängen in Höhe von 64 Tsd. Euro enthalten (i. Vj. 4 Tsd. Euro). Der wesentliche Posten der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist die Verwaltungsumlage seitens der Gesellschafterin TWL AG in Höhe von 144 Tsd. Euro.

Die Zinsaufwendungen des Berichtsjahres liegen mit 30 Tsd. Euro geringfügig unter dem Vorjahresniveau mit 31 Tsd. Euro. Die Zinserträge betragen im Berichtsjahr 33 Tsd. Euro (i. Vj. 32 Tsd. Euro).

Der Jahresfehlbetrag beträgt 50 Tsd. Euro (i. Vj. Jahresüberschuss 9 Tsd. Euro).

Anlage 1.1 / 2

Vermögenslage

Das Anlagevermögen hat sich um 1.973 Tsd. Euro auf 17.908 Tsd. Euro insbesondere durch höhere Investitionen gegenüber den Abschreibungen erhöht (i. Vj. 15.936 Tsd. Euro). Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme liegt bei 85,7 Prozent (Anlagenintensität; i. Vj. 90,9 Prozent).

Die Investitionen in Sachanlagen im Berichtsjahr in Höhe von 3.250 Tsd. Euro betrafen im Wesentlichen Gleiserneuerungen (Gleisbogen Fußgönheim mit 750 Tsd. Euro und Ortsdurchfahrt Ellerstadt mit 50 Tsd. Euro) sowie Abschlagszahlungen für das Projekt „RHB 2010“ (2.450 Tsd. Euro). Die ertragswirksame Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse erfolgt entsprechend der Nutzungsdauer der bezuschussten Anlagegüter.

Die Forderungen gegen Gesellschafter betragen 2.709 Tsd. Euro (i. Vj. 9 Tsd. Euro) und resultieren aus dem Darlehensvertrag zwischen RHB und TWL AG.

Die Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, betreffen die RNV, im Wesentlichen aus der Überlassung von Arbeitnehmern (250 Tsd. Euro; i. Vj. 135 Tsd. Euro).

Bei den sonstigen Vermögensgegenständen (38 Tsd. Euro; i. Vj. 638 Tsd. Euro) ist ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen. Das Vorjahr enthielt Steuererstattungsansprüche aus Umsatzsteuer.

Der Finanzmittelbestand beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 1 Tsd. Euro (i. Vj. 818 Tsd. Euro).

Das gezeichnete Kapital beträgt unverändert 1.662 Tsd. Euro.

Das Eigenkapital weist eine Höhe von 2.979 Tsd. Euro (i. Vj. 3.029 Tsd. Euro) aus, die Eigenkapitalquote liegt bei 14,2 Prozent (i. Vj. 17,3 Prozent).

Die Sonderposten für Investitionszuschüsse sind bedingt durch Zuschüsse für das Projekt „RHB 2010“ um 6.232 Tsd. Euro auf 12.951 Tsd. Euro gestiegen. Hier wurden die Zuschüsse des Landes Rheinland-Pfalz für das Projekt „RHB 2010“ gebucht. Weitere Zuschüsse für noch nicht aktivierte Baumaßnahmen sind unter sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Die sonstigen Rückstellungen liegen mit 225 Tsd. Euro rund 45 Tsd. Euro über dem Vorjahreswert von 180 Tsd. Euro. Die Erhöhung ist im Wesentlichen auf die gestiegenen Rückstellungen für Urlaubsansprüche und Überstunden sowie auf Rückstellungen für das tariflich bedingte Demografiemodell zurückzuführen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich tilgungsbedingt auf 809 Tsd. Euro (i. Vj. 881 Tsd. Euro) verringert. Die angepasste Fremdkapitalquote (definiert als Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Relation zur Bilanzsumme) verringert sich leicht auf 3,9 Prozent (i. Vj. 5,0 Prozent).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern sind ausschließlich die im Voraus geleisteten Zuschüsse für das Projekt „RHB 2010“ in Höhe von 2.873 Tsd. Euro (i. Vj. 3.809 Tsd. Euro).

Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten im Wesentlichen die Landeszuschüsse zum Projekt „RHB 2010“. Insgesamt hat sich die Summe der sonstigen Verbindlichkeiten gegenüber Vorjahr (2.612 Tsd. Euro) um 1.798 Tsd. Euro auf 814 Tsd. Euro verringert.

Anlage 1.1 / 3

Finanzlage

Bei einem Cash Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit von 650 Tsd. Euro, einem Cash Flow aus der Investitionstätigkeit von 1.234 Tsd. Euro sowie einem Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit von -2.701 Tsd. Euro ist der Finanzmittelbestand insgesamt von rd. 818 Tsd. Euro auf 1 Tsd. Euro gesunken.

Die unterjährige Finanzierung erfolgt durch die Verrechnungsverträge mit der RNV. Die bestehenden Kredite sind durch eine Ausfallbürgschaft der Stadt Ludwigshafen gedeckt.

Die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der RHB ist aus Sicht der Geschäftsführung im Rahmen des ÖPNV (öffentlicher Personennahverkehr) zufriedenstellend.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung und Ausblick

Chancen und Risiken

Im Rahmen der Umsetzung des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) wurde von der Geschäftsführung ein Risikomanagementsystem eingeführt, wonach durch Risikoidentifikation und Risikoanalyse bestandsgefährdende Entwicklungen frühzeitig erkannt, bewertet und mit geeigneten Maßnahmen abgewendet werden. Die fortgeführte Analyse der erkannten bestandsgefährdenden oder wesentlichen Risiken – Veränderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen und voller oder teilweiser Untergang von rollendem Material und von Betriebsanlagen – lassen in den nächsten zwölf Monaten, wie bisher, keine entscheidenden Beeinträchtigungen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft erwarten.

Beihilferelevante Tatbestände nach Artikel 107 AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union), insbesondere zugunsten öffentlicher Unternehmen, werden im Rahmen der internen Kontrollsysteme regelmäßig überprüft. Sachverhalte, die nach dem EU-Recht unzulässig Beihilfen zum Gegenstand haben, sind nicht gegeben.

Aufgrund des Vertragskonstrukts mit der RNV werden die bei RHB entstehenden Risiken, die im Rahmen der Erbringung der Verkehrsleistung entstehen, durch die RNV abgebildet. Alle Risiken der RNV werden dem zentralen Risikomanagement des TWL-Konzerns gemeldet. Die Risiken, die im Wesentlichen die Infrastruktur, das rollende Material und die Betriebsanlagen betreffen, werden im Risikomanagement des TWL-Konzerns gemeldet und bearbeitet. Sie werden im Detail kontinuierlich dem Aufsichtsrat durch die Geschäftsführung gemeldet.

Für das Geschäftsjahr 2017 sind neben den Investitionen für den Betriebshof (60 Tsd. Euro) und Gleisanlagen (510 Tsd. Euro) Investitionsausgaben für das Projekt „RHB 2010“ geplant (2.750 Tsd. Euro), die im Wesentlichen Investitionen in Gleisanlagen, Gleichrichterunterwerke, Zugsicherungsanlagen und Fahrleitungen beinhalten. Zur Finanzierung des Projektes „RHB 2010“ haben sich die Gesellschafter auf folgende Kostenübernahme geeinigt: TWL AG 43,0 Prozent, Landkreis Rhein-Pfalz 15,2 Prozent sowie Stadt und Landkreis Bad Dürkheim 41,8 Prozent. Zur Finanzierung der weiteren Investitionen sind Neuaufnahmen von Krediten bzw. Gesellschafterdarlehen notwendig.

Durch die Übertragung der operativen Aufgaben der RHB auf die RNV erzielt die Gesellschaft lediglich noch Erträge aus der Vermietung der Infrastruktur und aus der Personalüberlassung. Ergänzt werden diese durch Erträge aus dem Verrechnungsvertrag mit der RNV, so dass ein nahezu ausgeglichenes Ergebnis bei der RHB entsteht. Dieses ist durch die Gesellschafter der RHB auszugleichen. Durch Gesellschafterbeschluss vom 25. August 2009 wird mit der Wirkung ab dem Geschäftsjahr 2010 das Jahresergebnis in

Anlage 1.1 / 4

Abweichung zum Gesellschaftervertrag wie folgt aufgeteilt: TWL AG 32,1 Prozent, Landkreis Rhein-Pfalz 18,1 Prozent, Stadt und Landkreis Bad Dürkheim 49,8 Prozent, wobei die Umlandgemeinden ihren Anteil an einem Verlust als Folge der Finanzierungsvereinbarung direkt an die RNV zahlen.

Aus der Umsetzung von „Weiter erfolgreich“ sowie „RNV-Strategie 4x20“, welche Effizienz, Innovation und Ökologie, Schnittstellenmanagement, Optimierung von Geschäftsprozessen sowie die Einbindung der Arbeitnehmer im Fokus haben, ergeben sich Chancen im Bereich der Hebung von Synergieeffekten im Konstrukt der RNV, den hier der operative Betrieb im städteübergreifenden ÖPNV realisieren kann.

Aus heutiger Sicht sind keine den Bestand des Unternehmens gefährdende oder sonstige Risiken erkennbar, die die Vermögens-, die Finanz- und die Ertragslage der RHB wesentlich beeinflussen könnten.

Ausblick

Nach dem Wirtschaftsplan für 2017 ergibt sich bei einer Gesamtleistung (Umsatzerlöse sowie sonstige betriebliche Erträge) von 3.896 Tsd. Euro ein leichter Gewinn von 11 Tsd. Euro. Der Anstieg der Gesamtleistung resultiert im Wesentlichen aus höheren Erträgen aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse. Für das Jahr 2018 wird nach dem derzeitigen Wirtschaftsplan mit einer Gesamtleistung von 3.656 Tsd. Euro und einem Gewinn von 11 Tsd. Euro gerechnet. Der von den Umlandgemeinden zu tragende Anteil ist gemäß Wirtschaftsplan – bis auf die Sonderfinanzierung des Investitionsprojekts „RHB 2010“ – über die Finanzierungsvereinbarung mit der RNV abgegolten.

Bad Dürkheim, 31. März 2017

Die Geschäftsführung

Dr.-Ing. Hans Heinrich Kleuker
Kaufmännischer Geschäftsführer

Dr.-Ing. Reiner Lübke
Technischer Geschäftsführer

Beteiligungsbericht

Stadthalle Bad Dürkheim GdbR

Beteiligungsbericht 2016 für die Stadthalle Bad Dürkheim Anlage-GbR

Teil I - für alle Unternehmen und Einrichtungen

Name des Unternehmens	Stadthalle Bad Dürkheim Anlage -GbR
Rechtsform	Personengesellschaft Gesellschaft des bürgerlichen Rechts
Gründung Gesellschaftervertrag (neuste Fassung) datiert vom	24. Oktober 1983 21.12.1990
Geschäftsjahr	Kalenderjahr
Kapitalkonto am 31.12.2016	438.953,93 €
Veränderung im Geschäftsjahr	31.118,07 €
Gegenstand des Unternehmens (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	Aus dem Gesellschaftervertrag / der Satzung, z.B. - Betrieb und Vermietung einer Stadthalle Gegenstand des Unternehmens ist eine wirtschaftliche Betätigung gem. § 85 Abs. 1 GemO

Beteiligungsbericht 2016 für die Stadthalle Bad Dürkheim Anlage-GbR

Teil II - nur für Unternehmen in privater Rechtsform

Beteiligungsverhältnisse (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	Am Kapital des Unternehmens sind beteiligt - die Stadt mit 55 Anteilen - Privateigentümer mit 38 Anteilen
Besetzung der Organe (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	Für die Stadt gehören an - der Gesellschafterversammlung : Bürgermeister bzw. Vertreter im Amt oder Beauftragter aus der Stadtverwaltung. Die Geschäftsführung wird durch die von der Gesellschafterversammlung gewählte Verwalterin C. Dupré Verwaltungs GmbH, 67346 Speyer wahrgenommen.
Beteiligungen des Unternehmens (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	keine

Beteiligungsbericht 2016 für die Stadthalle Bad Dürkheim Anlage-GbR

Teil II - nur für Unternehmen in privater Rechtsform

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 GemO)	Betrieb und Vermietung der Stadthalle
Grundzüge des Geschäftsverlaufs (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)	Die Ermittlung des Überschusses/Verlustes erfolgt jeweils durch Einnahmeüberschussrechnung. Das Geschäftsjahr 2016 schließt nach der vorliegenden Abrechnung des Verwalters mit einem Verlust von 31.118,07 €.
Lage des Unternehmens (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)	<p>Das Unternehmen ist für künftige Aufgaben finanziell nicht mehr ausreichend vorbereitet.</p> <p>Das Unternehmen benötigt, um auch künftig den Anforderungen gewachsen zu sein, (weitere) Kooperationspartner</p> <p>Der Kostendeckungsgrad betrug im Berichtszeitraum 40,32 %.</p>
Kapitalzuführungen/-entnahmen (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)	Kapitalentnahme i.H.v. 31.118,07 €
Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)	<p>Kapitalzuführungen- per Saldo - des Vorjahres : 0 €</p> <p>Gewinnabführungen der letzten 3 Jahre:</p> <p>HJ 2014: 0,00 €</p> <p>HJ 2015: 0,00 €</p> <p>HJ 2016: 0,00 €</p> <p>Bisher wurde kein Verlustausgleich durch die Stadt vorgenommen.</p>
Laufende Gesamtbezüge (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)	<p>Verwaltergebühr:</p> <p>2016 : 3.681,36 €</p>

Beteiligungsbericht 2016 für die Stadthalle Bad Dürkheim Anlage-GbR

Teil III - für alle wirtschaftlichen Unternehmen des öffentlichen und privaten Rechts

<p>Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO) für das wirtschaftliche Unternehmen:</p>	<p><u>Zu § 85 Abs. 1. Nr. 1:</u> Hierzu sind unter dem Stichwort "Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks" die notwendigen Angaben erfolgt.</p> <p><u>Zu § 85 Abs. 1 Nr. 2:</u> Hierzu sind unter dem Stichwort "Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft" die notwendigen Angaben erfolgt.</p> <p><u>Zu § 85 Abs. 1 Nr. 3:</u> Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.</p>
--	---